



Stadt Aarau

Protokoll des Einwohnerrates

10. Sitzung 2011

vom Montag, 12. Dezember 2011, 18.00 Uhr, im Grossratssaal

Vorsitzende

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin

Anwesend

50 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

Dr. Martin Gossweiler, Stadtschreiber

Madeleine Schweizer, Leiterin Finanzen und Liegenschaften

Ernst Schneider, Stv. Leiter Finanzen und Liegenschaften

Marco Andreoli, Leiter Sektion Finanzen

Matthias Mundwiler, Controller

Dr. Max Becker, Präsident der Schulpflege

Jeannine Meier, Vorsteherin Soziale Dienste

Claudia Vosti Kuhn, Projektleiterin Stadtbauamt

Christian Fullin, Stadtkanzlei

Protokoll

Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend

--

Traktanden

	Seite
1. Mitteilungen	342
2. Anfragen	
2.1 Danièle Zatti Kuhn: Arbeitszeitverordnung	343
3. Voranschlag 2012 der Einwohnergemeinde Aarau	345
4. Wahlen für die Amtsdauer 2012/2013	
4.1 Präsident(in) Einwohnerrat	378
4.2 Vizepräsident(in) Einwohnerrat	383
4.3 2 Stimmzähler(innen)	384
4.4 Präsident(in) FGPK	385
4.5 Präsident(in) Sachkommission	386
5. Familien- und Schulergänzende Tagesstrukturen Aarau (FuSTA); Raumkonzept Schachen, provisorische Lösung; Kreditbegehren	387
6. Heilpädagogische Sonderschule Aarau (Abgabe der Trägerschaft)	393
7. Beschlussfassung über die Erheblicherklärung der Motion Ernst Jenny, Sonja Kretz, Stephan Müller, Eva Schaffner und Markus Schenk (GV 2010-2013/167): Öffentliche Aarebadi	401
8. Verlängerung der Projektstelle Kind und Familie	405
9. Feuerwehr; Änderung Gebührenreglement für die Entschädigung der Einsatzkosten der Feuerwehr	408
10. Verabschiedungen	409

100. Mitteilungen

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Ich begrüsse alle hier im Saal und auf der Tribüne anwesenden Personen ganz herzlich zur 10. und letzten Einwohnerratssitzung 2011. Auch heute Abend sind wir dankbar für faire, kurze und sachliche Voten. Ich durfte den Einwohnererrat an folgenden Anlässen vertreten: Einweihung der Grabstelle für Winzlinge; Einweihung des Weihnachtsbaums vor dem Regierungsgebäude; Musikkonzert Harmonie Aarau sowie 31. Aargauer Meisterschaften im Schwimmen. Zudem fand am 11. November 2011 ein Treffen der ehemaligen Einwohnerratspräsidialpersonen statt. Der Einwohnerrat ist heute Abend vollzählig. Bei 50 Mitgliedern liegt das absolute Mehr also bei 26 Stimmen.

101. Anfrage Danièle Zatti Kuhn: Arbeitszeitverordnung

Am 10. November 2011 hat Einwohnerrätin **Danièle Zatti Kuhn** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgender Fragestellung eingereicht:

1. *Wie hoch ist der 2010 ausbezahlte Betrag der Gleitzeit total?*
2. *Wie verteilt sich die ausbezahlte Summe 2010 auf die einzelnen Gehaltsbänder?*
3. *Ist es richtig, dass es keine Unterscheidung gibt zwischen angeordneter Überzeit und Gleitzeit? Wie nehmen die vorgesetzten Stellen in diesem Fall ihre Führungsverantwortung in Bezug auf die Leistung von zusätzlichen Stunden wahr?*
4. *Wie sind die vorgesetzten Stellen in die Festlegung der Auszahlung der Gleitzeit eingebunden?*
5. *Wie hoch ist der geplante Betrag für auszubehahlende Gleitzeit im Jahr 2012?*
6. *Plant der Stadtrat allenfalls, die Arbeitszeitverordnung der Stadt Aarau in diesem Punkt dem Markt anzupassen und zwischen Gleitzeit und angeordneten Überstunden zu unterscheiden?*

Marcel Guignard, Stadtammann: Ich beantworte Ihnen die Fragen gerne wie folgt:

Frage 1: Der ausbezahlte Betrag der Gleitzeit machte im Jahre 2010 total Fr. 69'384.35 aus. Dies entspricht 1'132 Stunden. Im Verhältnis zur Lohnsumme (ohne Altersheime) sind dies 0,26 %.

Frage 2: Total waren es 13 Auszahlungen, welche diese Fr. 69'384.35 ausmachten. In den Gehaltsstufen 1 - 7 waren es 6 Auszahlungen mit insgesamt Fr. 5'907.30, in den Gehaltsstufen 8 - 10 waren es 7 Auszahlungen mit total Fr. 63'477.05. In einem Fall hat ein Kadermitarbeiter sein Pensum aus persönlichen Gründen von 100 % auf 80 % reduziert. Es stellte sich aber heraus, dass er - wegen des vorhandenen Arbeitsanfalls - trotzdem fast 100 % arbeitete.

Frage 3: Die Vorgesetzten haben die Pflicht, monatlich die Zeiterfassungen ihrer Mitarbeiter/-innen zu prüfen und den Gleitzeitsaldo nach dem "Ampelprinzip" zu behandeln:

Grün	bis 50 Std.	Kompetenzbereich Mitarbeiter/-in.
Gelb	51 - 75 Std.	Plusstunden sind nur in Absprache mit dem/der Vorgesetzten möglich.
Rot	über 75 Std.	Massnahmen zum Abbau der Plusstunden sind in Absprache mit dem/der Vorgesetzten erforderlich.

Die Vorgesetzten sind somit zu Massnahmen, welche die Reduktion des Gleitzeitaldos und somit zur Vermeidung eines zur Auszahlung führenden Saldos, verpflichtet. Durch das monatliche Visieren der Arbeits- und Gleitzeitaldi werden die Plusstunden formell zu "angeordneten Überstunden".

Frage 4: Jeweils im Februar erstellt das Personalwesen die Liste der gemäss § 13 der Arbeitszeitverordnung AZV zu streichenden und auszubezahlenden Gleitzeitaldi. Die Abteilungsleiter/-innen und der Stadtmann werden schriftlich orientiert und visieren die entsprechenden Listen.

Frage 5: Auszahlungen von Gleitzeitaldi werden nicht budgetiert. Sie werden den Personalkosten der entsprechenden Kostenstellen belastet und müssen in den Globalbudgets aufgefangen werden.

Frage 6: Da, wie in Beantwortung der Frage 2 bereits dargestellt, die Plusstunden gemäss Ampelsystem behandelt und visiert werden, werden sie zu "angeordneten Überstunden". Bei der Stadt werden Überstunden ohne Zuschlag ausbezahlt. Anders dagegen verhält es sich bei privatrechtlichen Arbeitsverhältnissen, indem dort formell "angeordnete Überstunden" mit einem Zuschlag von 25 % entschädigt werden. Der Stadtrat plant keine Revision der Arbeitszeitverordnung (AZV) vom 3. Dezember 2001. Diese Regelung brachte gegenüber dem vorherigen Zustand folgende Verbesserungen: Durch die klare Vorschrift, dass nur 50 Stunden ins neue Jahr übertragen werden dürfen, wird die Überstundensituation einmal jährlich bereinigt. Ein Anhäufen von Überstunden über Jahre wird damit verunmöglicht. Durch die Streichung von 24 resp. 69 Stunden "schenken" die durch Zusatzarbeiten belasteten Mitarbeiter/-innen der Stadt Stunden und somit auch Geld. Es ist nichts als fair, wenn insbesondere auch Kadermitarbeiter/-innen für notwendige Mehrleistungen über das übliche Mass hinaus (z. B. wegen Personalausfällen, Zusatzprojekten, etc.) entschädigt werden. Ein Vergleich mit Kadermitgliedern aus Privatunternehmungen ist ungeeignet, da in der Privatwirtschaft in vergleichbaren Positionen wesentlich höhere Löhne bezahlt werden. Es ist klar davon auszugehen, dass die Überstunden, welche geleistet worden sind, für zusätzliche Leistungen zugunsten der Stadt Aarau erbracht worden sind und demzufolge bewusst als angeordnete Überzeit zu gelten haben. Da vor der Auszahlung eine Streichung von 24 resp. 69 Stunden erfolgt, kommt es nicht vor, dass Mitarbeiter/-innen und Vorgesetzte nur deshalb einfach Stunden am Arbeitsplatz "absitzen", um so zu einer Überstundenauszahlung zu gelangen. Die Einführung der "Vertrauensarbeitszeit" für die oberen Gehaltsstufen ab Stufe 8 wäre problematisch: Wo diese eingeführt worden ist, wird den Betroffenen beispielsweise eine zusätzliche Ferienwoche gewährt. Für verschiedene Mitarbeiter/-innen würde dies zu einer zusätzlichen Ferienwoche führen und für die Stadt zu Kosten von ca. 75'000 Franken. Dafür müssten die Betroffenen ihre Arbeitszeit nicht mehr erfassen. Diese Lösung entspricht einem Giesskannen-Prinzip, das aber ungerecht wäre, weil es gute Gründe gibt, weshalb einige wenige Führungskräfte in Ausnahmefällen unplanbare Mehrstunden erbringen müssen. Von Fachleuten wird die Zulässigkeit einer solchen Lösung im öffentlichen Dienstrecht infrage gestellt.

Die **Anfragerin** ist von dieser Antwort befriedigt.

102. Voranschlag 2012 der Einwohnergemeinde Aarau

Mit Botschaft vom 7. November 2011 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgenden

Antrag: *Der Voranschlag 2012 der Einwohnergemeinde Aarau wird mit den Globalaufträgen der Produktgruppen sowie mit einem Steuerfuss von 98 % genehmigt.*

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Auf die Beratung dieses Geschäfts muss eingegangen werden. Ich möchte mich vorab beim Rat für die offene Kommunikation der Anträge bedanken, die uns eine transparente Planung ermöglicht haben. Die FGPK und die Sachkommission haben den überarbeiteten Voranschlag gemeinsam beraten. Ich übergebe nun das Wort für das Kommissionsreferat.

Susanne Heuberger, Sprecherin FGPK und Sachkommission: Mit der, durch die Rückweisung vom 17. Oktober 2011 geforderten und vom Stadtrat in der Folge überarbeiteten Version des Voranschlags 2012 haben sich die beiden einwohnerrätlichen Kommissionen FGPK und Sachkommission, unter dem Vorsitz des FGPK-Präsidiums, am 29. November 2011 an einer gemeinsamen Sitzung auseinandergesetzt. Damit sind wir einem Anliegen des Stadtrats und der Verwaltung entgegengekommen, welche die notwendige Zweitberatung effizient durchführen wollten. Um die Transparenz zwischen den beiden Kommissionen zu gewährleisten, sind die Abstimmungen konsequent getrennt durchgeführt worden. Die Sitzungsteilnehmer wurden angehalten, nur zu jenen Produktgruppen Stellung zu nehmen, welche im jeweiligen Kompetenzbereich ihrer Kommissionsarbeit liegen. Weiter hat der neue Voranschlag auch dank der Präsentation in Form einer schlanken Einwohnerratsbotschaft speditiv behandelt werden können. Als Auskunftspersonen anwesend waren Herr Stadtmann Marcel Guignard sowie die Leiterin Finanzen, Frau Madeleine Schweizer. Wie bereits schon an der Kommissionssitzung ausgeführt, verdanke ich der Abteilung Finanzen und Liegenschaften sowie dem Stadtrat die rasche Erstellung der Botschaft, die es dem Rat ermöglicht, noch im laufenden Jahr über das Budget 2012 zu befinden. Der Stadtrat hat auf die mit der Rückweisung verbundene Forderung, weiteres Sparpotential auszuschöpfen, reagiert und das Budget um 1,25 Millionen Franken gekürzt. Demgegenüber stehen Mehrbelastungen von 680'000 Franken. Diese sind entstanden aus der Anpassung der gesetzlichen Beiträge, durch die Umstellung auf nur einjährige Budgets sowie aufgrund der kürzlich bewilligten anteilmässigen Beteiligung am Dyskalkulieunterricht. Unter dem Strich verbleiben Verbesserungen gegenüber der ursprünglichen Budgetvorlage von ungefähr einer halben Million Franken. Um diesen Betrag konnte die Selbstfinanzierung gesteigert werden. Beim Investitionsprogramm haben sich keine Verschiebungen ergeben. Ebenfalls konnten so kurzfristig keine neuen Einnahmen generiert werden. Kein Einlenken hat der Stadtrat beim Steuerfuss gezeigt. Er hält an der Erhöhung auf 98 % fest. Folgende Schwerpunkte sind bei der Zweitberatung innerhalb der beiden Partnergremien diskutiert worden: Einerseits diskutierte man über die vom Stadtrat beim Sachaufwand über sämtliche Produktgruppen linear vorgenommenen Kürzungen von 5 %. Dieses Vorgehen ist allgemein als in Ordnung befunden worden und geht über das hinaus, was ursprünglich gefordert worden ist. Einzelne Sitzungsteilnehmer haben sich deshalb aber

auch kritisch zu den Reduzierungen geäußert. Andererseits haben wir uns mit den vom Stadtrat nicht berücksichtigten Einzelanträgen befasst. Mit einer Ausnahme, und dies betrifft die PG 01, ist darauf verzichtet, bzw. wurde abgelehnt, diese Anträge innerhalb der Sitzung zu erneuern. Gleichzeitig ist aber verschiedentlich darauf hingewiesen worden, dass man punktuell an der Einwohnerratssitzung selber wahrscheinlich darauf zurückkommen werde, so zum Beispiel bei der Lohnsummensteigerung. Ich habe schon vorhin erwähnt, dass einzig bei der PG 01 innerhalb der FGPK der bereits während der Beratung am 21. September eingebrachte Abänderungsantrag: "Es sei auf die Streichung von zwei Einwohnerratssitzungen zu verzichten" aufrechterhalten und auch grösstmehrheitlich bestätigt worden ist. Wie erwartet ist auch die Diskussion zur Steuerfussthematik erneut mit verhärteten Fronten geführt worden. Der Stadtrat hat hier bekanntlich keine Zugeständnisse gemacht und beantragt unverändert eine Erhöhung um 4 % auf 98 %. Die bereits an der FGPK-Sitzung vom September gestellten beiden Abänderungsanträge (mit den Zielen Beibehaltung von 94 % sowie einer Erhöhung auf 100 %) wurden erneut eingebracht. Entgegen der ersten Gegenüberstellung vom 21. September hat sich dieses Mal, aufgrund einer anderen Präsenzbeteiligung, eine knappe Mehrheit für einen höheren Steuersatz entschieden. In der unter den FGPK-Mitgliedern durchgeführten Schlussabstimmung unterlag in der Folge der stadträtliche Antrag von 98 % ganz knapp. Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat somit mit dem kleinstmöglichen Stimmenunterschied nun für das nächste Jahr einen Steuerfuss von 100 %. Bezüglich der einzelnen Argumentationen gelten nach wie vor die in den Mehr- und Minderheitsreferaten vom 17. Oktober 2011 gemachten Aussagen. Die Empfehlung der Sachkommission ist mit derjenigen vom 17. Oktober identisch. Sie stützt den Antrag des Stadtrates und beantragt Ihnen einen Steuerfuss von 98 %. Mit diesen unterschiedlichen Steuerfussempfehlungen beantragen Ihnen beide Kommissionen, den überarbeiteten Voranschlag 2012 zu genehmigen.

Jürg Schmid: Wir werden höchstwahrscheinlich noch viele Informationen und Zahlen zum vorliegenden Voranschlag in den einzelnen Fraktionsvoten hören. Auf allzu viele Details möchte ich deshalb nicht mehr eingehen, sondern die Gelegenheit wahrnehmen, ein paar grundsätzliche Überlegungen zur finanziellen Situation von Aarau anzustellen und daraus Schlüsse zum Budget resp. zum unseres Erachtens nach wichtigsten Punkt des Budgets, dem Steuerfuss, ziehen. Zuallererst bedanken wir uns beim Stadtrat und der Stadtverwaltung, bzw. der Finanzabteilung im Speziellen, welche nach der Rückweisung in der Einwohnerratssitzung im Oktober innert kurzer Zeit ein überarbeitetes Budget 2012 mit einjährigen Globalaufträgen präsentiert haben. Dabei wurden zwar nicht alle, aber doch ein Grossteil der eingereichten Reduktionsvorschläge berücksichtigt. Wie wir kürzlich der Presse, im Interview mit dem Stadtammann, entnehmen konnten und wie auch in der vorliegenden Botschaft erwähnt worden ist, erfolgten die Kürzungen ohne nennenswerte Auswirkungen auf der Leistungsseite. Dies kann eigentlich nicht gross erstaunen, denn bei den Konti 309 – 319 handelt es sich zu einem grossen Teil auch um nicht gebundene Ausgaben, welche – einmal bewilligt – quasi "à discretion" ausgegeben werden können. Allerdings ist damit erst ein kleiner Schritt getan. Die Herausforderungen liegen tiefer. Das heisst, diese Sofortmassnahmen reichen noch nicht aus. Gehen wir doch gleich zum Kern der Diskussion, nämlich zum vermeintlich niedrigen Steuerfuss von 94 % in Aarau. Dazu zwei Vergleiche mit den Steuerfüssen umliegender Gemeinden bzw. anderer Städte im Kanton Aargau (Quelle Statistikamt Kanton Aargau, gültig für 2010): Bei den an Aarau angrenzenden Gemeinden liegen die Steuerfüsse zwischen 88 % (Biberstein) und 110 % (Suhr). Bei den vergleichbaren Städten im Kanton liegt Wettingen mit 87 % an der Spitze, Baden und Brugg haben 95 %, Zofingen 102 %, Lenzburg 108 % sowie Wohlen 113 %. Man sieht, Aarau befindet sich in guter Gesellschaft, eher in der vorderen, das heisst niedrigeren Hälfte. Allerdings liegt Aarau nicht an der absoluten Spitze. Mit Prozenten

kann man sich allerdings nichts kaufen, dazu braucht man Franken und Rappen. Der Steuersatz ist dafür aber eine untaugliche Kennzahl. Weshalb ist das so? Das Prinzip ist einfach: Nehmen wir zwei Gemeinden mit der identischen Anzahl Einwohner, Steuerpflichtiger und auch demselben Steuerfuss. Allerdings weisen die Bewohner der – ich nenne sie Gemeinde A – höhere steuerbare Einkommen und Vermögen aus, als die Bewohner der Gemeinde B. Entsprechend wird Gemeinde A trotz gleichem Steuerfuss einen höheren Gesamtsteuerertrag einnehmen als Gemeinde B. Andererseits benötigen beide Ortschaften aber trotzdem nur eine vergleichbare Infrastruktur. Die Kosten der beiden Gemeinden sind also in etwa gleich hoch, der Steuerertrag ist aber, trotz demselben Steuerfuss, bei der Gemeinde A höher. Entsprechend könnte diese Gemeinde den Steuerfuss senken und mit einem niedrigeren Steuerfuss denselben Frankenbetrag zur Deckung der Kosten einnehmen. Wie steht es nun mit den aus Steuern eingenommenen Franken und Rappen pro Einwohner in Aarau im Vergleich mit anderen Gemeinden? Im 2010 liegt Aarau im Vergleich mit den anderen 219 Gemeinden, welche in der von Statistik Aargau zur Verfügung gestellten Auswertung aufgeführt sind, auf Rang 15. Verglichen mit allen Gemeinden im Kanton Aargau erhält Aarau mit 94 % Steuerfuss den fünfzehnthöchsten Steuerbetrag pro Einwohner. Für ein Topeinkommen ist also bereits heute gesorgt. Offensichtlich liegt das durchschnittliche Einkommen der Steuerpflichtigen in Aarau etwas über den im erwähnten Interview mit dem Stadtammann genannten 50'000 Franken. Aufgrund der geschilderten Fakten stellt sich nun unseres Erachtens die berechtigte Frage, ob der eingenommene Steuerfranken auch überall effizient und sinnvoll eingesetzt wird. Einen wichtigen Hinweis, dass dieser Punkt weiter verfolgt werden sollte, lieferte der unabhängige Prüfer im Bericht zur Prüfung der Jahresrechnung von 2010. Ich zitiere: "Es stimmt jedoch bedenklich, dass Aarau selbst mit dem Einwohnerzuwachs aus Rohr im Jahr 2010 immer noch einen um 8,6 % höheren Nettoaufwand pro Einwohner ausweist als Baden." Einen weiteren Hinweis auf überdurchschnittliche Kosten haben wir in der Begründung zum Rückweisungsantrag vor zwei Monaten bereits erwähnt: Während die Aarauer Bevölkerungszunahme in den Jahren 2001 bis 2009 ganze 5 % betrug, stiegen der Personal- und der Sachaufwand um überproportionale 32 % oder 16,6 Mio. Franken. Das sind unseres Erachtens starke Anzeichen, dass Aarau nicht ein Ertragsproblem im Sinne von zu tiefen Einnahmen hat. Aarau hat ein Aufwandproblem. Ich denke, ihr seid mit mir einig, dass man Herausforderungen da anpackt, wo diese entstehen. Entsprechend kann zum heutigen Zeitpunkt eine Erhöhung des Steuerfusses kein Thema sein. Die bestehenden Kosten, wie auch die Kostenentwicklung, müssen zuerst nachhaltig unter Kontrolle gebracht werden. Es wurde ansatzweise bereits bewiesen: Mit geringem Aufwand konnten die veranschlagten Kosten im Umfang von 2 Steuerprozenten rasch und schmerzlos reduziert werden. Weitere Massnahmen zur Kostensenkung sind allerdings nötig. Das Projekt "stabilo" wurde gestartet und muss mit der gebotenen Dringlichkeit, Tiefe und Umsetzung der Konsequenzen vorangetrieben werden. Bestehende Strukturen, Prozesse und Abläufe innerhalb der Verwaltung sind zu durchleuchten und neutral auf deren Notwendigkeit und Effizienz zu beurteilen. Ergänzend zu den Hinweisen im seinerzeitigen Rückweisungsantrag gehört auch die Aufgabenvergabe inkl. Vergütungen an Dritte wie Vereine oder vergleichbare Organisationen in den Kreis der zu analysierenden Punkte. Für FuSTA ist für 2012 beispielsweise ein Beitrag der Stadt von 2,3 Mio. Franken vorgesehen. Nur um dies in Relationen zu bringen: Ich habe mich leider nicht erkundigt, wie viele Kinder dort betreut werden, aber wenn wir annehmen, dass ein Viertel der Aarauer Schüler die schulergänzenden Tagesstrukturen benutzen (das wären also ca. 425 Schüler), bedeutet dies jährlich im Durchschnitt einen Betrag von knapp 5'500 Franken pro Benutzer, welchen die Stadt subventioniert. Im Vergleich dazu betragen die Steuereinnahmen bei einem steuerbaren Einkommen von 50'000 Franken (Single, kein Kind, reformiert) gemäss Steuerrechner des Kantons Aargau für Aarau Fr. 2'488.20. Wäre es da nicht an der Zeit, das

Beitragsreglement am besten zusammen mit den Kostenstrukturen des Vereins eingehend zu durchleuchten? Wir sind der Meinung, es bestehen auf der Kostenseite ein grosser Handlungsbedarf und auch Handlungsspielraum. Dies einfach als Sparwut zu bezeichnen, erscheint uns allerdings nicht angebracht. Vielmehr entspricht unser Ansinnen einer Reduktion auf ein übliches Mass. Der Stadtrat und die Verwaltungsabteilungen sind aufgefordert, diesen Prozess zu leiten und aktiv daran teilzunehmen. Nur sie verfügen über die notwendigen Detailkenntnisse. Zum Schluss gehe ich noch auf unsere Haltung zu einzelnen Anträgen ein: Wir unterstützen selbstverständlich einstimmig den Antrag auf Beibehaltung des Steuersatzes von 94 % und lehnen entsprechend den stadträtlichen Antrag auf Erhöhung auf 98 % sowie auch jenen der FGPK auf 100 % ab. Basierend auf den gemachten Feststellungen auf der Kostenseite und den geforderten Massnahmen, werden wir sämtliche Anträge zum Budget 2012, welche zu Kostenerhöhungen führen, ablehnen. Das heisst nicht, dass wir grundsätzlich dagegen sind. Beispielsweise erachten auch wir den sicheren Transport von EK-Schülern selbstverständlich als wichtig, allerdings können wir nicht verstehen, dass bei einer wirkungsorientierten Verwaltungsführung diese 30'000 Franken bei veranschlagten Gesamtkosten von über 6 Mio. Franken in der Produktegruppe 30 keinen Platz haben sollen. Die weiteren Anträge zu Kostenreduktionen, inklusive der Reduktion der Erhöhung der Lohnsumme, werden wir grossmehrheitlich unterstützen.

Ueli Hertig: Nach der Rückweisung im Oktober legt uns der Stadtrat einen überarbeiteten Voranschlag mit verschiedenen Kürzungen und einem Steuerfuss von 98 % zur Genehmigung vor. Der Stadtrat hat speziell in den Konti 309 – 319 über 800'000 Franken linear gekürzt. Diese Kürzungen sind ohne Änderung der Leistungsziele nicht glaubwürdig und widersprechen auch der Idee von WOSA. Dass auch beim Liegenschaftsunterhalt gespart wird, ist für ein Jahr möglich, aber langfristig wäre das eine schlechte Lösung. Weil auch die Beiträge in den Produktgruppen Kultur, Sport und Subventionen/Beiträge an rund 40 Vereine und Institutionen linear gekürzt wurden, haben wir einen Antrag eingereicht, auf diese Kürzungen zu verzichten. Von diesen unnötigen Kürzungen sind viele Aarauerinnen und Aarauer betroffen, die mit enormem Engagement und freiwilliger Arbeit einen Beitrag an unser grosses Angebot in der Stadt leisten. Aarau profitiert mehr von einem grossen Angebot und einer guten Infrastruktur, als von einem tiefen Steuerfuss. Uns scheint die beantragte Steuerfusserhöhung nach wie vor gerechtfertigt zu sein, auch wenn mit der zusätzlich angekündigten Spitalfinanzierung und ohne die übertriebenen Kürzungen sogar ein Steuerfuss von 100 % vernünftig wäre. Die Investitionen sind nach wie vor sehr hoch, die Selbstfinanzierung bleibt auch mit zusätzlichen Steuereinnahmen sehr, sehr mager und das Nettovermögen schmilzt dahin. Die Steuersenkung vor 4 Jahren, die wir nicht unterstützt haben, war im Nachhinein betrachtet ein Fehler, denn die grossen Investitionen und die Kostenverschiebungen vom Kanton zu den Gemeinden standen bereits damals vor der Tür. Sich heute für einen Steuerfuss von 94 % einzusetzen, ist aus unserer Sicht unverantwortlich. Nur eine Steuerfusserhöhung bringt die Laufende Rechnung längerfristig wieder ins Lot. Dass nun weitere Kürzungsanträge vorliegen, verwundert uns nicht, wir werden diese jedoch nicht unterstützen. Eine Nullrunde bei den Löhnen zu verlangen, ist nur hart, aber nicht fair. In eine Sparwut zu verfallen, ist nicht angebracht. Wir wollen in der Stadt die gleiche Qualität wie bis anhin, die von allen, oder mindestens von vielen, sehr geschätzt wird. Aarau als Kantonshauptstadt muss sich weiter entwickeln und positiv in die Region ausstrahlen. Wir hoffen, dass Sie unsere Anträge unterstützen und den abgeänderten Voranschlag 2012 genehmigen. Die Fraktion Pro Aarau - EVP/EW - GLP möchte sich an dieser Stelle bei der Belegschaft der Stadt Aarau für ihren Einsatz für die Stadt herzlich bedanken.

Hanspeter Hilfiker: Auch die FDP hat den revidierten Voranschlag 2012 natürlich zur Kenntnis genommen. Wir begrüssen die einheitliche Budgetierung von einjährigen Globalkrediten, wie auch die kleinen Schritte der Reduktionen um 5 % bei allgemeinen Ausgaben. Wir stehen auch hinter den Beiträgen, welche etwas reduziert worden sind. Für uns enthält der vorliegende Voranschlag aber immer noch riesige Lücken. Beim Personalbestand haben wir beispielsweise überhaupt keine Reaktionen gesehen. Mit 46 Mio. Franken sind die Personalkosten immer noch der grösste Ausgabenposten. Das wird auch so bleiben. Dass man aber keine Massnahmen zur Stabilisierung eingeleitet hat und auch noch auf einer Erhöhung der Gehälter beharrt, genügt uns nicht. Wir werden entsprechende Anträge stellen. Parallel zur Botschaft ist uns Einwohnerräten eine Skizze des Programms "stabilo" zugestellt worden. Natürlich begrüssen wir die Zielsetzung des Programms, die Finanzen der Stadt wieder ins Lot bringen zu wollen. Für uns ist aber der angegebene Zeithorizont von 2018 einfach zu weit weg. Uns ist es ein Anliegen, in unserer Legislatur das Thema anzugehen und die Sanierung der Finanzen in Angriff zu nehmen. In diesem Zusammenhang erwarten wir eine echte Lastengleichheit. Von den Massnahmemöglichkeiten in den Bereichen Steuern, Investitionen und allgemeine Verwaltungskosten soll jetzt nicht einfach zuerst bei den Steuern angesetzt werden um dort zusätzliche Erträge zu erzielen. Zuvor sollen Massnahmen in der Verwaltung konkret an die Hand genommen werden, so wie sie bereits vorhin angesprochen wurden. Beispielsweise über die von uns vor einem Jahr eingereichte Planungserklärung oder über Massnahmen im Bereich der Investitionen – dort geht es um eine substantielle Bereinigung des Investitionsprogramms in den nächsten Jahren. In diesem Investitionsprogramm sind nach wie vor mehrere hundert Mio. Franken für Investitionen enthalten, welche in den nächsten Jahren auf uns zukommen, dies mit einem Zeithorizont von 2014 bis 2020. Uns ist es wichtig, dass wir uns nächstes Jahr Zeit nehmen, um genau in diesem Bereich eine Bereinigung in der Grössenordnung von 30 bis 50 Mio. Franken erreichen zu können. Nur das ist mittelfristig haltbar für ein System, eine Stadt oder auch ein Unternehmen, welches 130 bis 150 Mio. Franken Umsatz hat. Alles andere ist einfach zuviel in dieser kurzen Perspektive. Heute ist es für uns hauptsächlich aus zwei Gründen unnötig, die Steuern zu erhöhen: Erstens verfügen wir in der Stadt Aarau nach wie vor über ein Nettovermögen von 140 Mio. Franken. Es besteht überhaupt kein direkter Handlungsgrund oder -druck. Wir können uns wirklich die Zeit nehmen, die ich vorhin angesprochen habe, um die Massnahmen gemeinsam zu überlegen. Zweitens haben wir in der letzten Woche erfahren, und konnten das alle in der Zeitung lesen, dass die Steuererträge des laufenden Jahres deutlich über dem Budget liegen. Insbesondere bei den juristischen Personen haben wir schon Ende November einen Stand von 12 Mio. Franken erreicht, das sind 4 Mio. Franken mehr als budgetiert. Das sind auch 4 Mio. Franken mehr, als für nächstes Jahr budgetiert. Das heisst, die 2,5 Mio. Franken, welche man durch die Steuererhöhung im nächsten Jahr zusätzlich einnehmen möchte, liegen bereits jetzt in der Kasse. Was uns in dieser Beziehung etwas befremdet, ist die Tatsache, dass vom Stadtrat keine Anstalten unternommen worden sind, diese Situation zu kommentieren. Wir haben vor unserer Oktobersitzung und auch in der FGPK-Sitzung vom November keine Informationen dazu erhalten. Zudem konnten wir letzte Woche in der Zeitung lesen, dass diese Steuererhöhung nötig sei. Nachher sieht man aber, dass ein solch grosser, zusätzlicher Betrag vorhanden ist. Das hat uns, wie gesagt, etwas befremdet. Insgesamt bleiben wir dabei: Das Budget 2012 ist in der vorliegenden Form zum Teil besser, als vor zwei Monaten. Die erzielten Optimierungen gehen uns aber zuwenig weit. Wir erwarten vom Stadtrat und der Verwaltung, vor einer allgemeinen Steuererhöhung die Hausaufgaben zu machen und sowohl das Investitionsprogramm zu bereinigen, als auch konkrete Vorschläge zur Reduktion des Nettoaufwandes bis 2013 zu erarbeiten, so wie wir das in der Planungserklärung verlangt haben. Wir von der FDP stehen für ein Budget 2012 mit einem Steuerfuss von 94 %. Anträge auf Erhöhungen

von Ausgabenposten werden wir grundsätzlich ablehnen. Was das Vorgehen in Bezug auf die Abstimmungen betrifft, sind wir uns der schwierigen Situation im Rat bewusst. Deshalb wollen wir für jeden Antrag, der die Erhöhung der vorgesehenen Budgetbeträge umfasst, geheime Abstimmungen verlangen. Das ermöglicht, Fraktionszwängen auszuweichen. Zusätzlich entfällt, gemäss Geschäftsreglement des Einwohnerrats, bei einer allfälligen Patt-Situation der Stichentscheid des Präsidiums.

Werner Schib: Der Voranschlag 2012 liegt uns heute in leicht überarbeiteter Form vor. Der Stadtrat ist nach der Rückweisung offensichtlich auch zur Meinung gelangt, dass auf zahlreichen Positionen, in vielen Bereichen weniger ausgegeben werden kann. Wir unterstützen die stadträtliche Neuauflage des Voranschlags in den meisten Positionen. Wir lehnen die Anträge für Mehrausgaben, mit Ausnahme bei der Volksschule, ebenso ab, wie weitere Kürzungsanträge im Bereich Kultur, konkret beim KiFF und beim Verein T.u.T. Nicht einverstanden sind wir mit dem stadträtlichen Antrag zum Steuerfuss. 98 % kommen zum heutigen Zeitpunkt für die CVP-Fraktion nicht in Frage. Im überarbeiteten Voranschlag zum Budget 2012 schreibt der Stadtrat lapidar, dass eine Erhöhung des Steuerfusses um 4 % nötig sei. Weshalb eine Steuerfusserhöhung nötig sei, wird dagegen nicht ausgeführt. Der Stadtrat begründet nicht, weshalb mehr Steuern nötig sein sollen. Eine solche Begründung kann der Stadtrat heute eigentlich auch noch nicht liefern. Im heutigen Zeitpunkt kann man nämlich noch nicht sagen, ob mehr Steuern nötig sind. Das kann erst gesagt werden, wenn das stadträtliche Projekt "stabilo" abgeschlossen ist. Der Stadtrat hat in seinem Informationsschreiben vom 27. September 2011 an uns Einwohnerräte Bericht erstattet über sein Projekt betreffend Stabilisierung des Finanzhaushaltes, eben "stabilo". Ich will darauf nicht näher eingehen. Für den Stadtrat sind gemäss diesem Schreiben in diesem Prozess verschiedene Grundsätze wichtig: Nachhaltigkeit, Transparenz, Ausgewogenheit, Effektivität, Wachstumsförderung, Effizienz. Der stadträtliche Antrag auf Steuerfusserhöhung steht massiv im Widerspruch zu diesen eigenen, stadträtlichen Grundsätzen. Von Ausgewogenheit kann keine Rede sein. Der Stadtrat legt sein Hauptaugenmerk zu einseitig auf die Steuererhöhung. Ausgewogenheit würde bedeuten, dass nicht primär der Steuerzahler geschöpft wird, sondern dass sowohl ausgaben- wie einnahmenseitig stabilisiert wird. Es ist das Gegenteil von Ausgewogenheit, wenn man eine Massnahme zur Stabilisierung, nämlich die Steuerfusserhöhung, einseitig vorzieht, während man andere Massnahmen, wie die Reduktion vom Nettoaufwand, wie sie der Einwohnerrat im Juni beschlossen hat, erst später, also im übernächsten Jahr oder noch später, umsetzt. Die hehren Grundsätze des Stadtrates sind zu befolgen. Wir verlangen auch, dass die Leistungen der öffentlichen Hand auf ihre Effektivität und Effizienz zu prüfen sind. Auch diese Hausaufgabe hat der Stadtrat bis heute noch nicht gemacht. Mit dem Steuerfussantrag macht es sich der Stadtrat sehr einfach. Er will sich primär mit der Steuerfusserhöhung neue Mittel beschaffen. Im Wesentlichen wird der Steuerzahler als erster und einziger zur Kasse gebeten. Das eine Steuerfusserhöhung das Gegenteil von Wachstumsförderung ist – ebenfalls ein erklärter Grundsatz des Stadtrates – dürfte allen klar sein. Eine Steuererhöhung käme für die CVP höchstens dann in Frage, wenn ohne Steuererhöhung ernsthafte Einschnitte beim Budget nötig wären. Eine Steuererhöhung würden wir erst dann begrüssen, wenn man sonst auf wichtige Bedürfnisse, auf grundlegende Aufgaben der öffentlichen Hand verzichten müsste. Das ist heute sicher nicht der Fall. Mit dem Votum für die Beibehaltung des Steuerfusses bei 94 % ist der Auftrag an den Stadtrat für die kommenden Jahre klar: Die Stabilisierung des Finanzhaushaltes geht nur, wenn auch die Ausgaben, wenn der Nettoaufwand reduziert und Wünschbares vom Notwendigen abgegrenzt werden kann. Die Aufgabe geben wir dem Stadtrat für die nächsten Jahre mit. Das Stichwort ist: "Mehr Ausgewogenheit und Effizienz." Schliesslich gibt es noch ein letztes, unschlagbares Argument, den Steuerfuss nicht zu erhö-

hen: Wir haben es gehört, die Steuereinnahmen im 2011 sind viel höher, als budgetiert. Allein bei den Steuern der juristischen Personen liegt der Steuereingang 50 % über dem Budget. Also auch aus dieser aktuellen Warte gibt es keinen Grund, die lokale Wirtschaft und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im nächsten Jahr noch mehr zu belasten. Wir sagen deshalb einstimmig Nein zu einer Erhöhung des Steuerfusses auf 98 %.

Markus Hutmacher: Nachdem wir nun den Voranschlag zum zweiten Mal auf dem Tisch haben, stellen wir fest, dass der Stadtrat in der Überarbeitung nur bürgerliche Anträge berücksichtigt hat. Das ist aber nicht so schlimm. Es ist jetzt einfach unsere Aufgabe als Legislative, hier mässigend und korrigierend einzugreifen. Aufgrund der schwierigen finanziellen Lage der Stadt sind wir aber auch bereit, ein paar Kröten zu schlucken. So haben wir schon letztes Jahr erklärt, dass wir Sparpotential auf der Ausgabenseite sehen. Entsprechend hat die Fraktion Grüne/JETZT! in diesem Jahr politisiert. Ich verweise zum Beispiel auf den von uns, unter anderem auch aus diesen Gründen, abgelehnten Sporthallenneubau. Wir waren die einzige Fraktion, welche sagte, dass diese 6 bis 12 Mio. Franken an Mehrausgaben keinen Sinn machen. Ich glaube, auf der bürgerlichen Seite gab es wenige Nein-Stimmen. Alle fanden es wunderbar, die alte Halle abzurechen und sie dann 2 Meter länger und 3 Meter breiter wieder aufzubauen. Das kostete nur 6 bis 12 Mio. Franken mehr und es gäbe vielleicht noch 6 Mio. Franken Subventionen. Wir haben auch dem Projekt "stabilo" zugestimmt und erwarten von dieser Analyse differenzierte Aussagen zu Spareffekt, aber auch zu den daraus allenfalls resultierenden Leistungsabbauten und den sozialen und ökologischen Konsequenzen. Was wir eigentlich grundsätzlich ablehnen, sind Sparübungen mit dem Rasenmäher, bei denen einfach linear bei allen Produktgruppen gekürzt wird. Wir halten dies für undifferenziert. Aber trotzdem haben wir uns für einmal entschlossen, die Kürzungen der Kostenarten 309 – 319 nicht generell zu bekämpfen. Wir machen diese Konzession, weil wir annehmen, dass der "stabilo"-Prozess vermutlich unbestreitbare Sparpotentiale in diesem Rahmen aufzeigen wird. Bei der Stadtbibliothek haben wir den Antrag gestellt, auf diese Kürzungen zu verzichten, da dort sonst Leistungen gemäss dem Indikator "Neuerwerb von Medien" abgebaut würden. Diese Benutzungsgebühren haben wir bekanntlich an der letzten Einwohnerratssitzung erhöht, deshalb finden wir dies ein falsches Zeichen. Es würde in etwa der gleichen Logik entsprechen, wenn wir zuerst die Parkierungsgebühren erhöhen und anschliessend die Parkfelder verkleinern würden. Einer Erhöhung der Parkierungsgebühren wäre für uns aber schon prüfenswert, dies als Anregung an den Stadtrat. Zu den einzelnen, vorliegenden Abänderungsanträgen möchte ich mich nicht gross äussern. Wir werden so stimmen, wie man das von uns erwarten wird. Einzig zum Antrag betreffend Taxi für EK-Schüler/-innen möchte ich noch festhalten, dass ich das Verhalten des Stadtrates nicht ganz nachvollziehen kann. Dieser Antrag wurde ja zusammen mit zwei weiteren von der Schulpflege direkt an alle Fraktionen gestellt, da der Stadtrat diese Anliegen in der ersten Budgetfassung nicht berücksichtigt hat. Der Verzicht auf diesen Schülertransport ist aber für die Betroffenen so einschneidend, dass er schlicht nicht zumutbar ist. Somit war schon nach der Oktobersitzung klar, dass dieser Antrag vermutlich mehrheitsfähig sein wird. Es wäre doch nun einfach logisch gewesen, dieses Anliegen bereits in den revidierten Voranschlag aufzunehmen. Ich bin vermutlich nicht der einzige, der es gelinde gesagt seltsam findet, wenn der zuständige Ressortvorsteher nachher in der AZ erklären muss, es komme jetzt schon gut, der Einwohnerrat stimme vermutlich gemäss dem Antrag der Schulpflege und nicht gemäss dem stadträtlichen Voranschlag. Unsere Fraktion wird den Antrag der FGPK, den Steuerfuss auf 100 % zu erhöhen, unterstützen. Für uns ist es, wie schon gesagt, selbstverständlich, dass sowohl auf der Ausgabenseite als auch bei den Einnahmen Korrekturen nötig sind. Der Selbstfinanzierungsgrad steht selbst bei einem Steuerfuss von 100 % ungefähr bei rund 8 Millionen und somit knapp über der Hälfte des notwendigen Betrags.

Wir werden somit auf Kosten unseres Vermögens und auf Kosten unserer Kinder die laufenden Aufwendungen bezahlen. Dies lehnen wir als nicht nachhaltig ab. Die Attraktivität einer Stadt misst sich nur zu kleinen Teilen an ihrem Steuerfuss. Viel wichtiger sind die Angebote von Bildung, Kultur, Sport, Verkehrsanbindung und auch Naherholungsgebieten. Mit dem Steuerfuss 100 % wird Aarau nicht zur Steuerhölle. Im Gegenteil, 100 % versteht man normalerweise und üblicherweise als Ganzes oder auch als richtig. Sagen Sie deshalb mit uns Ja zu einem richtigen und ganzen Steuerfuss.

Oliver Bachmann: Die Situation des Aarauer Stadthaushalts beunruhigt auch die SP. Wir sind überzeugt, dass wir reagieren müssen. Handeln müssen wir mit Konsequenz, aber auch mit Vernunft, mit Willen aber auch mit Augenmass, auf der Ausgabenseite wie auch auf der Einnahmeseite. Wir haben schon vor vier Jahren vor der damals übertriebenen Steuersenkung gewarnt. Wer damals dachte, es würde sicher gut kommen, war allenfalls blauäugig. Wenn die Sprecher der bürgerlichen Fraktionen heute immer noch an dem tiefen Steuersatz festhalten wollen, müssen sie sich wahrscheinlich den Vorwurf gefallen lassen, fahrlässig zu handeln. Es tönt fast ganz nach dem Motto "Unsere Meinung steht schon lange fest. Bitte, liebe Ratslinke, belästigen Sie uns nicht mit den Tatsachen." Es tut mir leid, das kann ich heute nicht tun. Der Steuersatz der Stadt Aarau wurde in den letzten Jahren kontinuierlich gesenkt: 104 %, 100 %, 98 % und jetzt 94 %. Im Ortsteil Rohr stand er noch vor wenigen Jahren auf 120 %. Mit dem heutigen Satz liegt Aarau deutlich unter dem kantonalen Mittel und hat auch in der Region einer der tiefsten Steuersätze. Hier kommen wir zur Kernaussage: Wenn Aarau bei einem so tiefen Steuersatz finanziell ins Strudeln kommt, wäre es unverständlich, ja es wäre vermessen, ausschliesslich städtische Leistungen abzubauen und nicht gleichzeitig wieder zu einem "normalen" Steuersatz zurückzukehren. Fusionskritiker könnten jetzt behaupten, dass Rohr der Grund für die Steuererhöhung sei. Das ist aber nicht wahr. Nicht Rohr ist das Problem, sondern Aarau. Aarau hat sich selber einen Steuerfuss gegeben, den sich die Stadt ganz einfach nicht leisten kann – nicht in der Vergangenheit und auch nicht in der näheren Zukunft. Behalten wir den Steuerfuss bei, machen wir dies heute auf Kosten künftiger Generationen, auf Kosten unserer Kinder. Da die zusätzlichen Kosten, welche der Kanton den Gemeinden für nächstes Jahr aufgedrückt hat, höher ausfallen werden, als bei der Festlegung des Steuerfusses angenommen, unterstützen wir den Antrag der FGPK, den Steuerfuss auf 100 % anstatt 98 % festzulegen. Die SP ist auch bereit, Massnahmen auf der Ausgabenseite zu unterstützen. So werden wir fast alle Sparbemühungen des Stadtrates aus dem Oktoberbudget grossmehrheitlich gutheissen. Auch den meisten zusätzlichen Sparbemühungen, die der Stadtrat seit Oktober vorgenommen hat, werden wir zustimmen. Nicht unterstützen werden wir die stadträtlichen Sparvorschläge in den Produktgruppen Sport, Kultur und Subventionen sowie die Streichung des Quartiermonitorings, welches der Einwohnerrat erst in diesem Jahr beschlossen hat. Wir werden daher die entsprechenden Anträge von Pro Aarau gutheissen. Gemeinsam mit der Fraktion Grüne/JETZT! haben wir, wie Markus Hutmacher bereits erwähnt hat, Abänderungsanträge eingereicht und werden sie entsprechend auch unterstützen. Die Streichung von FuSTA in Rohr erachten wir als Fehler. Eine solche Einrichtung soll allen Familien in unserer Stadt zur Verfügung stehen, unabhängig vom Wohnquartier. Wir erwarten, dass dies in der Budgetierung zum Voranschlag 2013 wieder aufgenommen wird. Auch die Streichung der Säuglingsgruppe im Schachen lehnen wir ab. Einen entsprechenden Antrag werden wir aber nicht jetzt in der Budgetdebatte, sondern beim Traktandum des entsprechenden Geschäfts stellen. Dagegen unterstützen wir die Bemühungen des Stadtrats, die Verwaltung zu durchleuchten und in Zusammenarbeit mit der Verwaltung sämtliche Aufgabenposten kritisch zu hinterfragen. Dass der Stadtrat eine Selbstfinanzierung von durchschnittlich 15 Mio. pro Jahr vorsieht, erachten wir als richtige Grösse. In Anlehnung an den Wahlslogan der

SP Schweiz "Für alle, statt für wenige" wird die SP-Fraktion der nötigen Steuererhöhung zustimmen, ganz nach dem Motto "Für Aarau, statt für wenige."

Marcel Guignard, Stadtmann: Es ist dem Stadtrat nicht einfach gefallen, auf der Basis des Rückweisungsantrags ein neues Budget vorzulegen, da die Erwartungen in ganz unterschiedliche Richtungen gingen. Der Stadtrat hatte deshalb das Ziel, einen Voranschlag vorzulegen, der eine Mehrheit im Einwohnerrat finden kann. So ist der Stadtrat auf gewisse Sachen, die er verantworten kann, eingetreten und auf andere nicht. Als ich die Liste all dieser Abänderungsanträge gegenüber dem zweiten Voranschlag sah, musste ich sagen, wir hätten das Budget doch besser schon vor einem Monat beraten, denn es sind immer noch dieselben Anträge. Das einzige, was sich geändert hat, ist die Tatsache, dass der Einwohnerrat heute in voller Präsenz hier anwesend ist. Das war vor einem Monat nicht so. Dafür wollen Sie den Stichtscheid allenfalls mit geheimer Abstimmung über die Runde bringen. Diesen Eindruck haben wir erhalten. Ich möchte hier eigentlich nicht mehr viel über die gesamte finanzielle Lage sagen. Wir haben Ihnen schon viel geschrieben, im Politikplan und in den Unterlagen zum ursprünglichen Voranschlag. Am 21. September 2011 haben Sie zusätzliche Unterlagen erhalten. Sie konnten die Lage beurteilen, konnten Ihre Überlegungen anstellen und Ihre Positionen beziehen. Sie sind gewillt, die hier auch zum Durchbruch zu bringen. Deshalb werde ich nur einzelne Bemerkungen zu Ihren Voten machen, welche mir beim Mithören in den Sinn gekommen sind. Es stimmt natürlich, dass die Steuerkraft unterschiedlich ist, wie dies Jürg Schmid ausgeführt hat. Es ist so, dass diese nicht in allen Gemeinden gleich gross ist. Ich weiss auch nicht, wie die Steuerkraft in Biberstein im Vergleich zu jener in Aarau ist, das müsste man genauer anschauen. Die Tatsache ist aber doch, und das hat Herr Schmid auch gesagt, dass wir im Vergleich mit anderen Gemeinden nicht weit weg sind, weder mit 94 % noch mit 98 %. Das muss manchmal ein bisschen relativiert werden. Fast etwas maliziös fand ich die Bemerkung, die 1,5 Mio. Franken, welche wir jetzt eingespart hätten, spüre man eigentlich gar nicht. Das stimmt schon, dass man sie in diesem Sinne nicht spürt. Umgekehrt wird aber gleichzeitig gesagt, es gebe Punkte, wo man das sehr gut spüre und der Stadtrat spare wieder nur dort, wo man es nach aussen spüre. Da stecken wir immer etwas in einem Dilemma. Wenn man schaut, welche Konten tatsächlich bei den generellen Sparbedürfnissen von 5 % angesagt worden sind, sieht man genau, wo das ist. Es ist klar, wenn beispielsweise der Unterhalt um 5 % reduziert wird, ist das nicht sofort draussen auf der Strasse spürbar. Das merkt vielleicht der Malermeister oder das Baugeschäft, dass im nächsten Jahr etwas weniger ansteht, als es vor einem Jahr der Fall gewesen ist. Das ist aber eben nicht unmittelbar spürbar. Von Hanspeter Hilfiker wurde gesagt, man merke gar nichts beim Personalbestand. Das bestätige ich. Es ist so, dass wir niemandem gekündigt haben. Das ist auch gar nicht gefragt. Ich weiss nicht, ob man Aushilfsstellen hätte abbauen müssen. In den letzten Einwohnerratsitzungen standen solche Personalbegehren ja zur Debatte. Es ist richtig gesagt worden, dass "stabilo" etwas mehr Zeit braucht. Die Frage ist, wie lange. In der Tat ist es so, dass es keine kurze Zeit ist, wenn man von 4 bis 5 Jahren spricht, das gebe ich gerne zu. Auf der anderen Seite muss man auch bedenken, dass es bei "stabilo" um tiefer liegende Fragen geht, als nur um eine generelle Kürzung der Unterhaltskonti. Es geht um strukturelle und dann tatsächlich auch um politische Fragen bezüglich der Leistungen. Dies muss politisch abgedeckt sein und eine Mehrheit finden. Die politischen Prozesse, das wissen Sie selber, sind rasch angekündigt, aber in der Durchführung nicht immer einfach, um das einmal so zu sagen. Das Gleiche gilt insbesondere bei den Investitionen. Der Stadtrat hat Ihnen gezeigt, dass sehr viele Investitionen bereits beschlossen sind. Dies betrifft vor allem die grossen Projekte. Da kann man dem Stadtrat schon sagen, er solle da noch einmal kürzen. Hier wäre aber auch das Mitdenken von Ihnen, die ja ebenfalls Verantwortung dafür mittragen, nötig und Entscheidungen, auf welche

Dinge Sie tatsächlich verzichten wollen. Es geht dabei um die grösseren Projekte, welche vielleicht am Schluss noch erhebliche laufende Kosten erzeugen und nicht um die kleinen Dinge. Vielleicht ist hier in der Tat angezeigt, mit Ruhe und über das Alltagsgeschäft des Budgets hinaus in einem breiteren Umfeld zu diskutieren auf welche grossen Sachen man denn eigentlich tatsächlich verzichten möchte, bevor man dem Stadtrat sagt, er solle einmal einen Vorschlag bringen, damit man dann dagegen sein könne. Betreffend Steuern ist insbesondere zum Ausdruck gebracht worden, dass die Erhöhung des Steuerfusses deshalb nicht benötigt würde, weil der Steuereingang 2011 höher ausfalle, als erwartet worden sei. Der Stadtrat bestreitet nicht, dass der Steuerertrag höher als erwartet ausgefallen ist, aber niemand verspricht uns, dass dies im nächsten Jahr auch so sein wird, vor allem wenn man sieht, dass bei den juristischen Personen der Grossteil dieser 4 Mio. Franken eigentlich Nachträge aus den Vorjahren waren. Diese sind zum Teil auch erst provisorisch. Ob die Beträge tatsächlich alle eingehen, ist noch ungewiss. Von Ihnen völlig unerwähnt, da nicht so interessant, blieb die Tatsache, dass wir das Plansoll bei den natürlichen Personen im Jahre 2011 um 1 Mio. Franken nicht erreichen werden. Es wurde nur erwähnt, dass man insbesondere bei den Aktiensteuern gut dran sei. Dass man aber bei den anderen Steuern tiefer liegt, wurde nicht gesagt. Deshalb erwähne ich das hier noch. Bei den Quellensteuern erreichen wir das Ziel um rund eine halbe Million auch nicht. Der Stadtrat wollte Ihnen keine Zahlen verheimlichen, das ist zu kurz gegriffen. Die Finanzverwaltung wurde erstmals am 7. November 2011 darüber informiert, dass bei den juristischen Personen mit einem Mehrertrag von rund 1,2 Mio. Franken zu rechnen ist. Im Laufe des Novembers erhöhten sich die Erträge nochmals und erreichten am 8. Dezember, als Herr Hilfiker bei der Abteilung Finanzen nachgefragt hatte, den von ihm erwähnten Stand von 4 Mio. Franken. Jetzt stellt sich die Frage, wo die Justierung bei den Einnahmen und Ausgaben laufend während des Budgetprozesses liegt. Ich darf einfach daran erinnern, dass unser Budgetprozess irgend wann einmal im Frühling beginnt und Mitte Juli die Angaben vorliegen müssen. Im August/September wird darüber beschlossen. Da kann nicht permanent nachjustiert werden. Es gäbe nämlich auch auf der Ausgabenseite Nachjustierungen, wie z. B. bei Versicherungsprämien und anderem. Die sind jetzt auch nicht enthalten, obwohl sie sich erhöht haben. Ich bitte da um Verständnis, dass der Stadtrat nicht jede Veränderung während des Budgetprozesses, namentlich wenn der Voranschlag schon beim Einwohnerrat liegt, immer wieder ausjustieren kann. Herr Schib erwähnte, die Steuererhöhung sei überhaupt nicht begründet worden. In der Tat hat der Stadtrat auch bei der zweiten Version nur einen kurzen Satz dazu geschrieben. Wir halten fest, dass Sie im Sommer den Politikplan und im Herbst eine dicke Budgetvorlage gesehen haben. Sie haben auch gesehen, dass der Steuerfuss nicht einfach rasch für ein Jahr verändert wird. Er muss über eine längere Zeit Gültigkeit haben. Dass die Aufwendungen, welche von oben auf uns zu kommen werden und wir nicht im Griff haben, erheblich sind, konnten Sie selber auch feststellen. Insgesamt bleibt der Stadtrat bei den Anträgen, wie er Sie Ihnen unterbreitet hat und ist gespannt, was für ein Voranschlag bei diesem speziellen Abstimmungsprozedere am heutigen Abend und den im Einwohnerrat herrschenden Mehrheitsverhältnissen schlussendlich generiert wird. Ich nehme an, auch die Presse wird mit Interesse zuschauen, wie sich die Mitglieder des Einwohnerrates heute Abend finden werden. Ich bin zuversichtlich, dass Sie einen guten Schluss finden und danke Ihnen für die lockere Art, wie Sie jetzt dann dahinter gehen und den Voranschlag verabschieden, sodass wir im nächsten Jahr ein Budget haben werden und wieder damit arbeiten können.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir kommen nun zur Detailberatung. Vorab eine Information: Uns liegen 4 Anträge vor, welche generell das ganze Budget betreffen. Das sind zwei Anträge zur Lohnerhöhung sowie zwei Anträge zur Höhe des Steuerfusses. Über diese

Anträge werden wir vor der Schlussabstimmung befinden. Wir starten nun mit der Detailberatung in den einzelnen Produktgruppen. Zu den Seiten 3 – 14 liegen keine Wortmeldungen vor. Bei der Produktgruppe 01, Seite 16, liegt ein **Antrag** der FGPK vor mit folgendem Wortlaut:

Dem Einwohnerrat wird beantragt, auf die Streichung von zwei Einwohnerratssitzungen zu verzichten.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 46 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat verzichtet auf die Streichung von zwei Einwohnerratssitzungen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir fahren weiter mit der Detailberatung. Zu den Produktgruppen 02, 03, 04, 05, 10, 12, 13, 14, 15, 17 und 18 liegen keine Wortmeldungen vor. Bei der Produktgruppe 20 liegen uns diverse Anträge vor. Die Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP hat einen **Antrag** mit folgendem Wortlaut gestellt:

Auf die lineare Kürzung von 5 % der Beiträge in der PG 20, Kultur, sei zu verzichten.

Hanspeter Hilfiker: Die FDP stellt den **Antrag**, dass wir beim vorliegenden Antrag eine **geheime Abstimmung** durchführen.

Christoph Schmid: Ich möchte noch etwas zum Antrag der Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP zur Produktgruppe 20 sagen, bevor wir zur Abstimmung kommen: Sport und Kultur beleben die Stadt Aarau enorm und sind für die Attraktivität der Stadt Aarau wichtig. So steht Aarau z. B. im Städteranking weit vorne. Meine Frage ist: Wollen wir, dass Aarau durch die vom Stadtrat, auf Druck der Fraktionen von FDP und SVP, beantragte Kürzung freiwillig wieder absteigt? Wollen wir das wirklich? Ich glaube kaum. Ich bitte euch deshalb, den Anträgen von Pro Aarau – EVP/EW – GLP zu folgen und den rund 40 Vereinen und Institutionen die Beiträge zu bewilligen.

Oliver Bachmann: Ich spreche ganz kurz zum Antrag betreffend geheimer Abstimmung. Ich bin der Meinung, dass wir hier im Einwohnerrat möglichst viel Transparenz haben möchten. Es sind Medienvertreter und viele Zuschauer anwesend. Ich glaube, diese Personen haben einen Anspruch darauf zu wissen, welche Haltung ihre Parlamentarier zu den einzelnen Themen vertreten. Deshalb würde ich unbedingt vorschlagen, dass wir auf die geheime Abstimmung verzichten und hier im Saal zu unserer Meinung stehen. Zudem braucht es angesichts des überladenen Programms relativ viel Zeit, wenn wir über alles geheim abstimmen müssen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag der FDP-Fraktion abzulehnen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Ich möchte noch Folgendes präzisieren: § 21 des Geschäftsreglement des Einwohnerrates lautet: "Ein Viertel der Anwesenden kann verlangen,

dass die Abstimmung geheim stattfindet." Bei 50 Anwesenden braucht es 13 Stimmen, um diesen Ordnungsantrag gutzuheissen.

Der **Ordnungsantrag** auf **geheime Abstimmung** wird mit 21 Ja-Stimmen **angenommen**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Geheimen Abstimmung über den Antrag der Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP:
(bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt)

Auf die lineare Kürzung von 5 % der Beiträge in der PG 20, Kultur, sei zu verzichten.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Dieser Antrag wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Die SVP hat einen **Antrag** gestellt mit folgendem Wortlaut:

Der Beitrag an den Verein T.u.T. sei vollumfänglich zu streichen.

Christoph Schmid: Die SVP hat den Antrag der vollumfänglichen Streichung des Beitrages an den Verein T.u.T. von 47'500 Franken gestellt. Alle, welche im September die Gelegenheit genutzt haben und in der alten Reithalle das "warm up" mit dem Zeltlager, die Theaterinstallation Ghostcity, das Jazzkonzert vom Jazzclub Aarau, das Musiktheater HornOXER oder die Performance mit Aarauer Jugendlichen besucht haben, konnten sich selber ein Bild machen, was "T.u.T" in der schönen Reithalle veranstaltet hat und sie sahen, dass die Halle sehr gut geeignet ist für zukünftige kulturelle Nutzung. Nicht zu vergessen ist, dass wir bereits am 31. März 2008 mit 31 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen den Projektierungskredit genehmigt und den Zwischenbericht Anfang dieses Jahres zur Kenntnis genommen haben. Sollte der Beitrag für die Zwischennutzung für den Verein T.u.T. gestrichen werden, ist nicht auszuschliessen, dass das Projekt insgesamt kippt und nach Baden wandert – mit nicht absehbaren Folgen für Aarau. Die Investition in die Zwischennutzung wirkt sich längerfristig aus und ist nachhaltig. Aarau zeigt Mut zur kulturellen Innovation, die sich jetzt weiter entwickeln soll, um für die Zukunft ein Zugpferd für das Theater im Aargau und darüber hinaus zu sein. Ich bitte euch deshalb, dem Streichungsantrag nicht zuzustimmen.

Jürg Schmid: Ergänzend zu der Begründung in unserem Antrag noch ein paar weitere Ausführungen: Unsere Haltung zum Projekt Oxer ist allen bekannt. Es ist deshalb nur konsequent, eine Institution, welche den Auftrag hat, die Einwohner auf den Oxer vorzubereiten, nicht noch mit einem Beitrag aus öffentlicher Hand zu unterstützen. Der Stadtrat bewegt sich unseres Erachtens bereits mindestens in einer Grauzone, wenn er mit öffentlichen Geldern für ein zukünftiges Projekt Werbung macht. Entsprechend beantragen wir, den Beitrag an den Verein T.u.T. vollumfänglich zu streichen.

Carlo Mettauer, Stadtrat: T.u.T., Theater und Tanz, ist ein Verein und keine Institution. Dieser Verein soll als Zwischennutzung finanziell unterstützt werden, das beantragt Ihnen der Stadtrat. Dies hat verschiedene Gründe. Das eine haben wir vorhin von Christoph Schmid gehört: Die Zwischennutzung hat sich attraktiv angelassen. Es sind noch einige Programmpunkte vorgesehen. Im Jahre 2011 hat der Kanton eine Vorfinanzierung geleistet und auch bei der Einrichtung infrastrukturelle Vorarbeit zusammen mit Pro Helvetia übernommen. Die Kulturschaffenden und notabene auch die Bevölkerung der Stadt und Umgebung konnten durch den Besuch von Veranstaltungen davon profitieren. Die Stadt Aarau will schlussendlich das Projekt Oxer gemeinsam und paritätisch mit dem Kanton aufgleisen. Im Jahr 2011 haben wir an den Verein T.u.T. noch keinen Beitrag geleistet. Wir haben zugesagt, dass wir im Jahre 2012 mitmachen würden und deshalb mache ich Ihnen beliebt, diesen Beitrag im Budget zu belassen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag der SVP:

Der Beitrag an den Verein T.u.T. sei vollumfänglich zu streichen.

Dieser Antrag wird mit 28 Nein-Stimmen gegen 22 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Die SVP hat einen **Antrag** gestellt mit folgendem Wortlaut:

Der Beitrag an das KiFF sei um 30'500 Franken zu reduzieren.

Christoph Schmid: 2010 anerkannte der Regierungsrat des Kantons Aargau das KiFF als kantonales Leuchtturm, also als eine kulturelle Institution von mindestens kantonaler Bedeutung. Das war erfreulich und Aarau hat damit einen Leuchtturm bekommen. Baden hat unterdessen mit dem Museum Langmatt, dem Kindermuseum und dem Festival Fantoche bereits drei kulturelle Institutionen von mindestens kantonaler Bedeutung. Aus unserer Sicht ist die Stadt Aarau nun in der Pflicht, ihren Teil an eine langfristige Lösung für das KiFF beizutragen und für eine gesicherte finanzielle Basis des KiFF zu sorgen. Dazu wurde im Frühling 2010 eine breit abgestützte Begleitgruppe AG KiFF gegründet. Diese hat zum Ziel, auf der einen Seite nach alternativen, langfristigen Standorten zu suchen und andererseits eben die bereits erwähnte finanzielle Basis langfristig zu sichern. Über den professionellen und gut organisierten Kulturleuchtturm ist die SVP bestens informiert, da sie ja auch in der AG KiFF vertreten ist und den Prozess der Standortfrage somit aktiv mitträgt. Umso mehr erstaunt es, dass die SVP diesen Kürzungsantrag erneut stellt. Zu den im Antrag erwähnten Begründungen für eine Streichung: Die Personalkosten konnten 2011 endlich den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Die Personalkosten im KiFF sind im Vergleich zu anderen Kulturhäusern immer noch deutlich tiefer. Die Erhöhungen wurden vom Kanton Aargau finanziert und nicht von der Stadt Aarau. Die steile Erhöhung der Subventionen ist eine längst fällige Notwendigkeit, welche der Kanton bereits vor einem Jahr erkannt hat. Das KiFF verfolgt keinen Expansionskurs, sondern versucht, das Erreichte zu erhalten. Dies ist jedoch ohne Subventionserhöhung seitens der Stadt in der Höhe des eingegebenen Betrages nicht möglich. Eine weitere Kürzung des geforderten Betrages würde wieder einmal mehr eine längerfristige Lösung des

Problems KiFF verhindern. Ein neuer Standort ist momentan noch nicht in Sicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Stadtrat hat den eingegebenen Betrag an das KiFF bereits deutlich gekürzt. Wenn Sie dem Antrag der SVP-Fraktion folgen und den Beitrag der Stadt Aarau an das KiFF um weitere 30'500 Franken kürzen, wird die Zukunft des KiFF weitgehend in Frage gestellt. Die sehr gut aufbereiteten und transparenten Gesuchsunterlagen des KiFF an die Stadt Aarau belegen diese Tatsache klar und deutlich. Mit einer weiteren Kürzung ist die finanzielle Sicherung des Betriebs nicht mehr gewährleistet. Für die SP-Fraktion ist eine Kürzung des Beitrages an das KiFF nicht verantwortbar, da uns die kulturelle Vielfalt im KiFF und in der Stadt Aarau am Herzen liegt und wir überzeugt sind, dass das KiFF einen massgeblichen Beitrag zur Attraktivität von Aarau beiträgt sowie für die Gastronomie und das Standortmarketing einen Mehrwert schafft. In diesem Sinne möchte ich euch im Namen der SP-Fraktion auffordern, dem Antrag der SVP keine Folge zu leisten und die vom Stadtrat vorgesehene Beitragserhöhung an das KiFF zu unterstützen.

Carlo Mettauer, Stadtrat: Ich verzichte auf eine längere Ausführung, wie ich sie hier eigentlich notiert hatte. Christoph Schmid hat bereits einige Punkte erwähnt. Das KiFF ist der grösste Mehrspartenbetrieb im Kanton Aargau und leuchtet im Kanton und auch darüber hinaus, um das Bild des Leuchtturmes aufzunehmen. Das KiFF ist ein wichtiger Player, hat einen Eigenfinanzierungsgrad von 70 % und organisiert über 250 Veranstaltungen. Es geht primär um die langfristige Sicherung an diesem Standort und um die folgenden Jahre. Hier stehen wir noch in Verhandlung. An der Standortsicherung sind wir dran. Der Kanton hat es geschrieben und sich so zum Standort Aarau bekennt: "Es ist ein Beitrag an einen kulturell anregenden Lebensraum." Ich glaube, da dürfen wir jetzt nicht einen der Betriebe, welcher eine ganz wichtige Säule unserer Stadt ist, durch eine unüberlegte Kürzung gefährden. In diesem Sinne beantragt Ihnen der Stadtrat, nicht auf diese Kürzung einzugehen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag der SVP:

Der Beitrag an das KiFF sei um 30'500 Franken zu reduzieren.

Dieser Antrag wird mit 33 Nein-Stimmen gegen 16 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir fahren fort mit der Detailberatung. Zu den Produktgruppen 21 und 22 liegen keine Wortmeldungen vor. Zur Produktgruppe 23, Stadtbibliothek, liegt ein **Abänderungsantrag** der Fraktion Grüne/JETZT! vor mit folgendem Wortlaut:

Für die PG 23, Stadtbibliothek, ist auf die 5 % Kürzung der Kostenarten 309 – 319 zu verzichten. Der Nettoaufwand soll gemäss Budget vom 5. September 2011 Fr. 882'200.- betragen. Der Indikator "Neuerwerb von Medien" soll wie bis anhin auf 14 % festgesetzt werden.

Hanspeter Hilfiker: Die FDP stellt den **Antrag**, beim vorliegenden Antrag eine **geheime Abstimmung** durchzuführen.

Oliver Bachmann: Ich stelle den **Antrag**, gemäss dem Geschäftsreglement des Einwohnerrates diese Abstimmung unter **Namensaufruf** durchzuführen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir stimmen darüber ab, unter welchem Prozedere wir über den Antrag zur Produktgruppe 23 schlussendlich abstimmen werden: als geheime Abstimmung oder als Abstimmung unter Namensaufruf.

Ueli Bürgi: Wir haben den Antrag gestellt, dass wir jetzt zuerst über die geheime Abstimmung abstimmen und bitte darum, diese Abstimmung jetzt durchzuführen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Ich bitte um einen Moment Geduld, wir müssen uns zuerst kurz beraten.

Lotty Fehlmann Stark: Ich sage es offen, in diesen 14 Jahren habe ich noch nie so viel Taktiererei erlebt, wie in den letzten zwei Monaten, das ist ja richtig spannend. Ich denke, es ist nicht vorgesehen, dass man im selben Geschäft sowohl das eine wie das andere verlangt. Eigentlich steht im Geschäftsreglement, dass ein Viertel des Einwohnerrates eine geheime Abstimmung verlangen kann, aber auch die Abstimmung unter Namensaufruf kann von uns mit einem Viertel verlangt werden. Beides können wir aber nicht tun. Ich denke, es gibt logischerweise nichts anderes, als die beiden Abstimmungsarten einander gegenüberzustellen. Diejenige Abstimmungsart, welche mehr Stimmen bekommt, wird anschliessend durchgeführt.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir machen es so, wie ich vorhin gesagt haben: Wir stellen die beiden Abstimmungsarten "geheime Abstimmung" und "Abstimmung unter Namensaufruf" einander gegenüber.

Antrag auf geheime Abstimmung	25 Stimmen
Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf	25 Stimmen

Lotty Fehlmann Stark: Auch wenn ich froh wäre, wenn wir ganz normal abstimmen würden, denke ich, dass es jetzt keine Schlussabstimmung braucht, denn ein Viertel des Einwohnerrates hat den Anspruch darauf, was wir entschieden haben. Das kann nicht noch einmal etwas anderem oder gar nichts gegenübergestellt werden, im Gegensatz zu anderen Abstimmungen, bei denen man zwei Sachen einander gegenüberstellt und am Schluss Ja sagen kann zu Null bzw. zu "Nichts". Mit einem Viertel der Stimmen hat man den Anspruch auf die beantragte Art von Abstimmung.

Reto Leiser: Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass sofort nach dieser Abstimmung – und ein Viertel hat Ja gesagt zu einer geheimen Abstimmung – die Abstimmung geheim durchgeführt werden muss. Schlussendlich geht es darum, dass man auslegt, was der Gesetzgeber wollte, als die Bestimmungen gemacht worden sind. Das Gesetz geht natürlich immer etwas von einem Idealfall aus und kann nicht jeder Eventualität Rechnung tragen. Das Gesetz sagt, wenn ein Viertel des Einwohnerrates es verlangt, dann muss eine geheime Abstimmung durchgeführt werden. Wenn man jetzt sagt, ein anderer Viertel lege dem etwas anderes entgegen, wolle eine Abstimmung unter Namensaufruf und deshalb falle das wieder weg und man komme wieder ins "Normale" zurück, dann würde das bedeuten, dass das Gesetz, welches

ausdrücklich vorsieht, dass bei einer geheimen Abstimmung bei einer Gleichteilung der Stimmen der Antrag als abgelehnt gilt, nicht zur Anwendung gelangen würde. Das Gesetz hat vorgesehen, was passiert, wenn es ein Unentschieden gibt. Man möchte eine geheime Abstimmung, damit die Möglichkeit des Stichentscheides wegfällt. Die Regelung steht in § 22 Abs. 3 des Gesetzes, dass bei einer geheimen Abstimmung, wenn es eine Gleichteilung der Stimmen gibt, der Antrag schlussendlich als abgelehnt gilt. Das ist die einzige Lösung, welche von Gesetzes wegen vorgeschlagen ist. Es gibt bei Wahlen noch eine andere Lösung. Man könnte allerhöchstens beantragen, dass es einen Losentscheid darüber gibt, wie es weitergehen soll, wenn man das andere umgehen möchte. Aber ich denke nicht, dass es möglich ist, zu sagen, dass beide Varianten nicht zum Zuge kommen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Durch meinen Stichentscheid hat die Abstimmung unter Namensaufruf obsiegt. Jetzt stellt sich die Frage, ob Ihr die Abstimmung offen oder unter Namensaufruf durchführen möchtet. Jetzt führen wir diese Abstimmung durch. Die obsiegende Abstimmungsart werden wir anschliessend durchführen. Wenn die Abstimmung unter Namensaufruf einen Viertel der Stimmen auf sich vereinigt, werden wir die Schlussabstimmung unter Namensaufruf durchführen.

Markus Hutmacher: Ich stelle einen **Ordnungsantrag** für eine **Pause von 5 Minuten**, um sich absprechen und in Ruhe überlegen zu können, worum es genau geht. Ich finde es auch schwierig, wenn jetzt eine Seite minorisiert wird.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir stimmen nun über diesen **Ordnungsantrag** von Markus Hutmacher ab.

Der Ordnungsantrag wird von der Mehrheit des Einwohnerrates **angenommen**.

Kurze Pause.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir haben uns noch einmal über diesen Vorgang unterhalten und die Juristen befragt. Es gibt auf der einen Seite die geheime Abstimmung und auf der anderen Seite die offene Abstimmung. Zuerst müssen wir uns nun entscheiden, ob wir eine geheime oder eine offene Abstimmung wollen. Wenn wir uns für eine offene Abstimmung entscheiden würden, dann käme die Abstimmung unter Namensaufruf zum Zuge. Zuerst befinden wir jetzt also darüber, ob wir die geheime Abstimmung wollen oder nicht.

Der **Ordnungsantrag** auf **geheime Abstimmung** wird mit 24 Ja-Stimmen **angenommen**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Geheimen Abstimmung über den Abänderungsantrag der Fraktion Grüne/JETZT!: (bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt)

Für die PG 23, Stadtbibliothek, ist auf die 5 % Kürzung der Kostenarten 309 – 319 zu verzichten. Der Nettoaufwand soll gemäss Budget vom 5. September 2011 Fr. 882'200.- betragen. Der Indikator "Neuerwerb von Medien" soll wie bis anhin auf 14 % festgesetzt werden.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Dieser Antrag wird mit 25 Nein-Stimmen gegen 24 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung **abgelehnt**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Zur Produktegruppe 26, Sport, liegt ein **Antrag** der Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP vor mit folgendem Wortlaut:

Auf die lineare Kürzung von 5 % der Beiträge in der PG 26, Sport, sei zu verzichten.

Hanspeter Hilfiker: Die FDP stellt den **Antrag**, beim vorliegenden Antrag eine **geheime Abstimmung** durchzuführen.

Oliver Bachmann: Ich lese hier ganz kurz vor: "Ein Viertel der Anwesenden kann verlangen, dass eine Abstimmung unter Namensaufruf oder geheim stattfindet." Es steht hier drin nirgends, welcher Antrag stärker ist, welcher irgendwie priorisiert wird. Dass jetzt der Antrag, welchen ich vorher gestellt habe, einfach nicht behandelt worden ist, finde ich falsch. Da bringe ich einen Protest an. Ich stelle wiederum den **Antrag**, dass die **Abstimmung unter Namensaufruf** durchgeführt wird.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Es geht hier wieder um die gleiche Frage, ob wir geheim oder unter Namensaufruf abstimmen sollen, also ob die Abstimmung geheim oder offen sein soll.

Der **Ordnungsantrag** auf **geheime Abstimmung** wird mit mehr als einem Viertel der Stimmen **angenommen**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Geheimen Abstimmung über den Antrag der Fraktion Grüne/JETZT!: *(bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt)*

Auf die lineare Kürzung von 5 % der Beiträge in der PG 26, Sport, sei zu verzichten.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Dieser Antrag wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Zur Produktegruppe 30, Betrieb Volksschule, liegen uns diverse Anträge vor. Wir beginnen mit den **Anträgen** bezüglich des Kontos 318, Dienstleistungen, Projektleiter:

Antrag Stadtrat: 50'000 Franken für Projektmitarbeit

Antrag CVP: 30'000 Franken (Reduktion um 20'000 Franken) für Projektmitarbeit

Antrag FDP: 0 Franken (Streichung des Kredits) für Projektmitarbeit

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Ich äussere mich gerne zum Antrag auf Streichung oder Kürzung des Kredits für den Projektmitarbeiter der Schulpflege. Sie wissen, dass im Moment viele Projekte im Bereich Schule am Laufen sind. Die Ressourcen sind, nebst dem normalen Schulbetrieb, auch für die vielen wichtigen Projekte nötig. Deshalb hat die Schulpflege dem Gesamtschulleiter seit 2011 einen Projektmitarbeiter zur Seite gestellt. Dieser ist also heute schon im Auftragsverhältnis im Einsatz. Der Projektmitarbeiter soll dem Gesamtschulleiter Arbeit abnehmen bei diesen wichtigen Projekten. Mit den Kürzungsanträgen reduzieren Sie diese Unterstützung oder streichen Sie sogar vollständig. Ich bitte Sie, darauf zu verzichten, damit die Arbeit an diesen wichtigen Projekten trotzdem weitergeführt werden kann, und das auch jetzt, wo der Gesamtschulleiter nicht im Amt ist. Das sind Aufgaben, welche nicht noch einfach so neben dem alltäglichen Geschäft erfüllt werden können. Im Moment hilft der Projektmitarbeiter, die bestehende Lücke zu füllen. Gerade auch deshalb bitte ich Sie, den Streichungs- bzw. Kürzungsantrag nicht zu unterstützen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir stellen zuerst den Antrag der CVP dem Antrag der FDP gegenüber. Der obsiegende Antrag wird in der Schlussabstimmung dem Antrag des Stadtrates gegenübergestellt. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den

Abstimmungen

Vorabstimmung:

Antrag der CVP: <i>30'000 Franken (Reduktion um 20'000 Franken) für Projektmitarbeit</i>	19 Stimmen
Antrag FDP: <i>0 Franken (Streichung des Kredits) für Projektmitarbeit</i>	22 Stimmen

Somit hat der Antrag der FDP obsiegt.

Schlussabstimmung:

Antrag des Stadtrates: <i>50'000 Franken für Projektmitarbeit</i>	28 Stimmen
Antrag FDP: <i>0 Franken (Streichung des Kredits) für Projektmitarbeit</i>	22 Stimmen

Der Antrag des Stadtrates wird **gutgeheissen**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Zur Produktegruppe 30, Betrieb Volksschule, Taxikosten, liegt ein **Antrag** der Fraktion Grüne/JETZT! sowie der SP vor mit folgendem Wortlaut:

Das Budget für die Produktegruppe 30 sei um den Betrag von Fr. 30'000.- zu erhöhen, damit die Taxikosten für die EK Schüler sichergestellt sind.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 46 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Das Budget für die Produktegruppe 30 wird um den Betrag von Fr. 30'000.- erhöht, damit die Taxikosten für die EK Schüler sichergestellt sind.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Zur Produktegruppe 30, Betrieb Volksschule, Präventionsarbeit, liegt ein **Antrag** der Fraktion Grüne/JETZT! sowie der SP vor mit folgendem Wortlaut:

Das Budget für die Produktegruppe 30 sei um den Betrag von Fr. 12'300.- zu erhöhen, damit die Kosten für die Präventionsarbeit sichergestellt sind.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Ich bitte Sie, diesem Antrag nicht stattzugeben. Es geht um eine Budgetposition von 42'300 Franken. Der Stadtrat hat das Budget leicht gekürzt. Es geht um verschiedene Positionen, insgesamt sind es deren vier. Es sind immer noch 30'000 Franken in dieser Position enthalten. Es geht um allgemeine Präventionsarbeit und es stehen keine konkreten Projekte dahinter. Es ist eine Position im Grundbedarf des Schulbudgets. Der Stadtrat ist der Meinung, dass diese moderate Kürzung im Rahmen des Gesamtbudgets deshalb auch vertretbar ist. Präventionsarbeit kann weiter durchgeführt werden, halt einfach in einem etwas kleineren Rahmen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 25 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Das Budget für die Produktegruppe 30 wird um den Betrag von Fr. 12'300.- erhöht, damit die Kosten für die Präventionsarbeit sichergestellt sind.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Zur Produktegruppe 31, Musikschule, liegt ein **Antrag** der Fraktion Grüne/JETZT! sowie der SP vor mit folgendem Wortlaut:

Das Budget für die Produktegruppe 31 sei um den Betrag von Fr. 25'000.- zu erhöhen, damit die Finanzierung der Sozialtarife der Musikschule sichergestellt ist.

Hanspeter Hilfiker: Die FDP stellt den **Antrag**, beim vorliegenden Antrag eine **geheime Abstimmung** durchzuführen.

Oliver Bachmann: Schon, um bei einer allfälligen Beschwerde auch diese Abstimmung mit einschliessen zu können, stelle ich den **Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf**.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Bitte entschuldigen Sie, dass es nicht in einer Minute erledigt ist, aber ich muss für dieses Geschäft etwas ausholen: Es geht um eine Unterstützung aus dem Schulunterstützungsfonds. Der Stadtrat hat 1987 vier damals bestehende Fonds bzw. Stiftungen in einem sogenannten Schulunterstützungsfonds zusammengelegt und der Schulpflege die Verfügungsgewalt im Rahmen des Fondsbestandes erteilt. Der Stadtrat hat die Schulpflege auch beauftragt, die Verwendung des Fonds in einem Reglement festzuhalten. Sie besass die Kompetenz für diesen Fonds im Rahmen des Reglements. Die Schulpflege erliess dazu ein Reglement im Jahre 1988. Relevant ist darin insbesondere, dass das Kapital von ca. 500'000 Franken für die Ausrichtung von Beträgen für Aktivitäten der städtischen Schulen eingesetzt werden sollte, sofern diese Aktivitäten von Eltern zu tragen bzw. mitzutragen seien. Gebraucht werden sollten dafür die Erträge dieses Kapitals. Die gesprochenen Beträge dürfen die Jahreserträge des Fonds nicht übersteigen. Wenn die Erträge überzogen werden, muss das in den Folgejahren kompensiert werden. Auf Dauer sind mindestens diese 500'000 Franken im Fonds zu behalten. Es ist so, dass der Fonds im Jahre 2009 die Grenze von 500'000 Franken unterschritten hat. Per Ende 2010 lag der Saldo bei rund 440'000 Franken, die Entnahmen aus dem Fonds waren im Jahre 2010 knappe 36'000 Franken. Weil man die Limite der 500'000 Franken des Schulunterstützungsfonds unterschritten hat, prüfte die Schulpflege verschiedene Möglichkeiten zur Erhöhung dieses Fonds, zum Beispiel, ob der Fonds wieder mit Legaten aufgefüllt werden könnte, aggressivere Anlagen auf dem Kapitalmarkt, ein Verschieben der Musikschulsubventionen ins ordentliche Budget wie auch ein weiteres Abschmelzen des Fondsvermögens bis hinunter auf 200'000 Franken oder noch tiefer. Der Stadtrat hat dann zur Kenntnis genommen, dass die Schulpflege das eigene Reglement nicht eingehalten und die Limite von 500'000 Franken unterschritten hat. So hat der Stadtrat Massnahmen zur Auffüllung des Fonds diskutiert. Unter anderem war es ein Thema, die Anspruchskriterien anzupas-

sen. Eine weitere Möglichkeit wäre gewesen, nur noch ein Instrument zu fördern, wenn ein Kind zwei Instrumente spielt. Die Schulpflege hat aber an ihrem Antrag festgehalten und beschlossen, dass sie die Subventionen beibehalten und im Jahre 2012 über das ordentliche Budget laufen lassen möchte. Das ist jetzt der Antrag, den Sie auf dem Tisch haben. Dem Stadtrat ist leider nichts anderes übrig geblieben, als den Fondsbestand von ursprünglich 500'000 Franken auf 400'000 Franken reduzieren zu lassen. Er hat aber der Schulpflege den Auftrag erteilt, diese 400'000 Franken unter allen Umständen zu halten. Wie das zu geschehen hat, ist im Rahmen der bisherigen Kompetenzverteilung die Sache der Schulpflege. Der Stadtrat hat deshalb die Schulpflege dringlich ersucht, diesen Fondsbestand effektiv zu halten. Von den aufgezählten Möglichkeiten haben Sie jetzt den Antrag auf dem Tisch, den Fondsbestand über das ordentliche Budget zu erhalten. Das war nicht im Sinne des Stadtrates, wie er es gemeint hat. Deshalb empfiehlt Ihnen der Stadtrat, diese Variante, wie sie die Schulpflege gewählt hat, auch zur Ablehnung bzw. hat der Stadtrat diese Kürzung im Budget gemacht. Der Stadtrat beantragt Ihnen, im Sinne des stadträtlichen Entscheides abzustimmen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über die geheime Abstimmung:

Der **Ordnungsantrag** auf **geheime Abstimmung** wird mit mehr als einem Viertel der Stimmen **angenommen**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Geheimen Abstimmung über den Antrag der Fraktion Grüne/JETZT! und SP: (*bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt*)

Das Budget für die Produktegruppe 31 sei um den Betrag von Fr. 25'000.- zu erhöhen, damit die Finanzierung der Sozialtarife der Musikschule sichergestellt ist.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Dieser Antrag wird mit 30 Nein-Stimmen gegen 20 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir fahren fort mit der Detailberatung. Zu den Produktegruppen 34, 40, 41 und 42 liegen keine Wortmeldungen vor. Zur Produktegruppe 43, Subventionen/Beiträge liegt ein **Antrag** der Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP vor mit folgendem Wortlaut:

Auf die lineare Kürzung von 5 % der Beiträge in der PG 43, Subventionen/Beiträge, sei zu verzichten.

Hanspeter Hilfiker: Sie wissen schon, was kommt: Die FDP stellt den **Antrag**, beim vorliegenden Antrag eine **geheime Abstimmung** durchzuführen. Ich möchte aber noch als Beispiel bringen, dass wir hier einige Vorschläge haben, bei denen man mit einfachen Massnahmen und ohne Leistungskürzungen oder Existenzgefährdungen einen kleinen Beitrag an das finan-

zielle Gleichgewicht leisten könnte. Aber jede einzelne Massnahme wird mit einem Verzicht auf die Massnahme gegenbeantragt. Wo ist da der Wille für eine Konsolidierung? Wir sehen nichts davon, deshalb möchten wir auch hier wieder eine geheime Abstimmung.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über die geheime Abstimmung:

Der **Ordnungsantrag** auf **geheime Abstimmung** wird mit mehr als einem Viertel der Stimmen **angenommen**.

Oliver Bachmann: Ich stelle den **Antrag** auf **Abstimmung unter Namensaufruf**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir bleiben beim bisherigen Verfahren. Deshalb kommen wir jetzt zur

Geheimen Abstimmung über den Antrag der Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP:
(*bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt*)

Auf die lineare Kürzung von 5 % der Beiträge in der PG 43, Subventionen/Beiträge, sei zu verzichten.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Dieser Antrag wird mit 25 Nein-Stimmen gegen 24 Ja-Stimmen (und mit einer leeren Stimme) **abgelehnt**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir fahren fort mit der Detailberatung. Zu den Produktgruppen 46, 50 und 51 liegen keine Wortmeldungen vor. Zur Produktgruppe 60 liegen zwei Anträge vor: Ein **Antrag** wurde von der FDP-Fraktion eingereicht mit folgendem Wortlaut:

Die Position "Umsetzung Mobilitätsmanagement" im Bereich Stadtentwicklung/Wirtschaft im Umfang von Fr. 50'000.- sei zu streichen und der Globalkredit der PG entsprechend anzupassen.

Ueli Bürgi: Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, in der Produktgruppe 60 das Konto 318 um 50'000 Franken zu reduzieren. Unter den kleingedruckten Bemerkungen wird im Konto 318, Dienstleistungen, die Umsetzung des Mobilitätsmanagements erwähnt. Die FDP stellt den Antrag, im Budget 2012 keinen Beitrag für das Mobilitätsmanagement einzusetzen. Der Einwohnerrat hat am 22. Juni 2009 die Mobilitätszentrale und den Zweitstandort von aarau info im neuen Bahnhof abgelehnt. Viele Synergieeffekte haben sich für den Benutzer des Bahnhofes auch ohne Mobilitätszentrale entwickelt, ein bedeutendes Defizit ist nicht zu spüren. Das 49-seitige Konzept für Mobilitätsmanagement erscheint einmal pro Jahr am Tageslicht in Form eines Aktionstages, z. B. "In die Stadt ohne Auto" oder in diesem Jahr "Mobilitätstag Aarau bewegt". Wie bei vielen Kampagnen mit ähnlichem Thema sind die Effekte schwierig zu messen, wenn der Verkehr öffentlich und privat gleichzeitig wächst. Die FDP hinterfragt

die Mobilitätstage nicht grundsätzlich, die öffentliche Finanzierung aber schon. Anstoss zur Nachhaltigkeit bedeutet nicht automatisch öffentliche Finanzierung. Die Mobilität ist ein bedeutender Teil der Marktwirtschaft. Verkehrsträger mit neuen und alternativen Antrieben sind ein Wachstumsmarkt. Öffentlich finanzierte Verkehrsunternehmen haben den Auftrag, mit Marketing und geeigneten Anlässen die Bevölkerung von ihren Leistungen zu überzeugen. Kantone und Gemeinden haben in den letzten 20 Jahren erhebliche Anschubleistungen für eine ökologische, öffentliche Mobilität eingesetzt. Es liegt nun an der Marktwirtschaft, ihre Marketingmittel für das Umsteigen und für öffentliche Aktionstage einzusetzen. Es liegt auch an der Stadtverwaltung, für diese Anlässe Sponsoring für zukünftige Mobilitätsanlässe zu generieren. Die FDP beantragt deshalb – im Einklang mit der Aussage von Oliver Bachmann, dass Kürzungen auch mit Augenmass gemacht werden sollten – den Aufwand in dieser Produktgruppe um 50'000 Franken zu reduzieren.

Hans Fügli: Wir von der SP-Fraktion sind mit dem Streichungsantrag der FDP nicht einverstanden. Der Kredit ist ja, wie wir aus dem Voranschlag entnehmen konnten, vom Stadtrat bereits um 20'000 Franken gekürzt worden. Das finden wir vernünftig, so wurde aber bereits gespart. Dass der Kredit nun fast zum "Nullgeschäft" gemacht werden soll, damit sind wir nicht einverstanden. Auch wir sind für eine vernünftige Sparpolitik. Aber worum geht es eigentlich? Mobilität ist keine private Angelegenheit, sie geht uns alle an: Alle von uns sind täglich mit Auto, Velo, Zug oder zu Fuss unterwegs. Deshalb ist es auch für eine Stadt wie Aarau wichtig, dass sie sich mit der Mobilität der Menschen in Aarau und Umgebung beschäftigt. Ideen sind gefragt, wie man die Bevölkerung sensibilisieren kann, sich über ihre eigene Mobilität Gedanken zu machen. Gerade in diesem Jahr der Energiewende auf nationaler Ebene sollten wir uns zu der zentralen Frage des eigenen Energieverbrauchs Gedanken machen. Auch wir wohnen in unserer Region immer verdichteter. Wie sollen unsere Strassen in Zukunft das immer grösser werdende Verkehrsaufkommen bewältigen? Da braucht es ein Mobilitätsmanagement und eine Umsetzung. Für die Umsetzung braucht es auch Geld. Das Thema Mobilitätsverhalten ist nicht einfach ein privates Thema. Es ist klar auch ein Thema des Staates, also, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch von uns. Wir sind die Volksvertreter/-innen der Stadt. Wir können uns heute für oder gegen den Weg der Umsetzung des schon bestehenden Mobilitätsmanagements, wie ihn der Stadtrat und die Verwaltung beschreiten will, entscheiden. Nebst dem Mobilitätstag läuft zusammen mit dem KSA schon einiges in Sachen Mobilitätsumsetzung, das weiss Ueli Bürgi sicher ganz genau. Auch in der Stadtverwaltung werden solche Sachen angedacht. Die Ressourcen sind bescheiden, Gelder sollten dafür aber vorhanden sein. Es geht nicht um viel Geld. Die 50'000 Franken sind nicht viel für etwas, das uns einfach angeht. Wir haben das Problem mit der Mobilität. Wir müssen schauen, dass wir die Mobilität in den Griff bekommen oder umlagern können. Dafür braucht es den Dialog mit der Bevölkerung und auch Geld, damit die Bevölkerung das sieht und sich damit auseinandersetzt. Die SP-Fraktion ist ganz klar gegen diese Streichung.

Jolanda Urech, Stadträtin: Der Stadtrat beantragt Ihnen einen Kredit von 50'000 Franken. Das ist die 2. Tranche, eine 1. Tranche ist bereits erfolgt und ist mit dem Budget 2011 beantragt worden. Im Budget 2011 hat man Ihnen ausgeführt, dass das Mobilitätsmanagement ein wichtiger Teil des Verkehrskonzeptes der Stadt Aarau und auch Teil des Verkehrsrichtplans ist. Ebenfalls gilt Mobilität als wichtiger Teil einer Kampagne, welche Energiestadt Schweiz lanciert hat und welche übrigens auch bei der neuen Energiestrategie des Bundesrates, worüber wir an einer vergangenen Sitzung debattiert haben, eine grosse Rolle spielt. In diesem Zusammenhang geht es immer um das Mobilitätsmanagement, also das eigentliche Managen einer Mobilität, vor allem in einem Agglomerationsbereich. Mit dem Budget 2011 wurden

Ihnen 100'000 Franken beantragt. Sie haben diesen Betrag damals auf 70'000 Franken gesenkt. Mit den 70'000 Franken haben wir in diesem Jahr versucht, ein Maximum an Wirkung herauszuholen. Zum einen erfolgte dies mit dem Mobilitätstag, welcher vorhin erwähnt worden ist. Die Stadt hat sich dabei sehr engagiert und hatte an diesem Tag auch einen eigenen Auftritt. Zum anderen wurde das Mobilitätsmanagement in der Verwaltung neu aufgegleist. Schon mit dem Budget 2011 wurde Ihnen gesagt, dass die Investition nur dann sinnvoll sei, wenn die Projekte weitergeführt werden. Es ist also nicht einfach ein Beitrag an das Mobilitätsmanagement, wie Herr Bürgi das ausgeführt hat, sondern eigentlich das Aufgleisen eines Konzeptes. Das muss über eine längere Zeit laufen, weil Mobilitätsmanagement erst eine Wirkung entfalten kann, wenn es über einen längeren Zeitraum durchgeführt werden kann. Um diese Wirkung zu erzielen, haben wir die Zusammenarbeit mit Partnern gestartet. So waren beim Mobilitätstag wichtige Partner dabei, wie z. B. die IBAarau AG und das KSA, aber auch AAR bus+bahn, Mobility, Pro Velo sowie Energiestadt. Dieses Jahr versuchte man, den Mobilitätstag mit diesen Partnern zusammen etwas breiter aufzustoßen. Jetzt ist man daran, eine Auswertung durchzuführen und sich wieder für das nächste Jahr zu finden. Wie gesagt, die Investitionen sind nur dann sinnvoll, wenn die Projekte weitergeführt werden. Mit den 70'000 Franken haben wir versucht, erste wertvolle Schritte in diese Richtung zu machen. Der Stadtrat beantragt Ihnen aus Spargründen "nur" noch 50'000 Franken. Er möchte aber nach wie vor am Konzept des Mobilitätsmanagements festhalten und versuchen, mit diesem minimalen Beitrag mit den vorher erwähnten Partnern ein Maximum an Wirkung herauszuholen. Diese Partner sind auch bereit, im Jahre 2012 wieder mit uns zusammenzuarbeiten. Wenn Sie diesen Beitrag streichen, wird ein grösserer Teil bisher geleisteter Arbeit vernichtet. Das scheint nicht sehr wirkungsvoll zu sein. Zudem werden die Partner, welche sich auf die Zusammenarbeit mit der Stadt eingelassen haben und sich in diesem Bereich auch finanziell engagieren, vor den Kopf gestossen, da sie auch auf diese Zusammenarbeit bauen. 50'000 Franken ist ein sehr kleiner Betrag. Aarau ist eine Agglomerationsstadt. Agglomerationsstädte sind verpflichtet, sich für nachhaltige Mobilität im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu engagieren. Wenn wir diese 50'000 Franken streichen, machen wir nichts mehr für das Mobilitätsmanagement. Das kann sich Aarau nicht leisten. Deshalb möchte ich Sie sehr eindringlich bitten, an diesem minimalen Beitrag von 50'000 Franken festzuhalten und den Streichungsantrag abzulehnen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion:

Die Position "Umsetzung Mobilitätsmanagement" im Bereich Stadtentwicklung/Wirtschaft im Umfang von Fr. 50'000.- sei zu streichen und der Globalkredit der PG entsprechend anzupassen.

Beschluss

Dieser Antrag wird mit 28 Nein-Stimmen gegen 22 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Zur Produktgruppe 60 liegt noch ein zweiter Antrag vor. Die Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP hat einen **Antrag** eingereicht mit folgendem Wortlaut:

Für ein systematisches Quartiermonitoring sei ein Betrag von Fr. 30'000.- im Budget 2012 einzusetzen.

Ueli Hertig: Auf dem Antrag ist die Begründung festgehalten. Ich möchte nur den ersten Teil kurz wiederholen: Der Einwohnerrat hat im Januar dieses Jahres bei der Behandlung der Motion vom 21. März 2005 der SP Aarau "Erfolgreiches Zusammenleben durch integrationsfördernde Strukturen" einen Kredit von Fr. 20'000.- zur Erarbeitung eines Vorschlags für das Betreiben eines systematischen Quartiermonitorings mit 45 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen genehmigt. Eigentlich finde ich es fast schon etwas frech, dass der Stadtrat bei diesem klaren Votum aus dem Einwohnerrat den Betrag nicht ins Budget aufnimmt. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt.

Jürg Dietiker: Das Quartiermonitoring ist Teil des Integrationsberichtes gewesen. Der Bericht "Schliess" hat damals empfohlen, eine 100%-Stelle zu schaffen und als Werkzeug ein Quartiermonitoring einzuführen. Der Stadtrat hat dann diese Stelle auf 80 % gekürzt. Der Einwohnerrat setzte sie auf 50 % fest. Ich finde, man kann eine Stelle auch tot sparen. Die Stelle ist seit Oktober besetzt. Diese Person hat sehr viel Erfahrung mit Quartierarbeit, aber ohne das Werkzeug des Monitorings ist mit 50 % sehr wenig leistbar. Wenn man in einem oder zwei Jahren fragt, was denn diese Stelle eigentlich leiste, dann muss man sich nicht wundern, dass mit 50 % keine Wunder möglich sind.

Hanspeter Hilfiker: Die FDP stellt den **Antrag**, beim vorliegenden Antrag eine **geheime Abstimmung** durchzuführen.

Oliver Bachmann: Ich muss hoffentlich zum letzten Mal kommen: Ich stelle den **Antrag** auf **Abstimmung unter Namensaufruf**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über die geheime Abstimmung:

Der **Ordnungsantrag** auf **geheime Abstimmung** wird mit mehr als einem Viertel der Stimmen **angenommen**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir kommen jetzt zur

Geheimen Abstimmung über den Antrag der Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP:
(bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt)

Für ein systematisches Quartiermonitoring sei ein Betrag von Fr. 30'000.- im Budget 2012 einzusetzen.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Dieser Antrag wird mit 26 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen **angenommen**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir fahren fort mit der Detailberatung. Zu den Produktgruppen 61, 62, 63, 70, 71, 72 und 73 liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen nun zur Investitionsrechnung. Zu den Seiten 84 – 91 liegen auch keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zu den Begründungen. Zu den Seiten 93 – 102 liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor. So kommen wir nun zu jenen Anträgen, welche das gesamte Budget betreffen. Wir befinden zuerst über den Prozentsatz der Lohnerhöhungen. Bei einer Patt-Situation wird das Präsidium über den Stichentscheid verfügen. Dasselbe gilt auch für die Steuerfussfrage. Uns liegen zwei Anträge vor.

Die FDP-Fraktion hat einen **Antrag** eingereicht mit folgendem Wortlaut:

Die Erhöhung der Lohnsumme 2012 sei auf 0 % zu beschränken.

Die CVP-Fraktion hat einen **Antrag** eingereicht mit folgendem Wortlaut:

Für Lohnerhöhungen seien insgesamt 0,5 % zu budgetieren.

Der Stadtrat schlägt eine Erhöhung der Lohnsumme von 1 % vor.

Mario Serratore: Es gibt sicher populärere Gründe, worüber debattiert werden kann. Die Löhne gehören auch dazu, aber nun müssen wir halt darüber sprechen. Aber nun zur Sache: Die FDP-Fraktion hat dem Stadtrat für die am 17. Oktober vorgesehene Budgetdebatte unter anderem vorgeschlagen, auf die budgetierte Lohnsummenerhöhung von 1 % gänzlich zu verzichten. In seinem letzten Bericht an den Einwohnerrat hält der Stadtrat allerdings an der im Budget 2012 beantragten Lohnsummenerhöhung um 1 % fest. Eine Begründung dafür ist im Bericht nicht zu finden, wie das doch sonst immer der Fall ist. Inklusiv Sozialversicherungskosten sprechen wir dabei von einem Betrag von nicht ganz 300'000 Franken. Damit vorweg klargestellt ist: Die FDP-Fraktion gönnt den Angestellten der Stadtverwaltung jeden Lohnfranken und auch jede berechnete Erhöhung. Wir sind aber der Ansicht, dass es die aktuelle Situation rechtfertigt, einige Umstände einzublenden und diese zu reflektieren. Erlauben Sie mir, ein paar Tatsachen zu erwähnen. Erstens: In der Samstagausgabe der AZ konnte man im Interview mit Aymo Brunetti, dem Chefökonom des Bundes, lesen, dass im nächsten Jahr ein Teuerungsrückgang von 0,3 % vorgesehen ist. Mit anderen Worten: Bei gleichem Lohn können wir uns nächstes Jahr mehr kaufen wie dieses Jahr. Anders ausgedrückt: Wenn ich im neuen Jahr also nicht mehr Geld brauche, um mir das Gleiche kaufen zu können, wie im Vorjahr, ist nicht einzusehen, weshalb die Kaufkraft durch eine Lohnerhöhung verstärkt werden sollte. Zweitens: Im Budget der Stadt Aarau sind nur wenige substantielle Ausgabenposten beeinflussbar, das wurde heute Abend auch schon gesagt. Einer davon ist der Personalaufwand. Der Personalaufwand ist mit 33 % der Gesamtausgaben der grösste Ausgabenposten der Stadt Aarau. Ein paar Prozente davon "verdanken" wir übrigens auch dem grosszügigen, durch die linke Ratshälfte unterstützten Bewilligen von zusätzlichen Stellen. Drittens: Im Voranschlag 2012 steht geschrieben, dass die Erhöhung der Lohnsumme für individuelle bzw. generelle Lohnerhöhungen verwendet werden soll. Es ist klar, dass nur ein sehr bescheidener Teil für die individuellen Lohnerhöhungen gebraucht und das Gros an das gesamte Personal verteilt würde. Das ist grundsätzlich auch richtig so. Aber da komme ich wieder auf Punkt 1 zurück: Wozu eine Lohnsummenerhöhung, wenn die Kaufkraft nicht geschmälert ist? An der letzten FGPK-Sitzung haben wir den Stadtrat gefragt, weshalb er entschieden habe, an der Lohnsummenerhöhung festzuhalten. Wir bekamen zu hören, dass sich der Stadtrat am Kanton und den umliegenden Städten orientiert habe. Sie gestehen auch entsprechende Lohnerhöhun-

gen zu. Da darf man erwidern, dass die Ausgaben und die Finanzen ja nicht überall gleich aussehen. Ich sage immer, wenn sich jemand in den Abgrund stürzen will, muss man ihm ja nicht gleich hinterher springen. Es ist auch nicht anzunehmen, dass sich wegen 1 % Lohndifferenz gleich die ganze Stadtverwaltung einen anderen Arbeitgeber suchen wird. Viertens: Im Bericht und Antrag an den Einwohnerrat vom 19. September 2011 betreffend Benützungsgebühren für die Stadtbibliothek unter Punkt 1 wurde als Ausgangslage erwähnt, dass die Teuerung seit 1997 8,2 % betragen habe. Das sind also rund 0,55 % pro Jahr. Ich habe nicht alle Jahre seit 1997 nachgeforscht. Es genügt, die Jahre seit 2005 nachzuschlagen, um zu sehen, dass die Anpassung der Lohnsumme des Stadtpersonals in dieser Zeit deutlich mehr als diese Teuerung betragen hat. Wir möchten auch daran erinnern, dass vor kurzem die Pensionskasse der Stadt Aarau auf Kosten der Steuerzahler saniert wurde, ohne dass die Angestellten einen Beitrag haben leisten müssen. Sie wissen vielleicht, dass das in der Privatwirtschaft nicht überall gleich durchgeführt wird. Dort geht es anders zu und her. Ich möchte nicht polemisieren, aber ich glaube, es ist bekannt, dass Geld grundsätzlich ein kurzfristiger Motivator ist. Eigentlich sollte man Freude an der Arbeit selbst haben. Der Mensch gewöhnt sich nur allzu schnell an erhaltene Vorzüge und erachtet diese, wenn einmal erhalten, sofort als Selbstverständlichkeit. Das ist menschlich und nicht wertend, es ist einfach eine Tatsache. Meine Damen und Herren, es ist für einen Vorgesetzten wesentlich einfacher und auch angenehmer, eine Lohnerhöhung zu kommunizieren, als eine Lohnreduktion oder gar den Stellenverlust. In diesem Fall wollen wir den Stadtrat nicht dazu verdonnern, dem Stadtpersonal schlechte Nachrichten zu überbringen. Er soll ihm ja nichts wegnehmen, sondern einfach für den Moment den "Status quo" beibehalten. Wir sind der Ansicht, dass es sich um ein "Opfer" handelt, welches den Beschäftigten der Stadtverwaltung unter den gegebenen Umständen zugemutet werden darf, zumal es sich bei richtiger Betrachtungsweise nicht wirklich um ein Opfer handelt. Bei allem Respekt für die Arbeit des Stadtrates sind wir der Meinung, dass es Sache des Stadtrates gewesen wäre, in diesem Punkt Führungsstärke zu beweisen, vor das Personal hinzustehen und ihm zu erklären, weshalb 2012 eine Nullrunde bei den Löhnen durchgesetzt wird. Wir sind felsenfest davon überzeugt, dass mit der entsprechenden Begründung auch das nötige Verständnis von Seiten des Personals aufgebracht würde. Zudem würde dem Stadtpersonal so die Möglichkeit gegeben, ebenfalls einen Beitrag an die Festigung der Stadtfinanzen beizutragen. Wenn nun aber der Stadtrat diese Aufgabe nicht wahrnehmen will, dann muss es eben der Einwohnerrat tun. Ich erinnere Sie nochmals daran: Wir nehmen niemandem etwas weg. Wenn die Kaufkraft nicht geschmälert wird, behält man einfach den "Status quo" bei. Ich bitte Sie, diese Überlegungen in Ihre Entscheidungsfindung einzubeziehen und dem Antrag der FDP-Fraktion auf einen Verzicht der Lohnsummenerhöhung zuzustimmen.

Werner Schib: Die CVP-Fraktion stellt den Antrag, dass für Lohnerhöhungen 0,5 % zu budgetieren seien. Die 0,5 % sind ausschliesslich für individuelle Lohnerhöhungen zu budgetieren. Wir sagen Nein zu einer generellen Lohnerhöhung. Wir haben es vorhin gehört, die Teuerung lag auch schon in den letzten Jahren bei Null Prozent. Wir haben immer Realloohnerhöhungen bewilligt in den letzten Jahren. So darf jetzt einmal in einem Jahr auf eine generelle Lohnerhöhung verzichtet werden. Das städtische Lohnsystem ist aber so ausgelegt, dass individuelle Lohnerhöhungen Platz haben müssen und individuelle Anreize geschaffen werden können. Man sollte schon etwas Freude an der Arbeit haben, wie das Mario Serratore auch ausgeführt hat. Eine individuelle Lohnerhöhung steigert die Freude an der Arbeit unzweifelhaft. In diesem Sinne beantragen wir dem Einwohnerrat, unserem Antrag zuzustimmen.

Lotty Fehlmann Stark: In einem Punkt sind wir uns einig, die Teuerung ist nicht wirklich berauschend, sie ist im Moment sogar negativ. Das ist nicht so schwierig herauszufinden und darüber können wir uns nicht streiten, diese Zahlen können einfach bei den entsprechenden Daten des Bundes nachgeschaut werden. Deswegen müssen wir keine Lohnerhöhung gewähren, das ist absolut richtig. Auch richtig ist, dass wir, was die Teuerung betrifft, keinen Nachholbedarf aus den vergangenen Jahren haben. Bekanntlich haben wir aber bei der Stadt Aarau seit 1999 ein Leistungslohnsystem. Auf unserem Mist ist dieses System nicht gewachsen, es wurde von anderen Personen geschaffen. Nun ist diesem System aber nachzuleben und dazu zu stehen. Trotz aller Diskussionen, die wir heute Abend führen, steht die Stadt Aarau noch nicht am finanziellen Abgrund mit einem Steuerfuss von 120 oder 130 %. Sie können sich vorstellen, dass es nicht sehr motivierend ist, wenn man bei einem Arbeitgeber arbeitet – und jetzt spreche ich für das städtische Personal – und man sich dauerhaft bemüht, gute Leistungen zu erbringen und diese dann auch wirklich erbringt und erbracht hat, und man dann die frohe Botschaft bekommt, der Lohn bleibe so wie bisher. Gerade in Zeiten, in denen das Umfeld härter wird und das Personal unsere Entscheide mittragen muss, ist das ein Zeichen, das komplett in die falsche Richtung geht. Eigentlich sollte die Summe der individuellen Lohnsummenanpassungen so gewählt werden, dass "normale" bis "gute" Mitarbeitende – und hier spreche ich von der Qualifikation ihrer Arbeit – eine Lohnentwicklung machen können. Damit dies wirklich möglich ist, braucht es eine Bewirtschaftung dieses Systems von ungefähr 1,5 bis 2 %. Werden zu geringe individuelle Lohnanpassungen vorgenommen, führt dies dazu, dass langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, trotz guter Leistungen, innerhalb ihres Lohnbandes stagnieren und nicht einmal das Lohnniveau erreichen, das bei einer marktabhängigen Neueinstellung (mit gleichem Alter und Erfahrung) gewährt werden müsste. Jene Lohnerhöhungen, die nötig gewesen wären, um das System seit 1999 zu bewirtschaften, wurden nicht gesprochen. Wir hätten seit 1999 Erhöhungen von rund 19,6 % (bei 1,5 %), bzw. 26,8 % (bei 2,0 %) gewähren müssen. Effektiv waren es aber nur 11,3 %. Es besteht also ein erheblicher Nachholbedarf. Es kann nicht sein, dass jemand, welcher der Stadt Aarau treu gedient hat, soviel schlechter fährt. Dies widerspricht der Logik des Leistungslohnes. Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass es für uns kontraproduktiv, demotivierend und unwürdig ist – wir sind ein Arbeitgeber, der vor allem personallastig ist, das liegt in der Natur der Sache, wir stehen aber nicht am Abgrund – das Personal so zu drücken und zu sagen, das nächste Jahr bleibe alles beim alten. Wir nehmen die Leistung zwar gerne entgegen, aber es gebe dafür nur ein Dankeschön und nicht mehr Lohn. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag des Stadtrates zu folgen.

Marcel Guignard, Stadttammann: Der Stadtrat beantragt Ihnen 1 % Lohnsummenerhöhung. Er hat dabei wie immer nicht ausschliesslich auf die Teuerung geschaut, das war bis jetzt nie der Fall. Die Teuerung war nur ein Element bei der Entscheidungsfindung. Es stimmt also, was Lotty Fehlmann Stark vorhin gesagt hat. Im Vorfeld solcher Lohnanpassungen gibt es immer etwelche Umfragen, das kennen Sie auch aus der Privatwirtschaft. Zum Teil sind Ihnen diese Umfragen bekannt. Es gibt Erhebungen der Cepec, der UBS, der Persuisse, von Aon Hewitt und von Kienbaum. Diese Erhebungen bewegen sich alle zwischen 1,1 und 1,9 % für das nächste Jahr. Hier ist nicht einfach nur die öffentliche Hand dabei, das ist ein breiter Branchenmix. So handelt es sich zum Beispiel bei der UBS um eine Lohnumfrage bei 359 Unternehmungen aus 22 Branchen, bei Persuisse stammen die Angaben von 20 Kantonen, 8 Städten sowie Bund und anderen. Da geht es einfach darum, wo man in der Schweiz, etwa über das Ganze gesehen, steht. Wenn Sie bei unseren Gemeinden schauen, welche zum Teil höhere Steuerfüsse haben, in diesem Falle also "schlechter" dastehen, so sehen Sie zum Beispiel, dass Aarburg 1 %, Baden 2 %, Bremgarten 1,4 %, Brugg 1,03 %, Gränichen 1,5 %,

Lenzburg 1,2 %, Muri 1 %, Neuenhof 2 %, Reinach 1,5 %, Rheinfelden 1,5 %, Schöftland 1 %, Suhr 1,5 % und Wettingen 1,5 % Lohnerhöhung haben. Es geht eben nicht nur darum, die Kaufkraft zu wahren oder nicht, das weiss auch Herr Serratore. Auch er hat in den letzten Jahren eine gewisse Lohnentwicklung gemacht, wie andere auch. Diese Lohnentwicklung hat sich nicht nur an die Teuerung gehalten. Dabei hat mitunter auch immer eine Rolle gespielt, wie man als Arbeitgeber im Vergleich mit anderen dasteht. Wenn wir so unglaublich schlecht dran wären, dass wir nicht einmal mehr 1 % Lohnentwicklung gewähren könnten, dann müsste man eigentlich den Steuerfuss erhöhen. Aber das wollen wir ja nicht. Es wird gesagt, der Stadt Aarau gehe es noch so gut, dass man mit dem Steuerfuss unten bleiben könne. Deshalb setze man jetzt auch beim Personal ein Zeichen und sage, was die Politik gemacht habe, solle das Personal auch spüren. Deshalb gäbe es jetzt eine Nullprozentrunde. Natürlich würde der Stadtrat das nicht so transportieren, sondern sagen, das sei ein Beitrag, den das Personal leisten müsse, damit die Steuern tief gehalten werden können, sofern man diesen Vergleich überhaupt machen möchte. Ich empfehle Ihnen deshalb, sich als Arbeitgeber nicht von der anderen öffentlichen Hand und auch grösstenteils der Privatwirtschaft abzusetzen mit dem Entscheid, nicht einmal 1 % Lohnsummenerhöhung zu geben. Sie haben es gehört, es geht, bei einem Umsatz von 120 Mio. Franken, um 300'000 Franken. Der Stadtrat empfiehlt Ihnen, zu diesem 1 % der Lohnsummenerhöhung Ja zu sagen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir kommen jetzt zu einer Vorabstimmung: In einem ersten Schritt werden wir die beiden Anträge von FDP und CVP einander gegenüberstellen. Der obsiegende Antrag kommt in die Schlussabstimmung und wird dort dem stadträtlichen Antrag gegenübergestellt. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den

Abstimmungen

Vorabstimmung:

Antrag der FDP: <i>Die Erhöhung der Lohnsumme 2012 sei auf 0 % zu beschränken.</i>	13 Stimmen
Antrag CVP: <i>Für Lohnerhöhungen seien insgesamt 0,5 % zu budgetieren.</i>	25 Stimmen

Somit hat der Antrag der CVP-Fraktion obsiegt.

Schlussabstimmung:

Antrag CVP: <i>Für Lohnerhöhungen seien insgesamt 0,5 % zu budgetieren.</i>	25 Stimmen
Antrag des Stadtrates: <i>Für Lohnerhöhungen seien insgesamt 1 % zu budgetieren.</i>	25 Stimmen

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Bei dieser Patt-Situation spreche ich mich mit Stichentscheid für 1 % Lohnsummenerhöhung aus.

Marcel Guignard, Stadtmann: Ich möchte ergänzen, und das hat nichts mehr mit der Abstimmung zu tun, dass der Stadtrat festlegen darf, wie viel Lohnerhöhung generell und wie viel individuell gesprochen wird, egal ob die Lohnsummenerhöhung 0,5 % oder 1 % beträgt. Das wollte ich klar stellen. Zudem geht es noch um einen Irrtum: Bei der Sanierung der Pensionskasse mussten die Arbeitnehmer/-innen ebenfalls einen Sanierungsbeitrag in Form einer Prämienenerhöhung bezahlen. Es ist uns wichtig, dass hier nichts Falsches im Raum stehen bleibt mit der Aussage, es sei alles nur zu Lasten des Arbeitgebers gegangen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Vielen Dank für diese Ergänzungen. Wir kommen nun zum Steuerfuss. Auch hier liegen uns zwei Anträge vor.

Die FDP-Fraktion und die SVP-Fraktion haben einen **Antrag** eingereicht mit folgendem Wortlaut:

Der Voranschlag 2012 der Stadt Aarau sei mit einem Steuerfuss von 94 % zu bewilligen.

Die FGKP hat einen **Antrag** eingereicht mit folgendem Wortlaut:

Der Voranschlag 2012 der Stadt Aarau sei mit einem Steuerfuss von 100 % zu bewilligen.

Der Stadtrat schlägt einen Steuerfuss von 98 % vor.

Hanspeter Hilfiker: Die FDP geht davon aus, dass anschliessend die beiden Anträge einander gegenüber gestellt werden und stellt den **Antrag, eine geheime Abstimmung** durchzuführen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Ich möchte hier noch einmal präzisieren, auch wenn wir eine geheime Abstimmung durchführen, bleibt der Stichentscheid beim Präsidium. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über die geheime Abstimmung:

Der **Ordnungsantrag** auf **geheime Abstimmung** wird mit mehr als einem Viertel der Stimmen **angenommen**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir kommen jetzt zur

Geheimen Abstimmung über den Steuerfuss:

Antrag der FDP-Fraktion und der SVP-Fraktion: <i>Der Voranschlag 2012 der Stadt Aarau sei mit einem Steuerfuss von 94 % zu bewilligen.</i>	24 Stimmen
--	-------------------

Antrag der FGPK: <i>Der Voranschlag 2012 der Stadt Aarau sei mit einem Steuerfuss von 100 % zu bewilligen.</i>	25 Stimmen
<i>ungültig:</i>	1 Stimme

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Bei der Abstimmung über den Steuerfuss war ein Stimmzettel ungültig, weil "Ja" darauf stand. Wir kommen nun zur Schlussabstimmung und stellen den Antrag des Stadtrates mit einem Steuerfuss von 98 % dem obsiegenden Antrag der FGPK mit 100 % gegenüber.

Beat Krättli: Ich stelle, gestützt auf § 21 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates, den **Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf**. Ich denke, im Sinne einer Transparenz darf der Stimmbürger und die Stimmbürgerin erfahren, wer 100 % und wer 98 % möchte. Somit habe ich Oliver Bachmann einen Weg erspart.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir kommen jetzt zur

Abstimmung über die Abstimmung unter Namensaufruf:

Der **Ordnungsantrag auf Abstimmung unter Namensaufruf** wird mit mehr als einem Viertel der Stimmen **angenommen**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Ich werde die Namen der Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte alphabetisch aufrufen. Bitte sagen Sie, ob Sie einen Steuerfuss von 100 % oder 98 % möchten.

Name	100 % oder 98 %
Bachmann Oliver	100 %
Berthet Gérald	100 %
Bonorand Marc Alain	98 %
Bugmann Oelhafen Irene	98 %
Bürgi Ulrich	98 %
Castellani Raffaele	100 %
Cavegn Leitner Angelica	100 %
Dietiker Jürg	100 %
Dietiker Therese	98 %
Dübendorfer Marc	98 %
Dubs Christian	98 %
Eisenring-Ackle Sonja	98 %
Fehlmann Stark Lotty	100 %
Fügli Hans	100 %
Geiser Katharina	98 %
Gloor Gary	98 %
Graf-Bruppacher Franziska	100 %
Hächler Thomas	100 %
Haskaya Hüseyin	100 %

Haueter Michael	98 %
Häusermann Lukas	98 %
Hertig Ueli	98 %
Heuberger Susanne	98 %
Hilfiker Hans Peter	98 %
Hunziker Lelia	100 %
Husistein Marcel	98 %
Hutmacher Markus	100 %
Kaiser Franziska	100 %
Knörr Peter	98 %
Knuchel Jürg	100 %
Krättli Beat	98 %
Kunz Tamara	100 %
Leiser Reto	98 %
Lüscher Rainer	98 %
Ohnsorg Matter Petra	100 %
Richner Thomas	98 %
Schib Werner	98 %
Schmid Christoph	100 %
Schmid Jürg	98 %
Senn Stephan	98 %
Serratore Mario	98 %
Siegrist Micha	100 %
Suter Gabriela	100 %
Suter Heinz	98 %
Taddei Libero	98 %
Umbricht Alexander	98 %
Waldmeier Ursus	98 %
Weiersmüller Hanna	98 %
Wespi Rolf	98 %
Zatti Danièle	98 %

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Das Resultat sieht also insgesamt wie folgt aus:

Antrag der FGPK: <i>Der Voranschlag 2012 der Stadt Aarau sei mit einem Steuerfuss von 100 % zu bewilligen.</i>	19 Stimmen
Antrag des Stadtrats: <i>Der Voranschlag 2012 der Stadt Aarau sei mit einem Steuerfuss von 98 % zu bewilligen.</i>	31 Stimmen

Der Antrag des Stadtrats wird **gutgeheissen**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Somit kommen wir zur

Schlussabstimmung über den Antrag des Stadtrats:

Der Voranschlag 2012 der Einwohnergemeinde Aarau wird mit den Globalaufträgen der Produktegruppen sowie mit einem Steuerfuss von 98 % genehmigt.

Der Einwohnerrat fasst mit 28 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Der Voranschlag 2012 der Einwohnergemeinde Aarau wird mit den Globalaufträgen der Produktegruppen sowie mit einem Steuerfuss von 98 % genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 4 lit. c der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum.

103. Wahlen für die Amtsdauer 2012/2013: Präsident(in) des Einwohnerrates

Angelica Cavegn Leitner: Wir haben euch eine Liste mit den Personen zukommen lassen, welche beim Ratsbüro gemeldet worden sind. Für das Präsidium ist Marc Dübendorfer vorgeschlagen, für das Vizepräsidium Reto Leiser, als Stimmzähler Raffaele Castellani und Alexander Umbricht, für das Präsidium der FGPK Markus Hutmacher und Werner Schib sowie für das Präsidium der Sachkommission Therese Dietiker. Wir eröffnen nun die Möglichkeit, die Kandidatinnen und Kandidaten zu präsentieren.

Susanne Heuberger: Ich stehe nicht hier vorne, um eine Kandidatenpräsentation zu machen, sondern, um einen Antrag zu stellen. So, wie ich bereits im Vorfeld die Präsidentin des Einwohnerrates verstanden habe, ist geplant, die Wahlzettel in einem Durchgang auszufüllen. Die Wahlzettel sollen miteinander eingesammelt und die Resultate anschliessend alle zusammen bekannt gegeben werden. Ich stelle deshalb einen **Ordnungsantrag** mit folgendem Wortlaut:

Die Wahlzettel seien einzeln auszufüllen, sofort auszuzählen und das Resultat des jeweiligen Kandidaten / der jeweiligen Kandidatin sofort bekanntzugeben.

Nun zur Begründung meines Antrages: Die heutigen Wahlen sind sowohl in Bezug auf das Rats- wie auch auf das Vizepräsidium nicht unbestritten. Es wäre deshalb den Kandidaten gegenüber äusserst fair, wenn man ihnen das Resultat sofort bekannt geben würde. Ich danke Ihnen für die Unterstützung dieses Antrags.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Es handelt sich hier um einen Ordnungsantrag und wir werden sofort darüber abstimmen.

Abstimmung über Einzelabstimmungen bei den Wahlen:

Der **Ordnungsantrag** auf **Einzelabstimmungen** wird mit 26 Nein-Stimmen gegen 24 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir kommen nun also zu den Wahlen. Auf den Wahlzettel 1 ist der Name des gewünschten Präsidenten/der gewünschten Präsidentin zu schreiben. Ich werde den Fraktionen nun noch das Wort erteilen, um ihre Kandidaten vorzustellen zu können. Wir beginnen mit dem Votum für das Präsidium.

Marcel Husistein: Ich bin überzeugt, Ihnen hier eine bereits sehr bekannte Persönlichkeit vorzustellen. Deshalb nehme ich auch an, dass er sich für die Vorstellung nicht vom Sitz erheben muss, sitzen doch die meisten von Ihnen Marc Dübendorfer, dem Amtsinhaber des Vizepräsidiums, bereits seit zwei Jahren gegenüber. Trotzdem möchte ich ihn kurz vorstellen: Marc Dübendorfer wurde in Aarau geboren und wuchs in Lenzburg auf. Durch sein sportli-

ches Engagement und dem Beitritt zu den Handballern des BTV Aarau vor über 30 Jahren fand er den Weg zurück in seine Geburtsstadt Aarau. Er lebt mit seiner Frau und seinen 2 Kindern im Zelgli. Seit kurzem weiss ich, dass er auch noch zwei Hauskatzen hat. In Zürich, seinem Heimatort, absolvierte er das Studium der Rechtswissenschaften. Seit 1989 ist er in Aarau wohnhaft, wo er nach dem Studium zuerst am Bezirksgericht und am Obergericht als Gerichtsschreiber tätig war. Seit rund 12 Jahren arbeitet Marc Dübendorfer als Rechtsanwalt, zunächst in Dättwil bei Baden und seit Mitte 2010 in Aarau. Zusätzlich war er für 6 Jahre nebenamtlich als Ersatzrichter am Versicherungsgericht des Kantons Aargau tätig. Seit 10 Jahren ist Marc Dübendorfer Mitglied des Einwohnerrates und ist uns als engagierter und fähiger Politiker aufgefallen. Im Jahre 2006 hat er das Präsidium der Ortspartei SVP Aarau-Rohr übernommen. Dieses Amt wird er an der nächsten GV im Februar 2012 abgeben. Wir sind überzeugt, mit ihm einen versierten Kandidaten mit langjähriger Ratserfahrung für das Amt des Einwohnerratspräsidenten zu stellen. Die SVP-Fraktion möchte Sie bitten, diese Wahl zu unterstützen.

Franziska Kaiser: Ich möchte mich zur Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums äussern. Die Fraktion Grüne/JETZT! bringt grundsätzlich allen Personen Anerkennung entgegen, die sich persönlich für Aarau engagieren und bereit sind, sehr viel Zeit aufzuwenden, wie es das Amt des Einwohnerratspräsidenten erfordert. Ebenso verdient auch die Bereitschaft Anerkennung, sich mit der Wahl zum Vizepräsidenten für vier Jahre zu verpflichten. Trotzdem werden wir von der Fraktion Grüne/JETZT! weder Marc Dübendorfer noch Reto Leiser für eines der beiden Ämter wählen. Nicht, weil uns die Parteizugehörigkeit der beiden Kandidaten nicht passt. Nein, es gäbe durchaus Personen bei der SVP und der FDP, die wir uns als gute Einwohnerratspräsidentinnen und -präsidenten vorstellen könnten. Der Grund liegt in der doch sehr merkwürdigen Beschwerde, welche Marc Dübendorfer und Reto Leiser gegen die Initiative "Energistadt Aarau konkret!" eingereicht haben. In letzter Sekunde – und mit hoher Wahrscheinlichkeit sogar zu spät – haben sie mit gesuchten Argumenten verhindern wollen, dass die Volksinitiative nach so langer Bearbeitungszeit im Stadtrat endlich zügig im Einwohnerrat behandelt und im März zur Volksabstimmung gebracht werden kann. Uns drängt sich der Verdacht auf, dass die beiden Kandidaten das Geschäft unter anderem so lange verzögern wollten, bis Marc Dübendorfer als Einwohnerratspräsident wenigstens den Stichtag gehabt hätte. Wir finden es missbräuchlich, wenn juristische Mittel benutzt werden, um eine demokratische Mitwirkung der Bevölkerung bei der Gestaltung der Zukunft von Aarau zu verhindern. Wir sind der Meinung, dass Leute, die so agieren, nicht geeignet sind, repräsentative Ämter innerhalb einer demokratischen Struktur wie dem Einwohnerrat zu besetzen. Aus diesen Gründen wird die Fraktion Grüne/JETZT! Marc Dübendorfer und Reto Leiser nicht wählen. Ich darf an dieser Stelle erwähnen, dass es auch aus anderen Fraktionen, welche an esak beteiligt sind, Stimmen für andere Kandidaten geben wird.

Ueli Bürgi: Das etwas seltsame Demokratieverständnis muss ich leider noch etwas kommentieren: Die Fraktion Grüne hat selber im Torfeld Süd das Demokratieverständnis bis in extremis ausgereizt. Es ist legitim, ein demokratisches und juristisches Mittel gegen eine Initiative einzusetzen. Eigentlich wählen wir hier nicht Personen, weil sie einmal eine Beschwerde gegen eine Initiative eingereicht haben, sondern grundsätzlich Führungspersonen, welche diesen Rat in den nächsten zwei oder vier Jahren führen können. Das ist das wesentliche Argument. Wenn wir beginnen, Leute auszugrenzen, welche demokratische oder juristische Mittel ergreifen, dann sind wir auf dem falschen Weg. Ich habe sowieso das Gefühl, dass man in diesem Rat wieder ein bisschen reflektieren müsste, wie man sich politisch verhält. Es hat andere Jahre gegeben, in denen der Rat demokratischer und besser funktioniert hat.

Beat Krättli: Mit Interesse habe ich vergangenen Samstag einen Artikel in der AZ gelesen und dabei erfahren, dass die Wahl von Marc Dübendorfer und Reto Leiser offenbar eine reine Formsache sein werde. Dass die Wahl nicht ganz so schlank verlaufen dürfte, haben wir nach den beiden Wortmeldungen aus den Fraktionen der Grünen zur Kenntnis nehmen müssen. Marc Dübendorfer und Reto Leiser wird vorgeworfen, dass sie im Zusammenhang mit der Unterschriftensammlung zu esak von ihren legitimen, demokratischen und rechtlichen Mitteln Gebrauch gemacht haben. Es wird ihnen weiter vorgeworfen, sie hätten dadurch den Volkswillen missachtet. Etwas über 1000 Unterschriften, liebe Ratslinke, entsprechen noch lange nicht dem Volkswillen. Dieser wird normalerweise in dieser Stadt an der Urne ermittelt. Konkret haben die Fraktionspräsidenten der Grünen und der SP schon vor Wochenfrist von Marc Dübendorfer schriftlich gefordert, auf einen Weiterzug seiner Beschwerde zu verzichten. Falls er dieser Forderung nicht nachkommen würde, drohte die Ratslinke mit dem kollektiven "Liebesentzug" respektive der Verweigerung ihrer Stimmen für die Wahl zum Einwohnerratspräsidenten. Dasselbe gilt für den Kandidaten der FDP, Reto Leiser. Ich wundere mich schon etwas über das staatsrechtliche Verständnis einiger Ratskollegen. Es ist schon erstaunlich, wenn man ein paar Jahre zurück schaut und vergleicht, dass sämtliche Kandidatinnen und Kandidaten für die Präsidien des Einwohnerrates, der FGPK, der Sachkommission oder der WOSA-Kommission mit jeweils mindestens 40 Stimmen des Rates bestätigt worden sind. Ein solches Ergebnis ist nur mit der Unterstützung der Bürgerlichen möglich. Keine Regel ohne Ausnahme: Dies war im Jahre 2007 nicht der Fall, als Urs Schneider und 2010 Susanna Heuberger für die Präsidien der Sachkommission respektive der FGPK kandidierten. Die Kandidaten – beide notabene Mitglieder der SVP-Fraktion – sind von der Ratslinken abgestraft und nur mit einem bescheidenen Resultat bestätigt worden. Es ist interessant, dass sich gerade jene politischen Kräfte für solche politische Ränkespiele hergeben, die sonst bei jeder Gelegenheit auf politischen Stil, Fairness und Anstand pochen. Man stelle sich vor, die SVP würde die Wahl von Markus Hutmacher davon abhängig machen, dass er künftig nur noch jeden zweiten Rückweisungsantrag und jedes dritte Postulat einreichen und darüber hinaus geloben würde, die Bauverwaltung der Stadt Aarau mit seinen Eingaben und Verbesserungsideen für alle Zeiten zu verschonen. Ich gebe es zu: Auf den ersten Blick entbehrt diese Idee nicht einer gewissen Attraktivität. Aber ich kann Ihnen versichern, dass es niemandem in unserer SVP-Fraktion, und ich glaube auch nicht in der FDP, ernsthaft in den Sinn käme, solche Bedingungen für eine Wahl einzubringen. Darum richte ich meine appellative Botschaft an Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, den so oft gepriesenen politischen Stil nun auch konsequent anzuwenden.

Markus Hutmacher: Ich möchte hier einfach schnell etwas klären: Wir haben an der Fraktionspräsidentenkonferenz darauf aufmerksam gemacht, dass diese juristischen Mittel bei uns nicht goutiert worden sind. Wir haben überhaupt keine Bedingungen gestellt. Ich habe einfach gesagt, dass wir Marc Dübendorfer voraussichtlich nicht unterstützen werden. Wir haben das offen, klar und transparent diskutiert. Es besteht immer noch Wahlfreiheit. Das richtet sich nicht gegen die Person, sondern das Mittel. Was wir dann entscheiden, ist unsere Sache, aber wir haben offen kommuniziert. Es hat nichts damit zu tun, dass wir uns irgendwie demokratisch falsch verhalten würden. Ich möchte nur daran erinnern, dass die Spiele, welche vorhin mit den ständigen Anträgen auf geheime Abstimmungen gelaufen sind, ins gleiche Thema hineinpassen.

Hanspeter Hilfiker: Ich bin jetzt hier vorne, um unseren Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten des Einwohnerrates vorzustellen. Reto Leiser wurde 1975 geboren und ist in Bo-

niswil aufgewachsen. Er ist also jemand, der nicht immer hier in Aarau gewesen ist und den Horizont für unsere Stadt natürlich auch gebrauchen kann. Reto Leiser ging zehn Jahre hier zur Schule, unter anderem in die Alte Kanti, wo er die Wirtschaftsmatur abschloss. Danach absolvierte er in Zürich ein Jusstudium und arbeitet heute als selbständiger Rechtsanwalt in Aarau. Er ist also auch als Unternehmer in Aarau tätig und wohnt seit mehreren Jahren hier. Reto Leiser ist verheiratet und hat zwei Kinder im Vorschulalter. Er hat sich in Aarau seinerzeit einen Namen als grosser Sportler im BTV Aarau gemacht. Reto Leiser hat lange Leichtathletik gemacht und engagiert sich auch sonst in verschiedenen gesellschaftlichen Funktionen. Er ist eine profilierte, engagierte, integre und kompetente Person. Deshalb ist er auch geeignet für dieses Amt. Wir empfehlen Ihnen allen, Reto Leiser als Vizepräsidenten des Einwohnerrates zu wählen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir kommen nun zur Vorstellung der Kandidaten für das Präsidium der FGPK.

Sonja Eisenring: Ich freue mich sehr, Ihnen im Namen der CVP-Fraktion Werner Schib für das Amt des Präsidenten der FGPK vorzuschlagen. Werner Schib war nicht die ganze Zeit in Aarau wohnhaft, er verbrachte 30 Jahre hier in dieser Stadt. Werner Schib wird noch dieses Jahr 40 Jahre alt, ist verheiratet und Vater eines kleinen Kindes. Er arbeitet als Anwalt und Notar in einer Kanzlei in Aarau. Er ist insgesamt seit bald 8 Jahren im Einwohnerrat. Seit 2 Jahren ist er Mitglied der FGPK. Werner Schib ist auch Fraktionschef der CVP-Fraktion. Wer mit Werner zu tun hat, weiss, dass er Geschäfte seriös vorbereitet und Sitzungen effizient und korrekt leiten kann. Werner Schib ist eine Person, die über die Eigenschaften verfügt, die wir von einem FGPK-Präsidenten erwarten. Er kann vermitteln und polarisiert nicht. Wir sind überzeugt, dass er die richtige Person fürs Präsidium der FGPK ist und danken für Ihre Unterstützung.

Thomas Hächler: Ich habe keine Person vorzustellen, möchte aber schnell unser Wahlverhalten betreffend FGPK-Präsidium erklären. Für die SP-Fraktion stellt sich nicht die Frage, wer länger in Aarau lebt und ob Werner Schib oder Markus Hutmacher der geeignetere Kandidat für dieses Amt darstellt. Wir attestieren beiden die Fähigkeit, dieses Amt gut auszuführen. Zu unseren Überlegungen: Da die Fraktion der Grünen keinen Kandidaten für das Vizepräsidium stellt, obwohl sie an der Reihe wäre und ein Anrecht darauf hätte, unterstützen wir die Kandidatur von Markus Hutmacher für das FGPK-Präsidium.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir nun zu den Wahlen. Zuerst wählen wir den Präsidenten/die Präsidentin des Einwohnerrates.

Wahlergebnis

<i>Ausgeteilte Wahlzettel</i>			50
<i>Eingelangte Wahlzettel</i>			50
<i>Ausser Betracht fallende Wahlzettel:</i>	- ganz leere	6	
	- ungültige	0	6
			<hr/>
<i>In Betracht fallende Wahlzettel</i>			44
<i>Anzahl der zu Wählenden</i>		1	
<i>In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden</i>		44	
<i>= Total der möglichen Stimmen</i>			
<i>Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen</i>		- 0	
			<hr/>
<i>Gesamtzahl der gültigen Stimmen</i>			44
<i>Absolutes Mehr</i>			23
<i>(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2, aufgerundet auf die nächste ganze Zahl)</i>			
<i>Stimmen haben erhalten:</i>			
<i>Marc Dübendorfer</i>			29
<i>Vereinzelt gültige Stimmen</i>			15
<i>Es ist gewählt:</i>			
<i>Marc Dübendorfer</i>			

Traktandum 4

104. Wahlen für die Amtsdauer 2012/2013: Vizepräsident(in) des Einwohnerrates

Wahlergebnis

<i>Ausgeteilte Wahlzettel</i>			50
<i>Eingelangte Wahlzettel</i>			50
<i>Ausser Betracht fallende Wahlzettel:</i>			
	- ganz leere	8	
	- ungültige	2	10
			<hr/>
<i>In Betracht fallende Wahlzettel</i>			40
<i>Anzahl der zu Wählenden</i>		1	
<i>In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden</i>		40	
<i>= Total der möglichen Stimmen</i>			
<i>Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen</i>		- 0	
			<hr/>
<i>Gesamtzahl der gültigen Stimmen</i>			40
<i>Absolutes Mehr</i>			21
<i>(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2, aufgerundet auf die nächste ganze Zahl)</i>			
<i>Stimmen haben erhalten:</i>			
<i>Reto Leiser</i>			27
<i>Vereinzelt gültige Stimmen</i>			13
<i>Es ist gewählt:</i>			
<i>Reto Leiser</i>			

Traktandum 4

105. Wahlen für die Amtsdauer 2012/2013: 2 Stimmzähler(innen)

Wahlergebnis

<i>Ausgeteilte Wahlzettel</i>			50
<i>Eingelangte Wahlzettel</i>			50
<i>Ausser Betracht fallende Wahlzettel:</i>			
	- ganz leere	1	
	- ungültige	0	1
			<hr/>
<i>In Betracht fallende Wahlzettel</i>			49
<i>Anzahl der zu Wählenden</i>		2	
<i>In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden</i>		98	
<i>= Total der möglichen Stimmen</i>			
<i>Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen</i>		- 3	
			<hr/>
<i>Gesamtzahl der gültigen Stimmen</i>			95
<i>Absolutes Mehr</i>			24
<i>(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2, aufgerundet auf die nächste ganze Zahl)</i>			
<i>Stimmen haben erhalten:</i>			
<i>Alexander Umbricht</i>			47
<i>Raffaele Castellani</i>			46
<i>Vereinzelt gültige Stimmen</i>			2
<i>Es sind gewählt:</i>			
<i>Alexander Umbricht</i>			
<i>Raffaele Castellani</i>			

Traktandum 4

106. Wahlen für die Amtsdauer 2012/2013: Präsident(in) der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

Wahlergebnis

<i>Ausgeteilte Wahlzettel</i>			50
<i>Eingelangte Wahlzettel</i>			50
<i>Ausser Betracht fallende Wahlzettel:</i>	- ganz leere	1	
	- ungültige	0	1
			<hr/>
<i>In Betracht fallende Wahlzettel</i>			49
<i>Anzahl der zu Wählenden</i>		1	
<i>In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden</i>		49	
<i>= Total der möglichen Stimmen</i>			
<i>Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen</i>		- 0	
			<hr/>
<i>Gesamtzahl der gültigen Stimmen</i>			49
<i>Absolutes Mehr</i>			25
<i>(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2, aufgerundet auf die nächste ganze Zahl)</i>			
<i>Stimmen haben erhalten:</i>			
<i>Werner Schib</i>			26
<i>Markus Hutmacher</i>			23
<i>Es ist gewählt:</i>			
<i>Werner Schib</i>			

Traktandum 4

107. Wahlen für die Amtsdauer 2012/2013: Präsident(in) der Sachkommission

Wahlergebnis

<i>Ausgeteilte Wahlzettel</i>				50
<i>Eingelangte Wahlzettel</i>				50
<i>Ausser Betracht fallende Wahlzettel:</i>				
	- ganz leere	1		
	- ungültige	2	3	
				<hr/>
<i>In Betracht fallende Wahlzettel</i>				47
<i>Anzahl der zu Wählenden</i>		1		
<i>In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden</i>			47	
<i>= Total der möglichen Stimmen</i>				
<i>Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen</i>			- 0	
				<hr/>
<i>Gesamtzahl der gültigen Stimmen</i>				47
<i>Absolutes Mehr</i>				24
<i>(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2, aufgerundet auf die nächste ganze Zahl)</i>				
<i>Stimmen haben erhalten:</i>				
<i>Therese Dietiker</i>				43
<i>Vereinzelt gültige Stimmen</i>				4
<i>Es ist gewählt:</i>				
<i>Therese Dietiker</i>				

108. Familien- und Schulergänzende Tagesstrukturen Aarau (FuSTA); Raumkonzept Schachen, provisorische Lösung; Kreditbegehren

Mit Botschaft vom 14. November 2011 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgenden

Antrag: *Der Einwohnerrat möge für die Projektierung und Realisierung der "Variante Abbruch + Neubau" für den Ausbau des Betreuungsangebots FuSTA im Quartier Schachen einen Verpflichtungskredit von brutto 1,78 Mio. Franken inkl. 8 % MwSt. (Kostengenauigkeit +/- 15 %), zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten seit 1. April 2011, bewilligen.*

Therese Dietiker, Sprecherin Sachkommission: Die Sachkommission hat sich an ihrer letzten Sitzung mit dem Kreditbegehren für eine provisorische Lösung für die Tagesstrukturen beim Schachenschulhaus befasst. Auskunftspersonen waren Stadtrat Lukas Pfisterer, Felix Fuchs, Stadtbaumeister und Jeannine Meier, Vorsteherin der Sozialen Dienste. Wie die Auskunftspersonen mitteilten, ist die Raumsituation für die FuSTA im Schachen, die vom Verein Erziehung und Bildung betrieben wird, sehr unbefriedigend. Der Pavillon, welcher neben der Hauswartwohnung steht, kann nicht unterteilt werden, womit das Erledigen von Hausaufgaben, das freie Spiel und das Ausruhen im selben Raum stattfinden müssen, was zu Beschwerden der Eltern, aber auch zu schwierigen Situationen für das Betreuungspersonal führt. Die räumlichen Verhältnisse verunmöglichen zudem eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Führung des Hortes. Ergeben sich keine Änderungen, will der Verein Erziehung und Bildung den Hort nach den Sommerferien nicht mehr weiterführen. Zwei Themen bestimmten anschliessend die Diskussion in der Kommission: Erstens ging es um die Säuglingsplätze. Die Kommission stellte fest, dass das Stritengässli-Haus vor allem im Hinblick auf die Eröffnung einer Säuglingsgruppe gekauft worden sei. Dieses Projekt ist im vorliegenden Raumkonzept jedoch fallen gelassen worden und somit gar nicht mehr vorhanden. Die Auskunftspersonen betonten, dass mit der Vergrösserung der Hortgruppen auch wenig mehr Säuglinge in der FuSTA im Schachen Platz finden würden. Die benötigten Zusatzinvestitionen für eine Säuglingsgruppe seien im Moment finanziell für die Stadt nicht tragbar. Weil es auch Eltern geben würde, die sich nicht vorstellen könnten, ihr Baby im Schachen in die Krippe zu bringen, sei diese Säuglingsgruppe sowieso nicht die beste Idee. Im Politikplan wird der Aufbau einer FuSTA-Säuglingsgruppe in den nächsten Jahren aber auch nicht mehr zu finden sein. Zu den Baufragen: Die Auskunftspersonen erklärten den Mitgliedern der Sachkommission, dass die Container, die für den Kinderhort Schachen geplant werden, nicht mit den Baucontainern im Gönhardschulhaus vergleichbar seien. Die Container, die dem Kreditbegehren zugrunde liegen, sind modulare Bauten, die häufig für Schul- oder Kindergartenlösungen eingesetzt werden und sehr flexibel sind. Die Qualität bezüglich Energie und Schall sei sehr gut. Die Container könnten zwanzig bis dreissig Jahre einsatzfähig sein. Unter Umständen ergäben sich Möglichkeiten für den Kauf von Occasionsmodulen, wobei bei diesem Kreditbegehren von neuen Modulen ausgegangen wurde. Die Aarauer Module könnten nach Gebrauch auch wieder verkauft oder an einem andern Ort eingesetzt werden. In der Schlussdiskussion war man

sich einig, dass auch ein Containerprojekt als provisorische Lösung nicht unbedingt billig sei. Man war sich aber einig, dass der Kinderhort im Schachen eine bessere Lösung verdient habe und dieses Projekt deshalb nötig sei. Man hat auch betont, dass der Umbau und die Erweiterung der alten Liegenschaft Stritengässli 31 keinen Sinn mache, weil der Umbau nur minimal weniger kosten würde, der Betrieb aber um einiges schwieriger wäre. In der Kommission war man sich einig, dass die Investitionskosten vertretbar seien und fasste deshalb einstimmig den Beschluss, dem Einwohnerrat zu empfehlen, einen Verpflichtungskredit von brutto 1,78 Mio. Franken inkl. 8 % MwSt., zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten seit 1. April 2011 für die Projektierung und Realisierung der Variante "Abbruch und Neubau" für den Ausbau der Betreuungsangebote FuSTA im Schachen zu sprechen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Zu diesem Geschäft liegt uns ein **Abänderungsantrag** der SP-Fraktion vor mit folgendem Wortlaut:

Der Einwohnerrat möge für die Projektierung und Realisierung der "Variante Abbruch + Neubau" für den Ausbau des Betreuungsangebots FuSTA inkl. Säuglingsgruppe im Quartier Schachen einen Verpflichtungskredit von brutto Fr. 2'162'000.- inkl. 8 % MwSt. (Kostengenauigkeit +/- 15 %), zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten seit 1. April 2011, sowie jährlich wiederkehrende Betriebskosten für die Säuglingsgruppe von Fr. 257'100.- bewilligen.

Christoph Schmid: Aufgrund der Schulraumplanung ist es richtig, nichts "Fixes" zu bauen. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass mit den vorgesehenen Provisorien eine gute Lösung erzielt werden kann, allerdings nur fast: Dass auf die Säuglingsgruppe verzichtet werden soll, verstehen wir nun wirklich nicht. Das Bedürfnis der Bevölkerung nach einer Säuglingsgruppe ist nachweislich ausgewiesen, was der Stadtrat auch im Jahresbericht 2010 erwähnt hat. Es ist aus unserer Sicht hier deshalb nur selbstverständlich, dass auf das offensichtlich Notwendige nicht verzichtet wird. Das Interesse der Stadt sollte es auch sein, dass beide Elternteile, sofern sie es wünschen und/oder es aus finanziellen Gründen müssen, bereits kurz nach der Geburt des Kindes wieder arbeiten gehen können und den Anschluss an die Berufswelt nicht verlieren. Aus diesem Grunde hat die SP-Fraktion den Abänderungsantrag gestellt. Dass es auch noch im Stadtteil Rohr Räume gibt, die der Stadt gehören und FuSTA auch dort endlich umgesetzt werden sollte, möchte ich hier nur noch am Rande erwähnen. Besten Dank für Ihre Unterstützung in dieser eigentlich "selbstverständlichen" Sache.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir eröffnen nun die Beratung zu den materiellen Voten inkl. Abänderungsantrag.

Therese Dietiker: Unsere Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP bejaht den Kredit von 1,78 Mio. Franken für die Realisierung neuer Räume für die FuSTA im Schachen. Wir denken, dass die Containerlösung aufgrund ihrer Flexibilität eine gute Sache ist und sind natürlich gespannt darauf, wie lange dieses Provisorium benutzt wird. Mit der Containerlösung bauen wir preiswert und schnell, was für den Verein Erziehung und Bildung nötig ist. Dass die Säuglingsgruppe nicht drin liegt, finden wir sehr, sehr schade. Der Bedarf für Babyplätze ist ausgewiesen. Es gibt Wartelisten. Die zusätzlichen Säuglingsplätze, die aufgrund der vergrößerten Gruppen im Schachen entstehen, werden die Warteliste nicht abtragen. Deshalb ist der Antrag der SP für den Aufbau einer Säuglingsgruppe am Stritengässli folgerichtig. Auf der andern Seite fehlt immer noch eine FuSTA-Lösung im Quartier Rohr. Solange wir im neuen Stadtteil auch aus finanziellen Gründen auf einen Kinderhort und Mittagstisch gemäss FuSTA-Konzept verzichten, können wir uns ein zusätzliches Krippenangebot eigentlich nicht

leisten. Da ist unser Gerechtigkeitssinn, aber auch unser finanzpolitisches Gewissen leicht überfordert. Deshalb werden wir uns beim Antrag der SP der Stimme enthalten. Wir bitten Sie jedoch, dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen, damit die FuSTA im Schachen weiterhin angeboten und betrieben werden kann. Zudem hoffen wir, dass eine FuSTA-Lösung in Rohr bald Realität wird.

Lukas Häusermann: Der Bedarf an neuen FuSTA-Räumlichkeiten im Schachen ist für die CVP-Fraktion klar gegeben und unbestritten. Die vorgeschlagene Lösung mit dem Abriss des bestehenden Gebäudes am Stritegässli und der Errichtung von Modulpavillons ist auch nach Meinung der CVP die richtige Variante. Mit Blick auf die doch hohen Investitionskosten von rund 1,8 Mio. Franken für eine provisorische Lösung geht die CVP-Fraktion davon aus, dass die Modulpavillons in den nächsten zwanzig bis dreissig Jahren an verschiedenen Orten der Stadt für solche provisorischen Erweiterungen in Einsatz kommen oder dann als Occasionen wieder einen guten Verkaufserlös erzielen. Wir stimmen also dem stadträtlichen Antrag zu. Den Abänderungsantrag der SP lehnt die CVP hingegen ab. Nicht, weil wir die Nachfrage nicht sehen – ich bin selbst seit kurzem ein wartender Nachfrager – sondern, weil wir eben auch die finanzielle Seite sehen und auch finden, dass man jetzt den Fokus auf die schulpflichtigen Kinder legen und dort FuSTA umsetzen sollte.

Lelia Hunziker: Die Fraktion Grüne/JETZT! heisst den Antrag des Stadtrates gut, eine provisorische Lösung für die FuSTA Schachen zu realisieren. Gleichzeitig werden wir den Abänderungsantrag der SP für die Realisierung der Säuglingsgruppe unterstützen. Ein paar ganz kurze Bemerkungen: FuSTA heisst "Familien- und Schülergänzende Tagesstrukturen Aarau"; FuSTA ist also ein Angebot für die ganze Stadt Aarau. FuSTA wird aber unserer Meinung nach im Moment noch viel zu stark "in Quartieren gedacht", also nicht übergreifend für die ganze Stadt. Die vorliegende Botschaft schafft nun eine nötige räumliche Anpassung für die Kinder im Quartier Schachen. Das ist gut. Aber auch im Gönhard ist die Schülergruppe in einem Provisorium. Damit ist nicht die jetzige Situation in der Turnhalle gemeint, das ist das Provisorium vom Provisorium, also quasi das Provisorium im Quadrat. Die eigentlichen Räume der FuSTA Gönhard im Kellergeschoss des Traktes 3 sind uns bei der Einführung vor 5 Jahren auch als Provisorium präsentiert worden. Wie geht es dort weiter? Rohr verfügt noch immer über gar keine Betreuungsplätze für Schulkinder. Es muss kompliziert mit dem Taxi in die Telli gefahren werden. Wird sich das in Zukunft auch einmal ändern? FuSTA wird zurzeit von drei Vereinen und Stiftungen angeboten. Der Verein Erziehung und Bildung, der Gemeinnützige Frauenverein und die Stiftung Chinderhuus teilen sich die Aufgabe in Aarau. Jede Organisation verhandelt mit der Stadt und hat mehrere Schnittstellen zur Schule und zu den Sozialen Diensten. Es ist Weihnachtszeit, deshalb darf gewünscht werden: Wir wünschen uns, dass die Tagesstrukturen mehr zu einem homogenen Angebot für die Stadt Aarau zusammenwachsen, dass alle Stadtteile gleichermassen berücksichtigt und dass die Abläufe und Schnittstellen vereinfacht werden.

Käthi Geiser: Die FDP-Fraktion schliesst sich einstimmig dem stadträtlichen Antrag an und empfiehlt, den Abänderungsantrag der SP abzulehnen. Unsere Fraktion wird diesen einstimmig ablehnen. Die heutige Raumsituation für die FuSTA im Schachen, das haben meine Vorredner/-innen bereits gesagt, ist eindeutig unbefriedigend. Mit der Umsetzung der vom Stadtrat beantragten Botschaft kann dieser Missstand in kurzer Zeit zur Zufriedenheit aller Beteiligten behoben werden, ohne dass irgendwelche Einschränkungen im Angebot stattfinden. Auch die Schulraumplanung der Stadt Aarau wird nicht belastet oder eingengt. Die Lösung ist teuer, doch in Anbetracht der Lebensdauer und Flexibilität der Pavillons und deren Nach-

frage ist diese Investition vertretbar. Die SP hält in ihrem Abänderungsantrag richtigerweise fest, dass dieses Provisorium teuer ist. Ihr Rezept heisst: Aufstockung des Projekts um knapp 400'000 Franken und Belastung der Laufenden Rechnung der Stadt Aarau um zusätzliche, jährlich wiederkehrende Kosten von 257'100 Franken, notabene 21'425 Franken pro Säuglingsplatz und Jahr. Die Vorlage des Stadtrates grenzt sehr wohl das offensichtlich Notwendige, nämlich das Aufrechterhalten des bestehenden Angebotes, vom offensichtlich Wünschbaren, also der Erweiterung der Säuglingsplätze, aufgrund der Sparbemühungen ab. Wir bitten Sie, dem Begehren des Stadtrates Folge zu leisten und den Abänderungsantrag abzulehnen.

Marc Bonorand: Die SVP-Fraktion wird den Abänderungsantrag der SP ablehnen. Wir stehen bereits dem Antrag des Stadtrates kritisch gegenüber und haben dort Stimmfreigabe beschlossen. Der Antrag der SP zeigt es einmal mehr auf: Wo ein neues Angebot geschaffen wird, entstehen daraus auch immer wieder neue Bedürfnisse. Immer muss alles noch grösser, noch besser, noch teurer werden und noch ein zusätzliches Angebot muss abgedeckt werden. Die Verantwortung für die Kinderbetreuung wird heute immer mehr abgeschoben und von vielen Eltern nicht mehr so wahrgenommen, wie dies eigentlich sein sollte. Auch die Tatsache, dass Eltern, welche ihre Kinder zur Fremdbetreuung abgeben, gefördert werden, jene, welche die Kinder selber betreuen, hingegen nicht, wird von uns kritisiert. Was uns auch Sorgen macht, sind die jährlich wiederkehrenden Betriebskosten, welche für uns viel zu hoch sind. Der Verpflichtungskredit ohne Säuglingsgruppe wird von uns hingegen nicht bestritten. Unbestritten ist in der SVP-Fraktion auch, dass eine Sanierung der Liegenschaft absolut keinen Sinn macht und ein Abbruch und Neubau in jedem Fall einer Sanierung vorzuziehen ist. Der Raumbedarf der FuSTA im Schachen ist für die betroffenen Personen tatsächlich unbefriedigend. Aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Schulraumplanung erachtet ein Teil der Fraktion die provisorische Lösung mit einem Modulpavillon durchaus als sinnvoll, auf eine Säuglingsgruppe soll aber verzichtet werden.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme dieser Vorlage. Es ist tatsächlich so, dass bei der FuSTA im Schachen ein Handlungsdruck besteht. Deshalb haben wir Ihnen die Vorlage unterbreitet, damit wir im nächsten Schuljahr mit den neuen Räumlichkeiten starten können. Die heutige Situation ist wirklich nicht länger tragbar und Sie konnten auch in der Botschaft lesen, wie die Reaktion des Trägervereins Erziehung und Bildung war. Die vorliegende Lösung ist aus betrieblicher Sicht, aber auch aus Sicht der Abläufe, der Schulqualität bzw. der gewünschten Betreuungsqualität sinnvoll. Es ist auch baulich sinnvoll, denn durch die Modulpavillons verbauen wir uns nichts hinsichtlich der Schulraumplanung, welche ebenfalls noch nicht entschieden und FuSTA ein Teil davon ist. Es wird auch dort evaluiert, wo wir was genau brauchen. Ich konnte feststellen und danke dafür, dass der Grundantrag nicht bestritten ist. Deshalb komme ich nun direkt zum Abänderungsantrag der SP. Die SP-Fraktion möchte zusätzlich eine Säuglingsgruppe bewilligt haben. Im Zusammenhang mit einer zentralen Säuglingsgruppe haben wir eine Umfrage durchgeführt. Einzelne von Ihnen, welche Kinder in den Tagestrukturen haben, füllten diese Umfrage sicher auch aus. Bei der Frage, ob im Schachen eine Säuglingsgruppe geführt werden sollte, gab es ungefähr gleich viele Ja- wie Nein-Stimmen. Es gab Meinungen, dass es problematisch sei, mehrere Kinder an mehreren Standorten zu haben, wenn also z. B. ein Kind im Chinderhuus und ein anderes Kind derselben Familie im Schachen unten betreut würde. Wenn das Kind dem Säuglingsalter entwachsen wäre, müsste man es dann an einen anderen Ort, also z. B. eben auch in das Chinderhuus, schicken. Das sei nicht ganz einfach. Andere sagten, es sei gut, dass etwas gemacht würde. Aber diese Meinungen halten sich, wie gesagt, etwa die Waage. Im schriftlichen SP-Antrag wird jetzt behauptet, die Eltern müssten ein ganzes Jahr lang warten, bis sie

einen Platz für ihr Kind bekommen würden. Das kommt darauf an, wie flexibel man punkto Betreuungszeiten und -angeboten seitens der Eltern ist und ob die Bereitschaft besteht, nicht am "idealen" Ort, z. B. im eigenen Quartier, einen Betreuungsplatz zu haben, sondern vielleicht im benachbarten Quartier. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass ein neu zugezogener Elternteil nicht allzu lange warten musste, bis ein Platz vorhanden war. Auch hier tönt es etwas verschieden. Es heisst nicht, dass wir keine Säuglingsplätze brauchen. Es ist aber die Frage, was letztlich auch politisch finanzierbar ist. Sie sehen, dass im heutigen Antrag bereits eine Vergrösserung enthalten ist. Einerseits wird die Hortgruppe auf eine ganze Gruppe aufgestockt, andererseits gibt es eine zweite Krippengruppe. In dieser Krippengruppe sind Säuglingsplätze enthalten, Frau Dietiker hat bereits darauf hingewiesen. Das ergibt aber die Folgekosten, welche in der Botschaft enthalten sind, nämlich die 1,78 Mio. Franken für die Infrastruktur sowie 126'500 Franken an jährlichen Betriebskosten. Diese sind im Budget, welches Sie vorhin bewilligt haben, bereits eingestellt. Für die zusätzliche Säuglingsgruppe würden noch einmal 382'000 Franken an Infrastrukturkosten anfallen, deshalb auch der Antrag der SP für 2'162'000 Franken. Das ergäbe noch einmal zusätzliche Betriebskosten von 257'100 Franken pro Jahr. Der Stadtrat meint, darauf sei zu verzichten, namentlich auch aus finanziellen Gründen. Mit dem geplanten Ausbau wird schon viel gemacht, wie ich vorhin bereits ausgeführt habe. Der Stadtrat ist der Meinung, dass im Moment einfach nicht mehr finanziert werden kann. Herr Häusermann hat gesagt, dass so teure Modulpavillons weiterhin im Einsatz sein oder als Occasionen gut verkauft werden sollten. Selbstverständlich ist das auch das Ziel des Stadtrates, wenn die Pavillons nicht mehr für den FuSTA-Betrieb im Schachen gebraucht werden. Der Zeithorizont ist allerdings offen, da kann ich Ihnen noch nichts dazu sagen. Das ist, wie gesagt, auch abhängig von der Schulraumplanung. Auch bei den Provisorien im Gönhardtschulhaus haben wir gedacht, dass es sich nicht um eine so lange Zeitdauer handeln würde, wie wir sie jetzt haben. Sie wissen alle, dass das Bildungskleeblatt abgelehnt worden ist. Wir sind dort auf Feld 1 zurück geworfen worden. Deshalb ist die provisorische Lösung heute halt immer noch eine provisorische Lösung. Bezüglich Vereinfachung der Abläufe oder Schnittstellen in unserem Modell haben wir ebenfalls gewisse Schritte eingeleitet. Das wird selbstverständlich immer wieder überprüft, gehört aber eigentlich nicht zum heutigen Geschäft. Heute geht es um die Bestellung der Modulpavillons mit oder ohne Säuglingsgruppe. Der Stadtrat beantragt Ihnen die Modulpavillons mit einer ganzen Hortgruppe und einer zweiten Krippengruppe. Er empfiehlt Ihnen aber, auf die Säuglingsgruppe, namentlich auch aus finanziellen Überlegungen, im Moment zu verzichten.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir werden nun den stadträtlichen Antrag dem Änderungsantrag der SP gegenüberstellen. Der obsiegende Antrag kommt anschliessend in die Schlussabstimmung. Da Einwohnerrat Werner Schib Mitglied im Vorstand des Vereins Erziehung und Bildung, der jetzigen Trägerschaft der FuSTA im Schachen, ist, wird er bei dieser Abstimmung in den Ausstand treten. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den

Abstimmungen

Vorabstimmung über den Antrag der SP:

Antrag der SP: <i>Der Einwohnerrat möge für die Projektierung und Realisierung der "Variante Abbruch + Neubau" für den Ausbau des Betreuungsangebots FuSTA inkl. Säuglingsgruppe im Quartier Schachen einen Verpflichtungskredit von brutto Fr. 2'162'000.- inkl. 8 % MwSt. (Kostengenauigkeit +/- 15 %), zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten seit 1. April 2011, sowie jährlich wiederkehrende Betriebskosten für die Säuglingsgruppe von Fr. 257'100.- bewilligen.</i>	18 Stimmen
Antrag des Stadtrates: <i>Der Einwohnerrat möge für die Projektierung und Realisierung der "Variante Abbruch + Neubau" für den Ausbau des Betreuungsangebots FuSTA im Quartier Schachen einen Verpflichtungskredit von brutto 1,78 Mio. Franken inkl. 8 % MwSt. (Kostengenauigkeit +/- 15 %), zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten seit 1. April 2011, bewilligen.</i>	31 Stimmen

Somit hat der Antrag des Stadtrates obsiegt.

Schlussabstimmung:

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat bewilligt für die Projektierung und Realisierung der "Variante Abbruch + Neubau" für den Ausbau des Betreuungsangebots FuSTA im Quartier Schachen einen Verpflichtungskredit von brutto 1,78 Mio. Franken inkl. 8 % MwSt. (Kostengenauigkeit +/- 15 %), zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten seit 1. April 2011.

Dieser Beschluss des Einwohnerrates unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

109. Heilpädagogische Sonderschule Aarau; Abgabe der Trägerschaft

Mit Botschaft vom 7. November 2011 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgende

- Anträge:**
1. *Die Stadt möge die Trägerschaft der HPS Aarau per 31. Dezember 2012 abgeben, damit das Departement für Bildung, Kultur und Sport jene Trägerschaft an die Stiftung Schürmatt übertragen kann.*
 2. *Die Produktegruppe 34 "HPS" sei ab dem Jahr 2013 aufzuheben.*

Hans Fügli, Sprecher Sachkommission: An ihrer letzten Sitzung vom 29. November 2011 hat sich die Sachkommission mit dem Trägerschaftswechsel der HPS von der Stadt zur Stiftung Schürmatt, der auf den 31. Dezember 2012 erfolgen soll, beschäftigt. Als Auskunftspersonen waren der Ressortinhaber Schule, Stadtrat Lukas Pfisterer, der Schulpflegepräsident, Herr Max Becker und die Herren Linder und Nägeli von der Stiftung Schürmatt anwesend. Zu Beginn hat die Kommission in Anwesenheit von Lukas Pfisterer diskutiert, ob auf dieses Geschäft überhaupt eingetreten werden soll. Hier ein Überblick der abgegebenen Voten: Das Geschäft sei nicht ausgegoren, es habe zu wenig Zeit für die Beratung gegeben, deshalb die Flut der Eingaben und Stellungnahmen von verschiedenen Seiten. Das Geschäft solle man zurückstellen, da eine Elternbefragung noch offen sei. Der Bericht des Stadtrates liege vor. Veränderungen lösen Ängste aus, das sei normal. An Tatsachen könne man nicht vorbeisehen. Eine Rückweisung bringe nichts. Ein Wechsel der Trägerschaft sei ein grosser Schritt, der zu einer optimalen Kommunikation verpflichte, das sei hier nicht der Fall gewesen. Deshalb sei eine Rückweisung richtig. Die Auskunftsperson erläuterte darauf die Beweggründe, weshalb ein Wechsel der Trägerschaft zu befürworten sei. Der Entscheid sei heute spruchreif und es handle sich um einen strategischen Entscheid der Schule Aarau, der auch vom BKS begrüsst werde. Ich verweise hier auf die ausführliche stadträtliche Botschaft und das Kommissionsprotokoll. Die Kommission hat beschlossen, auf das Geschäft einzutreten. Sie behielt sich vor, vielleicht später einen Rückweisungsantrag zu formulieren. Darauf sind die weiteren Auskunftspersonen zur Sitzung gestossen. Aus Zeitgründen hier nur eine kleine Auswahl der wichtigsten Fragen und Antworten: Auf die Frage nach den verschiedenen Anstellungsbedingungen erläuterten die Auskunftspersonen, dass eine dreijährige Besitzstandswahrung gewährleistet sei. Die Auskunftspersonen erklärten weiter, dass die Arbeitsgruppe HPS-zeka – es geht hier um Fragen der Zukunft der Schulanlage Telli – blockiert sei, bis der Entscheid bezüglich des Trägerschaftswechsels gefällt sei. Die Kommission wollte weiter wissen, wie der Einfluss der Stadt nach dem Trägerschaftswechsel aussehe. Die Antwort der Auskunftspersonen war, dass der Rahmenvertrag mit dem Kanton ausgehandelt werde und die Stadt ihren direkten Einfluss verlöre. Gewisse Details, wie Teilnahme an lokalen Bräuchen, könne man aber im Leistungsvertrag festschreiben. Die neue Trägerschaft habe aber jedes Jahr eine Berichterstattungspflicht gegenüber der Stadt Aarau. Was sich für die Eltern und die Kinder ändern würde, wollte die Kommission zum Abschluss wissen. Das Angebot würde sich sehr wahrscheinlich verbessern und die Schürmatt bringe ein grosses Wissen mit, unter anderem auch, was Integration und die Zusammenarbeit mit der Regelschule betreffe. Zur Schlussdis-

kussion: Von der Materie her sei ein Wechsel der Trägerschaft zu begrüssen. Klar ist, dass sich viele Beteiligte überrumpelt vorkommen, speziell die Eltern. Die verschiedenen Briefe und Schreiben, welche wir im Vorfeld erhielten, haben uns berührt. Es sei wichtig, nun alle weiteren Schritte gut und transparent zu planen und einzuleiten. Den Wechsel noch ein Jahr hinauszuschieben, bedeute auch ein weiteres Jahr der Verunsicherung für die Eltern, Kinder, Lehrpersonen und anderen Beteiligte. Die Stiftung Schürmatt habe etwas zu bieten und eine gute Offerte gemacht. Diese sei sogar nachgebessert worden. Auch die Lehrerschaft werde von den Erfahrungen des neuen Trägers profitieren können. Die Sachkommission empfiehlt einstimmig, dem Antrag des Stadtrates zu folgen und die Trägerschaft der HPS per 31. Dezember 2012 abzugeben. Auch dem zweiten Antrag betreffend Streichung der Produktgruppe 34 "HPS" ist folgerichtig zugestimmt worden.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Die Fraktion Grüne/JETZT! stellt einen **Rückweisungsantrag** zu diesem Geschäft mit folgendem Wortlaut:

Das Geschäft soll an den Stadtrat zurückgewiesen werden. Die betroffenen Parteien (Eltern /Schulleitung und Personal) sollen besser in den Prozess integriert und informiert werden. Entsprechend dem Bericht "Schiess" soll das Szenario "Verbleib der HPS in der Schule Aarau" vertieft geprüft werden.

Petra Ohnsorg Matter: Vor knapp einem Monat erreichte uns der Antrag des Stadtrats, die Trägerschaft der HPS Aarau per 31. Dezember 2012 an die Stiftung Schürmatt abzugeben. Das Geschäft, über das wir befinden sollen, hinterlässt im Bericht und Antrag des Stadtrats einen komplexen Eindruck. Hinzu kamen zahlreiche Reaktionen und Gegenreaktionen von verschiedenen Seiten, welche eine Beurteilung zusätzlich erschweren. Ob die Trägerschaft der HPS abgegeben werden soll oder nicht, darüber gehen die Meinungen in diesen Reaktionen auseinander – auch in unserer Fraktion. Trotzdem scheint etwas klar zu sein: Die Leistung und Kompetenz der Stiftung Schürmatt in ihrem Kerngeschäft ist nicht in Zweifel zu ziehen. Diesbezüglich wäre bei einem Trägerschaftswechsel mit positiven Synergien zu rechnen. Und auf den anderen Ebenen, sind dort ebenfalls positive Konsequenzen zu erwarten? Diesbezüglich gehen die Meinungen wieder auseinander: Angesprochen werden z. B. die Signalwirkung für andere HPS, die Verantwortung der öffentlichen Hand oder die Integration von behinderten Kindern in unserer Gesellschaft. Unklarheiten bestehen auch betreffend der Rechtmässigkeit oder der Verantwortung und Rolle der kantonalen Behörden. Seien wir ehrlich, die zur Verfügung stehende Zeit war zu knapp, um sich eine differenzierte Meinung bilden zu können. Die Rückweisung des Geschäfts würde eine differenziertere Meinungsbildung erlauben. Auch könnten heute offene Entscheide, wie die Volksabstimmung zum Schulmodell 6/3 oder die Klärung des Verhältnisses zur Kreisschule Buchs-Rohr in der sorgfältigen Variantenabwägung berücksichtigt werden. Dass "sorgfältig abgewogen werden muss", wurde von der Firma Schiess wörtlich empfohlen. Dafür sollte man jedoch die Rahmenbedingungen kennen. Im Falle eines Trägerschaftswechsels soll "eine Angliederung kollegial getragen und sorgfältig kommuniziert werden", auch darauf machte die Firma Schiess in ihrem Bericht ausdrücklich aufmerksam. Gewisse Reaktionen weisen darauf hin, dass dies nicht ganz gelungen ist. Auch hier gibt sich durch eine Rückweisung die Möglichkeit, die Betroffenen besser in den Prozess einzubinden – unabhängig von der Frage, ob wir uns schliesslich für oder gegen einen Trägerschaftswechsel entscheiden. Die Mehrheit der Fraktion Grüne/JETZT! bittet Sie deshalb, der Komplexität und der Bedeutung des vorliegenden Geschäfts Rechnung zu tragen und die Rückweisung zu unterstützen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir eröffnen die Diskussion zu diesem Rückweisionsantrag.

Alexander Umbricht: "Man kann nicht nicht kommunizieren". Dieser Satz findet sich in einem Standardwerk zur menschlichen Kommunikation aus dem Jahr 1969 – dem Jahr der Mondlandung. Immer wieder einmal in den letzten zwei Jahren habe ich den Eindruck bekommen, dass Aarau auch im 21. Jahrhundert kommunikativ hinter dem Mond lebt. Wenn es um die Kommunikation im Schulbereich geht, bin ich mir nicht einmal sicher, ob zuerst noch Papyrus erfunden werden muss – obwohl ich, paradoxerweise, bei kaum einer Vorlage so viel Papier bekommen habe, wenn auch nicht von der Stadt. Herr Pfisterer, man kann nicht nicht kommunizieren und dann erwarten, dass alle Betroffenen, ohne angehört zu werden, begeistert von der Vorlage sind. Da helfen auch juristische Erwägungen nichts. Man kann nicht nicht kommunizieren und sich anschliessend herausreden. Herr Pfisterer, man kann nicht nicht kommunizieren und dann erwarten, dass der Einwohnerrat glücklich, ohne zu murren und unter Zeitdruck sich zu einem so delikaten Thema äussert. Man kann nicht nicht kommunizieren, auch wenn dies vielleicht juristisch einwandfrei ist. Herr Pfisterer, man kann und muss klar kommunizieren. Deshalb: So bitte nicht! Das Chaos auf der obersten Leitungsebene der Schule Aarau hat viel mit Kommunikation bzw. Nicht-Kommunikation zu tun. Klarheit tut Not, speziell auch von Seiten des Ressortvorstehers. Man muss klar kommunizieren, deshalb machen Sie es im Hinblick auf den bevorstehenden Prozess mit der Kreisschule Buchs-Rohr bitte besser. Genau die an dieser Stelle bemängelte Nicht-Kommunikation bzw. Nicht-Information führt, um zum Thema zurückzukommen, zum vorliegenden Rückweisionsantrag. Doch, auch wenn wir uns betreffend der Nicht-Kommunikation einig sind, stellt sich eine Mehrheit unserer Fraktion die Frage, was eine Rückweisung bringt. Wird sich die Sachlage bis zur nächsten Behandlung wesentlich ändern? Können versäumte Kommunikation und grundsätzliche Kritik durch mehr Kommunikation wegdiskutiert werden? Wir glauben das, auch aufgrund der Erfahrungen mit dem Bildungskleeblatt, nicht und sind deshalb für ein Eintreten auf das Geschäft und anschliessend für eine sachliche Diskussion.

Sonja Eisenring: Ich denke, eben gerade die Erfahrung mit dem Bildungskleeblatt lehrt uns, dass manchmal doch noch etwas zu retten ist. Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag auf Rückweisung des Geschäfts betreffend Abgabe der Trägerschaft der HPS an die Stiftung Schürmatt. Wir finden es durchaus in Ordnung, dass die Situation der HPS in der Aarauer Schule überprüft wird. Was wir aber nicht unterstützen können, ist das Vorgehen des Stadtrates. Solche Veränderungen, Herr Pfisterer, können nur dann Erfolg haben, wenn alle Beteiligten eingebunden werden. Die Reaktionen verschiedener Gruppen auf Papier und elektronisch haben uns gezeigt, dass viele Unsicherheiten, Ängste und Zweifel bestehen. Hier muss zusammengearbeitet werden, damit an der HPS weiterhin gute Arbeit, vor allem zu Gunsten der Schülerinnen und Schüler, geleistet werden kann. Dies geht nur, wenn mehr Zeit für die nötigen Arbeiten und die Abklärung mit allen Beteiligten vorhanden ist und transparent informiert wird. Geben Sie der HPS diese nötige Zeit. Mit einer Rückweisung des Geschäftes tun Sie dies. Wir haben im Moment auch noch Zeit. Es muss nichts überstürzt, aber jetzt endlich einig geklärt werden.

Heinz Suter: Eine Veränderung verursacht in einem Betrieb immer Verunsicherung und Skepsis gegenüber Neuem. Das A und O ist dann die Information und das Gespräch mit den Betroffenen. Dies ist unserer Meinung nach hier ganz klar zu kurz gekommen. Im Kanton Aargau werden, von den 11 Heilpädagogischen Schulen, 2 von privaten Stiftungen geführt, aber alle haben die gleiche Leistungsvereinbarung mit dem Kanton. Für die Angebote aller 11

Schulen gelten somit gemäss § 1 Betreuungsgesetz des Kantons dieselben inhaltlichen Vorgaben. Also kommen nur Angebote in Frage, welche einem ausgewiesenen quantitativen und qualitativen Bedarf des Kantons entsprechen. Im Falle Aarau setzt der Kanton auch Rahmenbedingungen für einen Trägerschaftswechsel wie Standort in Aarau oder in nächster Nähe, budgetneutrale Überführung in die neue Struktur, Gewährleistung der Kooperation mit der Regelschule Aarau sowie Umsetzung des kantonalen Rahmenkonzeptes für eine HPS. Ein Wechsel zur Schürmatt hat auch einige Vorteile: Die Schulung und Förderung von Kindern und Jugendlichen mit einer geistigen Behinderung ist eine Kernauftrag der Schürmatt. Die HPS Aarau wäre in dieser Organisation fachlich optimal eingebettet und unterstützt. Durch die strategische Zusammenführung der HPS Aarau mit der Schürmatt würden die beiden Kompetenzzentren fachlich gestärkt. Die Schürmatt ist sicher in der Lage und Willens, eine gute Zusammenarbeit mit der Regelschule Aarau aufzubauen. Das gute Angebot vor Ort würde bestehen bleiben, aber in ein Kompetenzzentrum eingebettet sein. Die Lösung der Infrastrukturproblematik wäre Sache der Stiftung Schürmatt. Der Entscheidungsprozess würde dadurch vereinfacht, denn in Aarau wäre je nachdem eine Volksabstimmung für die Bewilligung eines neuen Schulhauses für die HPS notwendig. Durch die Abgabe der Trägerschaft der HPS würde die Komplexität im Schulleitungsmodell der Stadt Aarau reduziert. Einen Nachteil sehen wir nicht, abgesehen von allgemeinen Problemen, die bei einem solchen Übergang entstehen können, wie z. B. Verunsicherung des Personals, der Eltern und Schüler/-innen. Der Zeitplan mit dem Wechsel auf 1. Januar 2013 ist sicher relativ kurzfristig. Es fragt sich aber, was eine Rückweisung bringen würde. Ich könnte mir vorstellen, dass eine mögliche Verschiebung des Starts auf Schulbeginn August 2013 zu prüfen wäre. Der kurzfristige Zeitplan für die Übergabe der Trägerschaft ist aus Sicht der angespannten räumlichen Situation im Gebäude der HPS und zeka eher als Vorteil zu werten. Die Schürmatt als private Trägerschaft könnte schneller reagieren und rasch mit der Planung beginnen, neue Räumlichkeiten für die HPS Aarau zu finden oder zu bauen. Die SVP-Fraktion unterstützt aus diesen Gründen den Rückweisungsantrag nicht, sondern unterstützt den Antrag des Stadtrates einstimmig.

Gabriela Suter: "Hurra, hurra, die Schule brennt!" Das erinnert Sie vielleicht noch an Ihre Matur- oder Abschlussfeier. Im Falle von Aarau heisst es leider: "Oh je, oh je, die Schule Aarau brennt." Es brennt im Ressort Schule an allen Orten. Wir haben es vorhin schon gehört: Die Baukosten laufen aus dem Ruder, wir haben FuSTA in Rohr, Säuglingsgruppen, welche aus Kostengründen zusammengestrichen werden, und wir haben offensichtlich massive Kommunikationsprobleme. Es brennt – nach Ansicht gewisser Personen brennt es auch bei diesem Geschäft. Wir sind nicht überzeugt davon, dass dieses Geschäft derart dringlich abgewickelt werden muss, wie das jetzt durchgepaukt werden soll. Grundsätzlich ist die SP-Fraktion schockiert über die Schnelligkeit dieses Geschäfts und über die Briefe oder Mails, welche jetzt teilweise fast täglich eingetroffen sind. Anscheinend sind Betroffene tatsächlich nicht oder kaum angehört worden. Wir wünschen vom Stadtrat, dass man sorgfältig die Involvierten, das heisst Eltern und Lehrpersonen, anhört und sich nachher noch einmal berät und eine Entscheidung trifft. Auch die Schulpflege soll noch einmal neu beraten, wenn sie dann neu zusammengestellt ist. Mit den neuen Fakten soll eine neue Vorlage gebracht werden. Aus diesem Grund unterstützt die SP-Fraktion den Rückweisungsantrag grossmehrheitlich. Zusätzlich ist im Moment im Grossen Rat eine Interpellation genau zu diesen Themen hängig. Wir möchten hier keinen Präzedenzfall schaffen und die HPS privatisieren, bevor der Regierungsrat Stellung genommen und gesagt hat, was denn eigentlich seine Haltung in dieser Sache ist. Wir bitten Sie, diesem Rückweisungsantrag deshalb zuzustimmen.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Es ist viel gesagt worden und ich werde auch noch einige Sachen anfügen. Im Rückweisungsantrag wurde geschrieben, das Geschäft sei komplex, habe weitreichende Konsequenzen und man müsse die Entscheidung über den Systemwechsel 6/3 und die Schulraumplanung sowie das Verhältnis zur Kreisschule Buchs-Rohr abwarten. Bei Letzterem ist der Stadtrat der Meinung, das sei nicht nötig. Dass das Geschäft aber komplex ist, da gebe ich Ihnen absolut recht. Wie ist es heute? Das Schulgebäude der HPS, das konnten Sie auch lesen, wird heute noch vom zeka mitbenützt. Beide Schulen haben zuwenig Platz. Das zeka ist im Moment mit Übergangslösungen, also Schulraumpavillons, daran, die engen Raumverhältnisse zu lösen. Das kostet sehr viel Geld für das zeka und braucht auch immer wieder neue Baugesuche und Nutzungsabsprachen mit der Stadt. Als zweiten Punkt kann die Infrastrukturplanung genannt werden. Sie ist im Moment blockiert. Auch bei der Schulraumplanung für die HPS und das zeka sind wir blockiert, da die Frage der Trägerschaft seit dem Sommer 2010 nicht geklärt ist. Somit kann nicht weiter geplant werden. Auch deshalb ist ein Entscheid über die Trägerschaft zeitlich mehr als notwendig. Die Betroffenen sollten wissen, woran sie sind. Sie wurden einmal informiert, aber auf die Kommunikation komme ich später im Detail noch zurück. Danach haben sie eine Zeit lang nichts mehr gehört, jetzt wurden sie vor ein paar Wochen wieder informiert. Es wurde gesagt, man müsse die gesamtstädtische Schulraumplanung abwarten. Ich habe mich beim BKS, Abteilung Sonderschulen, Heime und Werkstätten (diese Abteilung ist Aufsichtsbehörde und zuständig für die HPS Aarau) erkundigt, ob die Reformvorlage "Stärkung der Volksschule Aargau" einen Einfluss auf die HPS Aarau hätte und wenn ja, wieweit dieser Einfluss ginge. Ich erhielt die Antwort, dass man im BKS keinen Einfluss auf die mögliche Übergabe der Trägerschaft der HPS sehe, wenn man den Systemwechsel von 5/4 auf 6/3 vollziehe, also dann nur noch 3 Oberstufenklassen hätte. Also kurz zusammengefasst: Für diesen Entscheid hat der allfällige Systemwechsel keine Auswirkungen. So war die Aussage des BKS. Dasselbe gilt auch für das Verhältnis zur Kreisschule Buchs-Rohr. Die HPS ist heute schon eine Schule, welche für den Bezirk Aarau geführt wird und Kinder aus dem gesamten Bezirk, und nicht nur von Aarau, aufnimmt. Sie kann z. B. auch nicht mit der Sportschule der Kreisschule Buchs-Rohr verglichen werden. Das sind ganz andere Kinder und Bedürfnisse. Die Sportschüler sind "normale" Regelschüler, die Kinder in der HPS sind eben keine Regelschüler. In der Arbeitsgruppe Schule Aarau und Kreisschule Buchs-Rohr war deshalb die HPS an sich auch nie ein Thema. Es geht beim "Kreisschulgeschäft" um die Organisation "oberhalb der Schulhäuser". Das ist eine andere Dimension als bei diesem Geschäft. Deshalb haben weder die Schulreform 6/3 noch die Organisation Schule Aarau/Kreisschule Buchs-Rohr Auswirkungen auf den heutigen Entscheid. Sie haben übers Wochenende auch einen Brief bekommen vom ALV. Darin wird behauptet, mit der Führung der HPS Aarau durch eine private Trägerschaft werde ein Präzedenzfall geschaffen, der es ermögliche, dass sich die öffentliche Hand aus der Verantwortung für die Bildung und die Bindung zur Volksschule stellen könnte. Dabei hat der ALV aber vergessen, dass von den 11 im Kanton Aargau geführten HPS bereits 2 privatrechtlich geführt werden. Die Stiftung Schürmatt führt die HPS des Bezirks Kulm und die St. Josef-Stiftung die HPS des Bezirks Bremgarten. Mir ist nicht bekannt, dass es im Bezirk Kulm oder im Bezirk Bremgarten Probleme gibt, weil diese privaten Trägerschaften die HPS führen. Zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit kann gesagt werden, dass es im Kanton Aargau heute 11 Heilpädagogische Sonderschulen gibt. Alle zusammen bilden das öffentliche Sonderschulangebot. 9 davon werden von Trägergemeinden geführt und eben 2 von privaten Stiftungen. Alle 11 Schulen werden vom BKS via Leistungsvertrag gesteuert, egal ob privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Trägerschaften bestehen. Sämtliche 11 Schulen haben exakt die gleichen inhaltlichen Vorgaben, also dasselbe Rahmenkonzept für Schulung und Wohnen für Kinder und Jugendliche mit geistigen Behinderungen. Ebenso führen alle Sonderschulen, egal ob privat- oder öffentlich-rechtlich, dasselbe Angebot und sind auf derselben Basis finanziert. Zuständig für das bedarfsgerechte Angebot bei allen 11 Schulen ist der

Kanton. Er anerkennt die Angebote, welche dem quantitativen und qualitativen Bedarf des Kantons entsprechen. Hierzu haben die Gemeinden nichts zu sagen, egal welche Trägerschaft dahintersteht. Gemäss dem Schulgesetz sind die Gemeinden verpflichtet, Kindergarten und Volksschule, einschliesslich Sonderschulung, selber zu führen oder sich an einer Kreisschule zu beteiligen oder das Schulgeld für Kinder zu übernehmen, welche in ihrer Gemeinde wohnen. Das heisst, Aarau kann nicht verpflichtet werden, selber eine Heilpädagogische Sonderschule zu führen. Das ist der rechtliche Rahmen. Das habe nicht ich erfunden, sondern es ist ebenfalls eine Auskunft des BKS. Zuständig für den Entscheid, und deshalb haben Sie den Antrag heute auch auf dem Tisch, ist in der Stadt Aarau der Einwohnerrat. Wie war es vorher, also vor der Einführung der IV im Jahre 1960? Damals mussten sämtliche Angebote für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen mit privaten Mitteln finanziert werden. Die Sonderschule der Stiftung St. Josef ist von den Ingebohrer Schwestern gegründet worden. Die Reformierte Landeskirche hat 1965 in Zetzwil eine Tagesschule eröffnet. Auch z. B. die HPS Lenzburg und die ehemalige HPS der Stiftung Lebenshilfe in Reinach sind auf privater Basis gegründet worden. Nur dort, wo keine private Trägerschaft vorhanden war, sind Trägergemeinden, wie eben z. B. die Stadt Aarau, eingesprungen und haben die Verantwortung und Führung der HPS übernommen. Wenn man jetzt über den Horizont der HPS hinausschaut, ist zu erwähnen, dass es nicht nur Angebote von HPS gibt, sondern ganz viele andere Angebote auch für Kinder mit anderen Bedürfnissen, beispielsweise zeka oder der Landenhof, bestehen. Bei beiden Institutionen stehen privatrechtliche Trägerschaften dahinter. Es hat noch nie jemand behauptet, dass die das nicht gut machen. Es hat auch heute niemand gesagt, die Stiftung Schürmatt mache es nicht gut. Es kann deshalb gesagt werden, dass es ohne private Trägerschaften schon gar nicht dazu gekommen wäre, denn ursprünglich haben diese die Initiative ergriffen. Ohne die privaten Trägerschaften könnte die Versorgung weder im Kanton noch schweizweit überhaupt erfüllt werden. Heute liegen die Argumente auf dem Tisch. Die Sache ist entscheidungsreif. Ein Herausschieben bringt nicht mehr Klarheit und hat auch keinen Vorteil. An den Fakten ändert sich nichts. Hingegen müssten Nachteile in Kauf genommen werden und Unsicherheiten bestünden weiter. Deshalb bitte ich Sie, dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen. Wenn Sie mir noch ein paar Worte zur Kommunikation erlauben: Es ist tatsächlich so, dass die Kommunikation wahrscheinlich nicht optimal verlaufen ist. Wie ist es dazu gekommen? Im Sommer 2010 ist die Stiftung Schürmatt an die Schulpflege Aarau gelangt und hat ihr Interesse an der HPS bekundet. Die Schulpflege hat sich dann diesem Geschäft angenommen. Sie hat sich diesen Entscheid nicht einfach gemacht. An mehreren Sitzungen wurde das Geschäft beraten. Verschiedene Personen wurden involviert. Auch die Schulleiterin der HPS Aarau war verschiedentlich bei den Beratungen mit dabei. Ganz am Anfang waren die Lehrpersonen informiert worden, dass ein solches Geschäft diskutiert werde. Allerdings hat man im Detail nicht weiter informiert. Bezüglich Kommunikation hat man auch Rücksprache mit dem BKS genommen. Das BKS hat klar ausgesagt, dass es sich hierbei um einen strategischen Entscheid handle, welcher auch auf der strategischen Ebene gefällt werden müsse, das heisst also ausschliesslich durch die Schulpflege. Deshalb ist dieser Entscheid nicht weiter basisdemokratisch ausdiskutiert worden. Man kann rückblickend sagen, dass vielleicht von Seiten der Schulpflege vermehrt die Direktbetroffenen hätten involviert werden müssen, das schliesse ich nicht aus. Aber der Entscheid ist nach reiflicher Überlegung entstanden und ist mehrfach diskutiert und von allen Seiten beleuchtet worden. Der Stadtrat teilt diesen Entscheid. Das Geschäft liegt nun bei Ihnen. Ob die Kommunikation unglücklich war oder nicht – die Fakten liegen auf dem Tisch. Ich denke, es ändert sich nichts am Entscheid, wenn man ihn erst in einem Monat trifft. Wenn Sie im Grundsatz Vorteile sehen, dann bitte ich Sie heute schon um Zustimmung. Ein klarer Entscheid ist jetzt notwendig, denn die Unsicherheit muss beendet werden. Wir sind sonst in verschiedenen Projekten blockiert. Wenn der Entscheid heute gefällt wird, ist der Trägerschaftswechsel per 1. Januar 2013 möglich. Es braucht einfach eine gewisse

Vorlaufzeit. Es müssen noch Diskussionen mit der Stiftung Schürmatt geführt werden, wie die Übergangsmodalitäten genau miteinander geregelt werden. Da braucht es noch Verhandlungen und die benötigen eine gewisse Zeit. Deshalb haben Sie das Geschäft auch jetzt vorliegend. Noch einmal, ich bitte Sie, heute zu entscheiden, denn die Fakten liegen klar auf dem Tisch. Sie haben richtigerweise Argumente der Direktbetroffenen bekommen, das ist auch gut so. So konnten Sie eine Auslegeordnung machen. Die Fraktionen, welche Auskunftspersonen aus den Schulen eingeladen oder sogar noch Eltern angehört haben, bekamen noch mehr Informationen. Die Argumente liegen auf dem Tisch, bitte entscheiden Sie – ich hoffe natürlich, im Sinne des Stadtrates.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Rückweisungsantrag:

Der Rückweisungsantrag wird mit 31 Nein-Stimmen gegen 18 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Ich eröffne nun die Diskussion über dieses Geschäft.

Rolf Wespi: Nachdem wir an unserer Fraktionssitzung mit einer Delegation der HPS unter der Leitung von Herrn Stäuble und Herrn Linder von der Schürmatt diskutieren konnten, haben sich folgende Problempunkte herauskristallisiert: Information/Terminplan, Führungsstruktur, Standort, Bedenken/Ängste von Seiten der Lehrpersonen der HPS, der Eltern und des ALV. Zur Information: Diese war unserer Meinung nach sehr mangelhaft, wenig professionell und zu kurzfristig. Zur Führungsstruktur: Die HPS wurde bis anhin von der Gesamtschulleitung überhaupt nicht geführt, was mit den personellen Problemen, aber auch mit dem fehlenden Know-how, dem fehlenden sonderpädagogischen Wissen für ein so komplexes Schulgefüge, zu tun hat. Zum Glück hat die HPS eine sehr kompetente und initiative Schulleiterin, die eine solide Führungsstruktur aufbauen konnte. Doch was passiert, wenn diese Schulleiterin die HPS verlässt? Wo stehen wir dann? Wir sind überzeugt, dass die Schürmatt - wir reden hier von einem Unternehmen mit 300 Mitarbeitenden für 260 Schüler/-innen - bestimmt unbestritten die fachliche Kompetenz besitzt, diesen Betrieb in Aarau erfolgreich und effizient führen zu können. Zum Standort: Die HPS platzt aus allen Nähten und die Raumverhältnisse des zeka's sind ebenfalls an der Grenze. Es wird also, unabhängig von der kantonalen Abstimmung zum Schulmodell 6/3 resp. der Schulraumplanung, zu einer Veränderung kommen. Die Schürmatt hat uns bekräftigt, dass sie, wenn immer möglich, den Standort Aarau beibehalten werde. Zu den Befürchtungen: Wie bereits erwähnt, bleibt der Standort erhalten. Die Angst, dass durch das Herauslösen der HPS aus der Volksschule die Anliegen der Behindererten vom Stadtrat und der Schulpflege nicht mehr wahrgenommen werden und der Bezug zur Regelschule verloren geht, ist gross, doch die Schürmatt sucht ja gerade den Bezug zur Regelschule und will einen kooperativen Kindergarten in Aarau und nicht, wie bis anhin, nur in Muhen führen. Soweit ich weiss, wurde bis jetzt nämlich die Zusammenarbeit mit der Regelschule in Aarau von der HPS aus zu wenig gesucht. Sämtliche Angestellten erhalten die Chance, drei Jahre zu gleichen Konditionen weiter zu arbeiten und können sich nachher entscheiden, ob sie weiterhin für die HPS tätig sein wollen. Eine Anfrage beim Kanton hat zudem ergeben, dass auch von dieser Seite keine konkreten Pläne und Umsetzungsziele zu erwarten sind. Aus all diesen Gründen sind wir zur Überzeugung gelangt, dass eine Abgabe der Trägerschaft an die Schürmatt eine vernünftige und gute Lösung ist. Wir unterstützen den

stadträtlichen Antrag einstimmig. Den Rückweisungsantrag der Grünen konnten wir nicht unterstützen, da ein Aufschub um ein Jahr keine relevanten neuen Erkenntnisse und Fakten gebracht hätte.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den

Abstimmungen

Abstimmung über den Antrag 1:

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Die Stadt gibt die Trägerschaft der HPS Aarau per 31. Dezember 2012 ab, damit das Departement für Bildung, Kultur und Sport jene Trägerschaft an die Stiftung Schürmatt übertragen kann.

Dieser Beschluss des Einwohnerrates unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den Antrag 2:

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Die Produktegruppe 34 "HPS" wird ab dem Jahr 2013 aufgehoben.

Dieser Beschluss des Einwohnerrates unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

110. Beschlussfassung über die Erheblicherklärung der Motion Ernst Jenny, Sonja Kretz, Stephan Müller, Eva Schaffner, Markus Schenk: Aarebadi

Mit Datum vom 10. August 2011 haben **Ernst Jenny, Sonja Kretz, Stephan Müller, Eva Schaffner** und **Markus Schenk** eine schriftlich begründete Motion eingereicht mit folgendem

Begehren: *Der Stadtrat ist eingeladen zu untersuchen, wo, wie und zu welchen Konditionen an der Aare eine öffentliche Aarebadi errichtet werden kann. Es sollen baulich einfachere wie auch aufwendigere Möglichkeiten geprüft werden. Dem Einwohnerrat ist Bericht und Antrag betreffend Errichtung einer Aarebadi zu stellen.*

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Der Stadtrat hat am 17. Oktober 2011 schriftlich zur Motion Stellung genommen. Er beantragt dem Einwohnerrat, die Motion nicht zu überweisen.

Stephan Müller, Motionär: Es freut einen natürlich immer, nach einigen Jahren auf der Seite des Einwohnerrates nun als Volksmotionär hier wieder etwas vortragen zu können. Ich hoffe natürlich, es kurz zu machen, denn Sie haben bereits eine lange Sitzung hinter sich. Aber ich hoffe, dass es etwas erfrischend sein wird, wie ein Sprung in die Aare. Vielleicht würden die Diskussionen hier etwas anders verlaufen, wenn man vorher oder in der Pause als Gesamteinwohnerrat in die Aare springen würde. Das ergäbe anschliessend je nachdem vielleicht eine etwas andere Diskussionskultur. Ich möchte mich also kurz fassen: Was der Vorteil einer Aarebadi anbelangt, so können die Personen befragt werden, welche dort in die Aare springen. Es ist natürlich so, dass von Personen, mit denen ich bereits darüber diskutiert habe, darauf hingewiesen wurde, dass heute schon Leute in der Aare baden und man eigentlich sagen könnte, man solle nichts daran ändern. Aber wenn man schaut, welchen Erfolg zum Beispiel das Marzilbad in Bern oder die Lettenbadi in Zürich hat und man noch berücksichtigt, dass der Stadtrat fünf Visionen präsentiert hat, wovon eine das Wasser ist, er sich aber gleichzeitig beklagt, dass sich die Stadt Aarau seit Jahrhunderten davon abwende und man doch mit aller Kraft visionär versuchen sollte, die Bevölkerung an das Wasser – und ich sage jetzt ins Wasser – bringen zu können, dann müsste der Stadtrat doch ein solches Projekt eigentlich selbstverständlich unterstützen. Der Stadtrat müsste das mit Freude tun. Er macht die Vision und die Bürger kommen mit Vorschlägen zu dieser Vision. Es ist natürlich so, dass man diese Motion auch missverstehen kann. Der Stadtrat sagt, es koste 30'000 bis 50'000 Franken. Wir sind natürlich auch erschrocken, als wir diese Zahlen gesehen haben. Das war nicht unsere Absicht. Man kann eine Motion aber immer auf unterschiedliche Art und Weise umsetzen. Als Motionäre möchten wir aber jetzt sagen, wie wir uns eine Umsetzung vorstellen würden. Ich hoffe, dass die anderen Voten das auch in diesem Sinne betrachten werden, sodass es ein geschlossenes Ja für unsere Art der Umsetzung geben könnte, welche natürlich nicht 30'000 bis 50'000 Franken kostet. Wir Motionäre sind der Meinung, eine Abklärung dürfte maximal 10'000 Franken kosten. Das heisst nicht, dass dieser Betrag ausgeschöpft werden muss. Vielleicht sind wir selber Schuld, dass der Stadtrat auf diese teure Idee gekommen ist. Eigentlich

wollten wir mit den Fotos, welche wir auf der Rückseite unserer Eingabe abgedruckt haben, nur beweisen, dass es sich um keine fremde, sondern um eine Idee handelt, welche bereits von Aarau stammt. Wir haben die Idee ja nicht von Bern oder Zürich geklaut, nein, es gab früher schon Aarebadi in Aarau. Es war natürlich nicht die Meinung, nachdem man im Schachen eine schöne, neue Badi baut, nun auch noch an einem anderen Ort für Millionen eine neue "Markthalle" zu machen. Das ist wirklich nicht die Absicht. Insbesondere im Gespräch mit den Leuten hörte ich, dass sie diesem Projekt zustimmen würden. Es dürfe allerdings keinen teuren "Fuchs"-Bau geben, dann sei man dagegen. Es wird schwierig zu politisieren, wenn man keine Ideen mehr vorbringen darf, weil das Misstrauen so gross ist, dass baulich etwas Falsches entstehen könnte. Also, ich erläutere unsere drei Absichten noch einmal: a.) Es darf maximal 10'000 Franken kosten. b.) Es ist nicht so wie auf diesen Fotos gemeint, sondern wir wollen einfachere Varianten, was ja bei der jetzigen finanziellen Lage der Stadt auch klar ist. Für einfachere Varianten kommen die Abklärungen sicher auch billiger. c.) Es geht nicht darum, dass man nicht mehr baden gehen könnte oder alles auf einen Ort konzentriert wäre und die Freiheit wegfiel, überall frei herumzuspringen und ins Wasser hinausgehen zu können. Das soll so erhalten bleiben. Und noch zum Schluss: Wir haben erwähnt, dass die IBA – es muss ja nicht alles von der Stadt Aarau bezahlt werden – einen Beitrag leisten könnte. Ich habe mit Herrn Scherrer von der IBA telefoniert und ich glaube, seine Aussage ist wesentlich. Er meinte, es sei nicht so, dass der Schritt von ihnen kommen könne und sie das im Rahmen der Neukonzessionierung vorschlagen wollen. Ihre Idee sei es, bei diesem Projekt allfällig aufzuspringen und zu überdenken, wo im Rahmen ihres Landes oder ihrer Ideen so etwas realisierbar wäre. Aber er sieht es richtig, dazu braucht es das Votum des Einwohnerrates, dass er so etwas möchte, dass eine Absicht besteht und er daran Freude hätte. In einer ersten Phase sollte das wirklich nicht teuer sein. Dann kann man aktiv werden. Insofern hoffe ich, dass mein Votum genügend erfrischend war und alle wieder wach sind. Wenn wir in die Aare gesprungen wären, wäre es wahrscheinlich noch erfrischender gewesen, vor allem jetzt im Dezember. Aber ich hoffe, dass jene, welche Ja stimmen wollten, dies auch tun, jene, welche sich der Stimme enthalten wollten, jetzt auch Ja stimmen und jene, welche Nein stimmen wollten, sich der Stimme enthalten werden.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir eröffnen nun die Diskussion zu dieser Motion.

Franziska Graf: Der Stadtrat empfiehlt uns aus rein finanziellen Gründen, diese Bürgermotion nicht zu überweisen. Wir von der SP finden die Idee einer Aarebadi jedoch unterstützenswert. Um die Kosten möglichst tief zu halten, könnten zum Beispiel Studierende einer Fachhochschule mit der Projektierung beauftragt werden. Lassen Sie sich nicht zu stark von den Fotos der Vergangenheit leiten. Für eine Flussbadi braucht es nicht unbedingt grosse Bauten. Mit einer Einstiegs- und mehreren Ausstiegsstellen wäre in Aarau schon viel erreicht. Mit dem Anbringen von Ausstiegsstellen wäre auch ein anderes Problem gelöst: Wer schon einmal in diesem Fluss geschwommen ist, weiss, dass man aus den betonierten Kanälen bei eher niedrigem Wasserstand nur mit Schwierigkeiten wieder an Land steigen kann. Ausstiegsstellen könnten unter Umständen sogar Leben retten. Sie kämen nicht nur den Wasserbegeisterten zu Gute. Es kommt vor, dass jemand unfreiwillig ein Bad in der Aare nimmt. Die SP-Fraktion ist einstimmig für eine Überweisung und sagt deshalb Nein zum Antrag des Stadtrates.

Heinz Suter: Schwimmen ist eine Sportart, welche von einer breiten Bevölkerung betrieben wird. Die Wasserfläche ist in Aarau klar Mangelware, das wissen wir. Mehr Wasserfläche wäre also sehr willkommen. Doch auch die Zeiten haben sich geändert. Die Sicherheitsvorschriften sind strenger geworden. Massnahmen, um Unfälle zu verhindern, werden überall

gefordert. Im Freibad hat man von Unterwasserkameras diskutiert und im Hallenbad sind solche installiert, um das Schwimmbecken zu überwachen. Vermehrt werden auch Alarmsysteme angeboten. Ein Flussbad wäre also einzig und alleine "for fun". Seit einem Jahr sprechen wir in der Stadt vom Sparen, somit haben solche Wunschprojekte nicht erste Priorität. Zudem wäre es wichtiger, zuerst bestehende Infrastrukturen, z. B. das Hallenbad, in einen Zustand zu bringen, damit es wieder für die nächsten 30 Jahre tauglich ist. Es wäre klüger, das Geld dort zu investieren. Die SVP-Fraktion unterstützt einstimmig den Antrag des Stadtrates auf Nichtüberweisung der Motion.

Marcel Guignard, Stadtmann: Ich habe eben erfahren, dass ich dazu etwas sagen darf und mache das gerne. Ich glaube, wir haben Ihnen zum ersten Mal eine schriftliche Stellungnahme des Stadtrates überwiesen. Deshalb sind es hier nur noch ein paar Ergänzungen, welche ich anfüge. In der Tat hat der Stadtrat in seinem Leitbild das Wasser zu einem zentralen Thema gemacht, das ist richtig. Deshalb liesse sich davon ohne Weiteres eine solche Idee ableiten. Nun zu der Motion: Es ist jetzt natürlich einfach gesagt, dass die Fotos, welche wir illustrativ hinten auf der Motion erhalten haben, gar nicht so gemeint waren. So ist die Motion eingereicht worden. Daraus hat sich der Stadtrat ein Bild machen müssen, was diesen Motionären ungefähr vorschwebt. Deshalb ist der Stadtrat davon ausgegangen, dass es nicht nur darum gehen würde, wie das vorhin gesagt wurde, die eine oder andere Ausstiegsstelle mit einem Steg einzurichten, ohne dafür nicht einmal 10'000 Franken zum Planen zu brauchen. Da oder dort, in Absprache mit den Industriellen Betrieben, eine Aus- oder Einstiegsmöglichkeit zu schaffen – insbesondere an den Kanälen, welche bereits heute sehr rege zum Baden benutzt werden – ist schon möglich. Dafür braucht es keine Motion. Dafür reichen einige Handgriffe, um am richtigen Ort solche Ein- oder Ausstiegsmöglichkeiten zu schaffen. Die Motion will aber eigentlich etwas anderes, nämlich Abklärungen, und zwar nicht nur einfache. Wir wehren uns dagegen, irgendwelche Abklärungen durchzuführen, bei denen nicht auch ein Realisierungswille dahinter steht. Das ist sonst verlorenes Geld. Unter diesen Umständen, wie wir sie heute Abend in Debatten gehört haben und es hiess, wir müssten unser Investitionsprogramm kürzen, weil wir dort und auch sonst überall überbordeten, wird jetzt wieder etwas installiert, das zwar wünschenswert und sicher schön wäre. Wir projektieren das aber sicher nicht jetzt und später sagt man dann, man wolle es trotzdem nicht. Wenn es nur einfache Einrichtungen braucht, um dort baden zu können, dann muss ich sagen, dass Sie das heute schon können. Bei zusätzlichen Anlagen entstehen wieder Verantwortlichkeiten. Die Anlagen müssen gebaut werden und jemand muss für das richtige Funktionieren derselben zuständig sein. Wenn jemand ertrinkt, geht es darum, bei wem das Verschulden liegt oder eben nicht, usw. Das ist nicht einfach mit ein paar Abklärungen erledigt. Wenn man den Anstoss für ein solches Aarebad geben will, muss man die Motion überweisen, aber dann wird nicht einfach nur ein bisschen geplant und gezeichnet, sondern dann geht es natürlich um einen nächsten Schritt. Der Stadtrat ist ganz klar der Meinung, dass in unserer heutigen Situation so etwas nicht am Platz ist, so schön und wünschenswert es auch wäre. Deshalb empfiehlt Ihnen der Stadtrat, die Motion Aarebadi nicht zu überweisen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 24 Nein-Stimmen gegen 21 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss

Die Motion von Ernst Jenny, Sonja Kretz, Stephan Müller, Eva Schaffner und Markus Schenk "Aarebadi" wird nicht an den Stadtrat überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt keinem Referendum.

111. Verlängerung der Projektstelle Kind und Familie

Mit Botschaft vom 21. November 2011 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgenden

Antrag: *Die Projektstelle Kind und Familie Aarau sei im Umfang von 50 Stellenprozenten um weitere 3 Jahre (April 2012 bis April 2015) zu verlängern und die wiederkehrenden Kosten von Fr. 20'000.-- für Projekte und Öffentlichkeitsarbeit seien zu genehmigen.*

Lukas Häusermann, Sprecher der Sachkommission: Der Sachkommission standen als Auskunftspersonen Herr Lukas Pfisterer, Stadtrat, sowie Frau Jeannine Meier, Vorsteherin Soziale Dienste, zur Verfügung. Die Kommission erkundigte sich zu Beginn nach den Schwerpunkten bei diesem Projekt. Die Auskunftspersonen erläuterten das, was schon in der Botschaft beschrieben ist. Ein Schwerpunkt wird sicher die Frühförderung sein. Die Forschung hat herausgefunden, dass man bei Schuleintritt bestehende Defizite bei Kindern nicht mehr aufholen kann. Das kann zu teuren Fremdplatzierungen führen, welche die Stadt dann auch entsprechend Geld kosten. Deshalb erkennt nicht nur die Stadt Aarau, dass diese Frühförderung später zu Kosteneinsparungen führen kann, denn Fremdplatzierungen sind extrem viel teurer. Es wurde gefragt, wie denn die Frühförderung funktioniert. Die Auskunftsperson erläuterte, dass wir bis jetzt die einzige staatliche Institution waren, die Angebote für Kinder vom Säuglingsalter bis ca. 5 Jahren hatten. Mit Hausbesuchen können diese Eltern abgeholt werden. Bis zu dreimal geht man zu diesen Eltern nach Hause. Dort sieht man auch, wie die Kinder aufwachsen und wie die Eltern mit ihren Kindern umgehen. Weiter wurde nach den Beiträgen des Bundes und des Kantons gefragt. Die Auskunftsperson antwortete, dass der Hauptteil der Beiträge von Bund und Kanton an die Frühförderung gehe, an die Organisation in diesem Bereich. Dort würden die Projekte von dieser Stelle, über welche wir hier sprechen, mitfinanziert. Die Kommission wollte wissen, weshalb die Stelle wieder befristet werden soll. Die Auskunftsperson antwortete, dass die Initianten eine Befristung angeregt hätten. Weil man immer noch in der Aufbauphase stehe, handle es sich nach wie vor um eine Projektstelle. In der Schlussdiskussion wurde darauf hingewiesen, dass bis jetzt gute Arbeit geleistet worden und eine gute Vernetzung entstanden sei. Es brauche diese Anlaufstelle und es sei in diesem Sinne eine gute Investition in unsere Kinder. Andere wiederum fanden, dass es nicht für alles eine Anlaufstelle brauche, es seien bereits genügend Angebote vorhanden und es sei nicht unbedingt eine Leistung, welche die Stadt anbieten müsse. Deshalb lehne man den Antrag ab. Wieder andere fanden es schwierig zu beurteilen, was genau der Effekt einer solchen Stelle sei. Es brauche viele Stellenprozente, grundsätzlich stimme man dem aber zu. Mit 6 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen schlägt die Sachkommission dem Einwohnerrat vor, den stadträtlichen Antrag zu unterstützen.

Marcel Husistein: Es liegt uns der Antrag für die Verlängerung der Projektstelle Kind und Familie vor. Grundsätzlich sind wir in der SVP-Fraktion der Meinung, dass die Förderung von Kindern im Vorschulalter sicher ein wichtiges Anliegen und ein wichtiger Themenbereich ist. Aber welche Förderung überhaupt sinnvoll ist und welche nicht, da sind sich Fach-

personen sowie Eltern bei weitem nicht immer einig. Dass es bereits eine Angebotsvielfalt für Kinder und Familien gibt, ist unumstritten. Wir fragen uns jedoch, ob es wirklich noch eine Verlängerung dieser zusätzlichen Stelle braucht, um diese Angebote zu koordinieren und der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Ist das nicht bereits die Aufgabe jener Institutionen, welche die verschiedenen Aktivitäten anbieten? Wir haben bereits genügend Stellen und Ressourcen, die sich diesen Anliegen annehmen können. Die befristete Anlauf- und Koordinationsstelle hat sicher gute Arbeit geleistet. Diese Arbeit, ebenso wie jene der vielen ehrenamtlichen Elternrunden, schätzen wir sehr und möchten all jenen unseren herzlichen Dank aussprechen. Wir sind aber der Meinung, dass wir keine zusätzliche Stelle brauchen, sondern einen umsichtigen Umgang mit dem, was wir bereits haben und das auch schätzen. Die SVP-Fraktion empfiehlt Ihnen deshalb, den Antrag abzulehnen.

Hans Fügli: Ich persönlich bin nicht von Frühförderung betroffen bei meinen Kindern, aber ich weiss, dass Frühförderung heute eine wichtige Sache ist. Auch der Landenhof und die Schürmatt haben Frühförderung. Sie ist ein Teil der heutigen Gesellschaft, der Schulen und verschiedenen Anlaufstellen. Frühförderung von Kindern ist heute eine zentrale Aufgabe, die unsere Gesellschaft aufbringen kann und auch muss. Sie kann schon in frühem Stadium helfend eingreifen und so der Gesellschaft zum Teil hohe Folgekosten ersparen, wie wir das schon gehört haben. Dazu benötigt es aber eine Koordinationsstelle der verschiedenen Angebote für Mütter und Väter, die es schon seit zum Teil sehr langer Zeit gibt. Aarau hat ja da mit der Einrichtung einer solchen Koordinationsstelle eine Art Pionierleistung erbracht. Ich denke, es ist wichtig, dass man diese Stelle auch beibehält. Es gibt viele solcher Anlaufstellen, ich denke da z. B. an die Mütterberatung. Das läuft separat auf einer Schiene. Andere Beratungsstellen laufen auf anderen Schienen. Das Ganze muss zusammengeführt und vernetzt werden. Heute ist es wichtig, dass man das Kind auf den richtigen Schienen an den richtigen Ort hinschicken kann. Deshalb sind wir klar für die Beibehaltung dieser Projektstelle Kind und Familie. Ich habe mir die Dokumentation der Stelleninhaberin in der Aktenaufgabe angeschaut und habe festgestellt, dass da eine gute, ja hervorragende Arbeit geleistet worden ist. Auch der detaillierte Leistungsbericht zeigt uns, was gearbeitet wurde. Aarau kann stolz darauf sein, eine solche Stelle geschaffen zu haben. Das sollte auch in Zukunft so bleiben. Die Arbeit befindet sich weiterhin im Aufbau und ist bestens ausgewiesen. Es gibt aus Sicht unserer Fraktion keinen Grund, diese Übung jetzt abzubrechen, da sie so richtig am Laufen ist. Also kommt von Seiten der SP ein klares Ja zu dieser Vorlage und auch ein klares Ja zur bisherigen Stelleninhaberin. Sie hat bis jetzt tolle Arbeit geleistet. Lassen wir sie weiter arbeiten.

Lukas Pfisterer: Die Stelle, über welche wir heute sprechen, ist seit knapp drei Jahren besetzt. Man kann wirklich sagen, und das konnten Sie auch bei der Aktenaufgabe in den Unterlagen sehen, in dieser Zeit ist sehr viel Vernetzungsarbeit gemacht worden. Der Stelleninhaberin ist es gelungen, ein grosses Netzwerk aufzubauen, viele Leute an denselben Tisch zu bringen und für diese Sache zu gewinnen. So hat sie z. B. eine eigene Homepage aufgebaut. Wenn Sie einmal schauen gehen, wie viele Angebote dort enthalten sind, staunen Sie vielleicht. Ich weiss nicht, ob Sie wissen, was wir eigentlich alles haben. Es nützt nichts, wenn man Angebote nur hat, aber sie niemand kennt. Das ist nur ein kleines Beispiel, aber ein ganz wesentliches. Sie konnten auch lesen, was die schwergewichtigen Arbeiten sind: Informationsvermittlung und Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und Koordination sowie Projektarbeit. Dort besteht eben im Moment ein Schwerpunkt bei der frühen Förderung. Aber diese Stelle beschäftigt sich nicht nur mit Frühförderung, sondern mit wesentlich mehr Inhalten. Frühförderung an sich ist ein Thema, welches auch der schweizerische Städteverband aufgenommen hat und verfolgt. Es wurde bereits auf die Studien hingewiesen, die zeigen, dass mit Frühför-

derung ein Problem bereits im Ansatz erkannt und gelöst werden kann. Damit ist viel für die spätere Entwicklung gewonnen. Wenn man noch das Argument der Finanzen, welches immer wieder hier im Rat ein Thema ist, anbringen will, ist bei jedem Kind, welches später keine Probleme hat und ganz normal die Schule durchlaufen kann, durch die Frühförderung viel Geld gespart worden. Es ist viel günstiger, das jetzt zu machen, als später mit viel Geld irgendwelche Massnahmen bezahlen zu müssen. Da geht es um ein Vielfaches des Jahresbetrages, über welchen wir heute diskutieren. Noch einmal: Es gibt viele Angebote. Es nützt aber nichts, wenn man sie nicht kennt. Da setzt unsere Koordinationsstelle an. Sie ist noch in der Aufbauphase und deshalb liegt der Antrag so vor. Der Stadtrat bittet Sie, den Antrag zu unterstützen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Die Projektstelle Kind und Familie Aarau wird im Umfang von 50 Stellenprozenten um weitere 3 Jahre (April 2012 bis April 2015) verlängert und die wiederkehrenden Kosten von Fr. 20'000.-- für Projekte und Öffentlichkeitsarbeit werden genehmigt.

Dieser Beschluss des Einwohnerrates unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

112. Feuerwehr; Änderung Gebührenreglement für die Entschädigung der Einsatzkosten der Feuerwehr

Mit Botschaft vom 14. November 2011 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgenden

Antrag: *Die Anpassung des "Gebührenreglementes für die Entschädigung von Einsatzkosten im Feuerwehrwesen" sei zu genehmigen.*

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Dieses Geschäft ist in der Sachkommission beraten worden. Auf ein Kommissionsreferat wird verzichtet. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Die Anpassung des "Gebührenreglementes für die Entschädigung von Einsatzkosten im Feuerwehrwesen" wird genehmigt.

Dieser Beschluss des Einwohnerrates unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

113. Verabschiedungen

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir kommen nun zu den Verabschiedungen. Heute Abend verabschieden wir Christoph Schmid und Tamara Kunz aus dem Einwohnerrat. Ich beginne mit der Verabschiedung von Christoph Schmid. Er hat mit Brief vom 23. Oktober 2011 aus beruflichen Gründen seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat Aarau erklärt. Christoph Schmid war im Rat sehr, sehr aktiv. Stefan Berner hat mir eine Liste mit all seinen Vorstössen zusammengestellt. In der Amtsperiode 2003-2005 waren es die Anfragen "Neue verkleinerte Schulpflege", "Schlägerei am Bahnhof" sowie "Rechtsextremismus in Aarau". In der Amtsperiode 2006-2009 waren es die Anfragen "Mittlere Bühne für den Aargau", "Widler und Scheibenschachen" die WOSA-Motion "Einführung eines Wirkungsziels 'Zufriedenheit der Präsidentinnen resp. Präsidenten des Einwohnerrates und der Kommissionen mit der Unterstützung der Stadtkanzlei'" sowie die Anfragen "Verschlechterung der Zugverbindungen" und "Voranschlag 2010, PG 20, Kultur, Konto 318". In der Amtsperiode 2010-2013 waren es die Anfragen "Kasernenareal Erwerb und Nutzung zur Stadtentwicklung" und "BBA-Aktien: Aktuelle Haltung des Stadtrates Aarau", die Motion "Stadtratsstruktur und -zuständigkeit", die Anfragen "Totalrevision des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KbüG)", "Standortmarketing", "Motion Stadtratsstruktur und -zuständigkeit" sowie "Vereinsnachmittag in den Aarauer Schulen". Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein sehr aktiver Einwohnerrat hatte heute seine letzte Sitzung. Lieber Christoph, ich möchte mich im Namen aller sehr herzlich für dein enormes Engagement, Handeln und Sprechen hier im Rat bedanken, dies auch im Namen der Aarauerinnen und Aarauer. Ich wünsche dir für deine neue berufliche Herausforderung das Allerbeste und nochmals herzlichen Dank für deine Arbeit! Gerne überreiche ich dir dein Wunschabschiedsgeschenk. Die Nachfolgerin von Christoph Schmid im Einwohnerrat wird Silvia Dell'Aquila sein.

Wir kommen zur Verabschiedung von Tamara Kunz. Tamara Kunz hat ebenfalls schriftlich aus beruflichen und familiären Gründen ihren Rücktritt erklärt. Sie war Stimmzählerin und hat die Anfrage "Verbesserte Busverbindung" eingereicht. Liebe Tamara, auch dir danken wir herzlich für die Zeit, welche du hier im Rat verbracht hast. Wir wünschen dir alles Gute für die ratsfreie Zeit und überreichen dir gerne dein Abschiedsgeschenk.

Ich möchte mich an dieser Stelle besonders bei meinem Ratsbüro, meinen Stimmzählern und meine Kommissionspräsidenten bedanken. Ich konnte mich immer auf eure Unterstützung verlassen. Gerne überreiche ich euch ein kleines, spezielles Präsent. Für die neu gewählten Personen haben wir eine Aufgabenbeschreibung erstellt, die künftig an die Nachfolgepersonen weitergegeben wird. Ich überreiche euch diese gerne mit den besten Wünschen für eure zukünftige Tätigkeit im Einwohnerrat. Ich möchte mich bei euch allen mit einer Powerpoint-Präsentation verabschieden und Bilder, Text und Musik sprechen lassen. Einige ehemalige Präsidialpersonen haben mich mit Wort und Musik unterstützt. Anschliessend freue ich mich, mit euch anstossen zu können.

Marc Dübendorfer, Vizepräsident: Ganz zum Schluss komme ich zur Verabschiedung unserer Einwohnerratspräsidentin Angelica Cavegn Leitner. Sehr geehrte Frau Einwohnerratspräsidentin oder liebe Angie: Du bist mit einem grossen Vertrauensvorschuss in deine Amts-

zeit gestartet. Und du hast dieses Vertrauen in jeder Hinsicht gerechtfertigt. Du hast zielstrebig und effizient durch die Sitzungen geleitet, auch wenn die Wogen einmal etwas höher gingen. Dank deiner sehr guten Vorbereitung gab es keinen Anlass, dich aus der Ruhe bringen zu lassen. Du hast insofern für einen geordneten Gang der Traktanden gesorgt, als du unablässig immer wieder an die Fairness appelliert und kurze Voten eingefordert hast. Der Rat ist dir aufgrund deiner sympathischen Autorität eigentlich immer gerne gefolgt. In diesem Zusammenhang möchte ich auch Stefan Berner in den Dank oder in das Lob einschliessen. Das ist sicher auch in deinem Sinn, Angie. Dank seinem tiefen Wissen und seiner ruhigen Art stand Stefan dir und dem Ratsbüro immer als verlässlicher Ratgeber zur Verfügung. Es gelang dir, Angie, als Präsidentin in diesem Amt eine persönliche Note zu setzen. Dies übrigens nicht nur im Ratsbetrieb, sondern auch bei deiner Kommunikation mit dem Stadtrat sowie in der Repräsentationsarbeit. Dass du zu Beginn der Amtszeit im kleinen Kreis angesagt hast, gewisse Ecken und Kanten in der Kommunikation zwischen Stadtrat und Einwohnerrat zu beseitigen, hat mich persönlich sehr gefreut. Dazu bedurfte es auch eines gewissen Mutes. Und ich kann dir bestätigen, dass hier im Rat allgemein der Eindruck besteht, dass du diesbezüglich etwas erreicht hast. Wenn aus einem Gegen-, oder netter gesagt Nebeneinander mehr ein Miteinander wurde, so ist das dein Verdienst. Vielleicht schreibst du darüber einmal in deinen Memoiren – ich bestelle schon jetzt ein Exemplar. Sodann bist du nicht müde geworden, den Einwohnerrat, und damit das Volk von Aarau, an sehr vielen Anlässen zu vertreten. Ich hatte nie den Eindruck, dass du dich bei diesem Engagement von persönlichen Vorlieben hast leiten lassen. Vielmehr warst du unvoreingenommen offen gegenüber Neuem und Unbekanntem. Du hast – ganz allgemein gesagt – die Bürde mit grosser Würde getragen, und dafür verdienst du den Dank von uns allen. Wir werden deine beiden Präsidialjahre in guter Erinnerung behalten. Du wirst uns im Rat erhalten bleiben, weshalb die Würdigung deiner politischen Arbeit noch nicht fällig ist. Ich wünsche dir auf alle Fälle erholsame Feiertage und alles Gute für die Zukunft. Das Christkind hat mir von deinem Wunsch nach Hortensien zum Abschied berichtet. Saisonal bedingt musste das Christkind leider bei der Mithilfe passen, stehen doch Hortensien derzeit nicht in der Blüte. Damit es dennoch etwas farbig wird, überreiche ich dir diesen Blumenstrauss und danke dir herzlich für die kollegiale Zusammenarbeit.

Schluss der Sitzung: 24.00

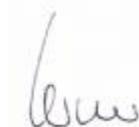
EINWOHNERRAT AARAU

Die Präsidentin:



Angelica Cavegn Leitner

Der Protokollführer:



Stefan Berner